



Erwin Huber:

Bayern muss Industrieland bleiben

Kostendisziplin, Innovationen und einen vorurteilsfreien Umgang mit der Kernenergie nennt der neue Wirtschaftsminister als Voraussetzungen.

Seite 3



Dr. Gerhard Sabathil:

Gemeinsam kommunizieren

Die Bürger stärker für Europa interessieren möchte der Leiter der EU-Kommissionsvertretung in Deutschland mit vielfältigen Aktionen.

Seite 3



Dr. Georg Simnacher:

Konzessionsabgaben im Energiewirtschaftsrecht

Änderungen im Bereich der Verträge zwischen Kommunen und Energieversorgern erläutert der ehemalige Bezirksratspräsident und Landrat.

Seite 8

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 19. Januar 2006

57. Jahrgang / Nummer 1/2

Bayerischer Gemeindetag:

Die Schwachen nicht vergessen!

Präsident Brandl: Änderungen im Kommunalen Finanzausgleich dringend erforderlich

Angesichts der deutlich auseinanderdriftenden Einnahmentwicklung fordern und erwarten die kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden, dass die Gespräche zum Kommunalen Finanzausgleich 2006 eine spürbare Mittelverschiebung zu einer gerechten Finanzverteilung ergeben, erklärte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, auf einer Pressekonferenz in München.

„Auch die Gemeinden, die (fast) keine gewerbesteuerzahlenden Betriebe haben, freuen sich über das Wiedererstarben der Gewerbesteuer. Wir brauchen starke, leistungsfähige Zugpferde in der kommunalen Familie. Bei aller Freude dürfen aber die Schwachen nicht vergessen werden“, betonte Brandl. Eine Vielzahl von Gemeinden im ländlichen Raum habe aufgrund ungünstiger topographischer oder regionaler Lage keine Chance, gewerbesteuerstarke Unternehmen anzusiedeln. Diese Kommunen seien auf die Solidarität der gewerbesteuerstarken Gemeinden, vor allem kreisfreie Städte, und die Hilfe des Freistaats Bayern im Kommunalen Finanzausgleich angewiesen.

Steigende Nettoeinnahmen

Die Nettoeinnahmen aller bayerischen Gemeinden aus der Gewerbesteuer sind seit dem Jahr 2000 von 3,45 Mio. Euro auf 3,82 Mio. Euro im Jahr 2004 gestiegen. Für das Jahr 2005 wird ein weiterer Zuwachs auf über 4 Mrd. Euro erwartet. Laut Brandl ist das „eine für die Kommunen erfreuliche Entwicklung“. Gleichzeitig sei aber die gemeindliche Einkommensteuerbeteiligung von 4,62 Mio. Euro im Jahr 2000 auf 3,78 Mio. Euro im Jahr 2004 zurückgegangen. In 2005 habe sich dieser Rückgang fortgesetzt. Die Folge davon sei „ein deutliches Auseinanderklaffen der Schere zwischen gewerbesteuerstarken Gemeinden und solchen, die überwiegend von der Einkommensteuerbeteiligung abhängig sind“. Hauptsächlich die Großstädte profitierten, Ge-

meinden im ländlichen Raum seien die Verlierer. Hinzu komme der für die Gemeinden im ländlichen Raum negative Trend der demographischen Entwicklung, der weitere Einnahmenverluste bei gleichzeitig stagnierenden oder gar steigenden Ausgaben bedeute.

Einwohnerveredelung

Aus diesem Grunde forderte der Präsident Strukturveränderungen (Fortsetzung auf Seite 4)

Nach dem Unglück von Bad Reichenhall:

Trauer und Ursachenforschung

Für Bad Reichenhall waren und sind es Tage voller Trauer und der Frage nach dem Warum. Tief sitzt der Schock in der gesamten Region nach dem Einsturz der Eissporthalle mit 15 Toten sowie weiteren 34 zum Teil schwer verletzten Erwachsenen und Kindern. Unterdessen diskutieren Experten weiter über Ursachen und Konsequenzen aus dem Unglück.

Geradezu tragisch stellt sich der zeitliche Ablauf des Unglücks dar: Noch in der Minute vor dem Einsturz gegen 16 Uhr waren die letzten Eisläufer vom Hallenmeister zum Verlassen der Halle aufgefordert worden. Ein für 16.30 Uhr angesetztes Eishockey-Training wurde gleichwohl bereits zwei Stunden vor dem Unfall abgesagt. Begründung: Das Dach drohe unter der Schneelast zusammenzubere-

chen. Bleibt die quälende Frage: Warum wurde dann nicht auch sofort das Nachmittagspublikum vom Eis geholt?

Unter der zulässigen Grenze

„Für uns ging es bei der Absage darum, die Sicherheitsgrenzen nicht auszureizen“, betont Oberbürgermeister Wolfgang Heitmeier. Solche Sperrungen habe es auch schon früher gege-

Ganz Bayern ist erschüttert

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber bat bei einem Trauergottesdienst in der Reichenhaller Basilika Sankt Zeno die Bürgerinnen und Bürger in Bayern um ein Gedenken an die Toten und sprach den Angehörigen seine Anteilnahme aus. Stoiber: „Ganz Bayern ist erschüttert über die Katastrophe von Bad Reichenhall, die so viele unschuldige Menschen aus dem Leben gerissen hat. Wir trauern um die Opfer und fühlen mit ihren Angehörigen.“

Auch würdigte Stoiber das unermüdliche Engagement der 700 Einsatzkräfte, die in den Trümmern nach Lebenden gesucht und ihr Menschenmöglichstes getan hätten, um Leben zu retten und Verletzte zu bergen.

Stoiber bezeichnete es als besonders tragisch, dass das unfassbare Unglück in Bad Reichenhall so viele junge Menschen getroffen habe, die nichts anderes im Sinn gehabt hätten, als einen Feriennachmittag in einer Eislaufohle zu verbringen. Der Ministerpräsident sagte den Angehörigen die Unterstützung des Freistaats Bayern zu. Stoiber: „Der Freistaat lässt die Angehörigen in diesen schweren Stunden des Leids nicht alleine. Sie haben unsere volle Solidarität und Unterstützung.“

Die Staatsregierung will die Unglücksopfer mit 130.000 Euro unterstützen. Bürger hätten für den Hilfsfonds 80.000 Euro gespendet, der Freistaat stelle 50.000 Euro zur Verfügung, betonte Stoiber im Rahmen einer Kabinettsitzung. Damit werde an erster Stelle den Kindern geholfen, die bei dem Unglück ihre Eltern verloren haben. Verletzte sollen bei ungeklärten Versicherungsfragen eine Überbrückungshilfe bekommen. Zudem organisiere der Freistaat psychosoziale Betreuung und für traumatisierte Verletzte und Hinterbliebene.

Unter der Spendenkonto-Nummer 810 00 bei der Bayerischen Landesbank (BLZ 700 500 00) können die Bürgerinnen und Bürger Bayerns einen persönlichen Beitrag zur Hilfe leisten. **DK**

ben. Der Einsturz sei aber nicht absehbar gewesen. Noch am späten Vormittag sei die Schneehöhe auf dem Dach bestimmt worden. Baufachleute und Statiker hätten sie als unbedenklich eingestuft. „Wir lagen weit unter der zulässigen Grenze“, so Heitmeier, der allerdings einräumt, dass die 1972 gebaute Halle in technischer Hinsicht sanierungsbedürftig gewesen sei.

Sanierung war geplant

Gestützt werden die Aussagen des Rathauschefs von einem Gutachten, das 2003 erstellt wurde. Demnach befand sich das Gebäude trotz Wasserschäden in einem baulich guten Zustand. Dass es vom Hallendach getropft habe, liege an der Dachkonstruktion des Gebäudes. Weder habe dies auf die Qualität noch auf die Tragfähigkeit des Tragwerks Einfluss. Unterstützung erhält Heitmeier auch von den Fraktionen des Bad Reichenhaller Stadtrats: „Hätte der Stadtrat auch nur ansatzweise Kenntnisse von sicherheitsrelevanten Mängeln gehabt, wäre nicht über Sanierung, sondern über sofortige Schließung der Anlage befunden worden“, heißt es in einer gemeinsamen Mitteilung der Fraktionen.

Mehr Kontrollen gefordert

Höchst unterschiedlich fallen indes die Forderungen zu den Konsequenzen des Unglücks aus: Die Bundesvereinigung der Prüingenieure forderte strengere Kontrollen bei öffentlichen Einrichtungen und Bauten mit hohem Gefährdungspotential. „Es geht nicht darum, neue Gesetze zu erlassen, sondern deren Umsetzung zu kontrollieren“, erklärte Verbandspräsident Hans- (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Städtetag zur G8-Thematik:

Es geht ums Prinzip

Einige Städte werden gegen den Freistaat klagen, wenn er ihnen die Kosten für den Ausbau der Schulen im Zusammenhang mit der Einführung des achtstufigen Gymnasiums (G8) nicht voll ersetzt. Dies erklärten der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, und sein Stellvertreter, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude vor Journalisten in München.

Der Bayerische Städtetag legte ein Rechtsgutachten des Münchner Rechtsprofessors Prof. Dr. Hans-Ullrich Gallwas vor, wonach der Freistaat Bayern das Konnexitätsprinzip beim Ausbau des achtjährigen Gymnasiums klar verletzt und die Kommunen finanziell benachteiligt.

Kommunen zahlen drauf

Wie Schaidinger erläuterte, ist die Einführung des achtjährigen Gymnasiums der erste bedeutende Anwendungsfall für das Konnexitätsprinzip in Bayern. Nach den vom Kultusministerium zur Verfügung gestellten Zahlen erhalten die Städte beim Ausbau des G8 im Landesdurchschnitt

nur 61 Prozent der tatsächlichen Kosten ersetzt. Tatsächlich aber müsste die Förderquote nach Ansicht der Städte bei 100 Prozent liegen. Die Kommunen müssen rund 117 Millionen Euro aus ihren Kassen drauflegen. Die Förderquote in den einzelnen Regierungsbezirken falle unterschiedlich hoch aus: Oberbayern 53 Prozent, Niederbayern 78 Prozent, Oberpfalz 62 Prozent, Oberfranken 72 Prozent, Mittelfranken 61 Prozent, Unterfranken 70 Prozent, Schwaben 78 Prozent.

Verpflichtung zum Ersatz der vollen Kosten

Der Bayerische Städtetag hat von Anfang an darauf gedrängt, dass der Freistaat die vollen Kosten für den Ausbau des G8 übernimmt, wozu er nach dem Kon-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Freie Wähler begrüßen Haltung des Städtetags

Die Freien Wähler begrüßen die Ankündigung des Bayerischen Städtetags, in Sachen Einführung des G8 auf volle Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu achten und notfalls auch eine Klage gegen den Freistaat zu führen. Landesvorsitzender Armin Grein: „Es kann nicht sein, dass die Staatsregierung bei von ihr selbst beschlossenen Maßnahmen wie dem G8 die Kosten auf die Kommunen abschiebt. Immer wieder müssen wir beobachten, dass versucht wird, das Konnexitätsprinzip auf kaltem Weg zu umgehen, zum Teil mit den aberwitzigsten Begründungen.“

Als Beispiele nennen die Freien Wähler nicht nur das G8, sondern auch die Kosten der Ganztagschule, dafür erforderliche Schulausstattungen und die Schülerbeförderung. **DK**



Auf einen gut funktionierenden Winterdienst legt der Bürgermeister großen Wert. Jedoch haben nicht alle Bürger dafür Verständnis, dass der städtische Räumdienst gelegentlich an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit stößt. So kommt es verschiedentlich zu Beschwerden. Der Rathauschef achtet darauf, dass daraus keine große Verdrossenheit entsteht. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Spitzenverbände reden Klartext mit der CSU	2
Bürgerkulturpreis für ehrenamtliche Schulinitiativen	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Mehr Freiheit heißt auch mehr Eigenverantwortung	3
Jahrestagung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft	4
GZ-Fachthemen: Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen	5 - 10
Kommunales Verkehrswesen	11
Kommunale Abfallpolitik	12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Spitzenverbände reden Klartext mit der CSU

Engere Zusammenarbeit vereinbart, aber Spargebot bleibt Entscheidungen fallen bei FAG-Verhandlungen mit dem Finanzminister

Die Kommunalpolitik wird heuer in der Landespolitik eine wichtige Rolle spielen. Entsprechend äußerten sich die Vorsitzenden der drei Landtagsfraktionen vor und nach ihren Jahresbeginnklauseuren. Insbesondere CSU und SPD - im Landtag Gegner, im Bundestag Koalitionspartner - geht es um ein engeres Verhältnis mit den Kommunen, zumal in einer Reihe von Städten und Gemeinden heuer Wahlen (vor den allgemeinen Kommunalwahlen 2008) anstehen.

Während sich die Opposition den Forderungen der Kommunen an den Freistaat anschließt, das Prinzip der Konnexität stärker als bisher zu beachten und den Finanzausgleich entsprechend aufzustocken, hat die Regierungsfraktion den Grundsatz der Regierung Stoiber bestätigt, ab 2006 keine neuen Schulden mehr zu machen. Kompliziert wird die Partnerschaft mit den Kommunen durch den Streit zwischen Stadt und Land um den Finanzausgleich.

Keine Traumvorstellungen

Die Verhandlungen darüber, im Rahmen des Nachtragshaushalts 2006 zwischen Finanzminister Prof. Kurt Fallthausen und den vier Spitzenverbänden sind für Ende Januar angesetzt. Der Minister betonte, er könne bei allem Verständnis für die Klagen von ländlichen Gemeinden im Zeichen des strikten Spargebotes keine „Traumvorstellungen“ finanzieren. Seine Forderung, von den im Stammhaushalt beschlossenen Ausgaben nochmals 100 Millionen Euro einzusparen, hatte er in der CSU-Klausur bereits auf 90 Millionen Euro reduzieren müssen. U. a. wurde die vom Kabinett im Dezember ins Auge gefasste weitgehende Streichung der Staatsmittel für die zum großen Teil in kommunaler Zuständigkeit stehende Erwachsenenbildung von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber persönlich zurückgenommen.

Auftakt zu enger Zusammenarbeit

Die Vorsitzenden der kommunalen Spitzenverbände - Hans Schaidinger (Städte), Theo Zellner (Landkreise), Dr. Uwe Brandl (Gemeinden) und Manfred Hölzlein (Bezirke) - waren

erstmalig zur CSU-Klausur nach Wildbad Kreuth eingeladen worden. Sie zeigten sich in den Beratungen und anschließend vor der Presse zufrieden mit der Bereitschaft der Regierungsfraktion, mehr und im „Klartext“ miteinander zu reden, ehe entschieden wird.

Verteilungskonflikt

Entsprechend würdigte Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann den phasenweise kontroversen, dreistündigen Diskurs als atmosphärische Verbesserung und Auftakt zu enger Zusammenarbeit. Bei den „heißen Eisen“ habe es vor den FAG-Verhandlungen zu keiner Einigung kommen können, zumal der Streit unter den Spitzenverbänden um eine Bevorzugung vor allem der Großstädte gegenüber dem Land nicht beigelegt werden konnte. Zellner berichtete, 65 der 71 Landkreise zahlten bei der Hartz-IV-Reform drauf, während die Städte profitierten. Brandl befand, der Finanzausgleich sei zu „zentrenlastig“, München zum Beispiel habe die Hälfte aller Gewerbesteuerentnahmen und gewinne auch bei Hartz IV. Er nahm den Verteilungskonflikt mit den Städten „durchaus in Kauf“. Schaidinger stellte Brandls Version die Probleme der Städte entgegen.

Schwerpunkt bei den Investitionen

Der Fraktionschef deutete ein „gewisses Entgegenkommen“ an, wenn es um die rund 100 Millionen Euro geht, die der Freistaat den Kommunen nach deren Berechnungen für die praktische Umsetzung des auf acht Jahre verkürzten Gymnasiums (G 8) im Sinne des Konnexitätsprinzips schuldet. Schaidin-

ger erklärte sich bereit, die angekündigte Klage gegen den Freistaat zunächst wieder in die Schublade zu legen. Im Sinne der kommunalen Forderungen erklärte es die Regierungsfraktion für wünschenswert, dass bei den FAG-Verhandlungen ein Schwerpunkt im Investitionsbereich gesetzt wird, nachdem die Bauinvestitionen laut Zellner binnen zehn Jahren von 4,5 auf 2,9 Milliarden Euro zurückgegangen sind. Ein kommunaler Verteilungskampf sei zu befürchten. Die Fraktion sprach sich auch für weitere Mittel zur Abwasserentsorgung aus. Für Kleinkläranlagen hat das Umweltministerium zusätzlich fünf Millionen Euro in Aussicht gestellt.

Interkommunale Kooperationsformen

In einer Entschliebung stellte die CSU-Fraktion fest, gerade in Zeiten knapper Kassen wäre es völlig verfehlt, Verdichtungs- und ländliche Räume gegeneinander auszuspielen. „Beide Bedingungen sich und profitieren voneinander.“ Interkommunale Kooperationsformen will die Regierungsfraktion besonders fördern. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Markus Sackmann soll dafür federführend landauf landab tätig werden.

Vom Büchergeld abzurücken, sah sich die Fraktion nicht in der Lage. Lediglich das Erhebungsverfahren soll vereinfacht werden und Gemeinden, die diese neue Abgabe aus eigener Kasse bezahlen und die Eltern schonen, will man gewähren lassen. Die Kritik geht aber auch dahin, dass es praktisch keinen rechtlich gesicherten Zwang für die Büchergeld-Erhebung gibt, wenn Eltern sich konstant weigern, die 40 Euro jährlich (Standardgebühr) zu berappen.

Leserbrief an die GZ

Stellenabbau der deutschen Industrie

Zu unserer Berichterstattung in GZ 24 (Waigel: Mittelstand als Garant für stabile Verhältnisse) erreichte uns folgender Leserbrief des Mindelheimer Bauunternehmers Friedrich Riebel:

Anhand aktueller Ereignisse mit einschneidenden menschlichen und wirtschaftlichen Folgen für die Beteiligten werden solche Vorgänge öffentlich diskutiert. Zutreffende Schilderungen werden oft mit Emotionen und gelegentlich aus ideologischer Sicht begleitet.

Aus meiner langjährigen unternehmerischen Erfahrung können wir Unternehmer den bedauerlichen Lauf der Dinge nicht aufhalten, wenn Politiker und Vertreter der Tarifparteien die Ursachen nicht umgehend und durchgreifend verbessern.

Kurz gesagt, die Kosten für die Produktion in Deutschland, die Kosten für den Industriearbeiter oder Handwerker in unserem Land sind meist nicht mehr wettbewerbsfähig. Diese wurden durch Gesetze und Tarifverträge in der Hochkonjunktur fest geschrieben. Veränderungen, Anpassungen an eine Zukunft, wie wir sie jetzt haben, wurden dabei sträflich vernachlässigt.

Führungskräfte der Wirtschaft, welche diesen Zuständen jetzt verantwortungsbewusst entgegenwirken, werden also zu Unrecht gescholten. Verantwortung für solche Missstände tragen Personen aus Politik und Tarifwelt, welche diese herbeigeführt haben; nicht solche, welche mit den ungunstigen Verhältnissen

Unsinn wird abgestellt

Abhelfen will die CSU dem Ärger über den neuen Staatsforstbetrieb, der von Kommunen Gebühren für die Benutzung von Waldwegen haben möchte. „Dieser Unsinn muss abgestellt werden,“ forderte Herrmann. Zufrieden zeigte sich Hölzlein, dass der Fortbestand der Bezirke zumindest von der CSU nicht mehr in Frage gestellt werde.

SPD fordert mehr Geld für Kommunen

Für die SPD-Fraktion verlangte die kommunalpolitische Sprecherin Helga Schmitt-Bussinger eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen des Staates an die Kommunen von 11,6% auf 15%, was rund 680 Millionen Euro mehr in den Kassen von Städten, Kreisen und Gemeinden bedeute. Die SPD plädiert weiterhin dafür, dass Bayern das G 8 im

Sinne des Konnexitätsprinzips ganz aus Staatsmitteln finanziert. Bei der Erwachsenenbildung gebe es „noch keine Entwarnung“.

SGK: Bildungsmilliarde

Parallel zur Einladung der vier - alle der CSU angehörenden Spitzenverbandspräsidenten nach Kreuth hatte die große Oppositionsfraktion vor ihrer Klausur in Kloster Irsee den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalfragen (SGK) Dr. Ivo Holzinger zum Gespräch nach München gebeten. Er wusste sich in seiner Kritik an der Kommunalpolitik der Staatsregierung einig mit den vier Präsidenten. SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget sah die Chance, „die Situation zu bewegen“. Die beiden SPD-Spitzenpolitiker erneuerten die Forderung nach einer Bildungsmilliarde im Etat. Maget zeigte sich zuversichtlich, bei verschiedenen Kom-

munalwahlen heuer die kommunalpolitische SPD-Basis stärken zu können.

Grüne: Widerstand leisten

Gleichlautende Kritik an Staatsregierung und CSU kam auch von den Grünen. Ihr Landesvorsitzender, Bürgermeister Sepp Daxenberger, forderte seine Kollegen in den Rathäusern zum „entschlossenen Widerstand gegen die kommunalfeindliche Politik von CSU und Staatsregierung“ auf. Im Vorfeld der Aschaffenburg Fraktionsklausur verlangte Christine Kamm, die kommunalpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, mehr Eigenverantwortung für die Kommunen. Das Konnexitätsprinzip sei nichts wert, wenn die Staatsregierung staatliche Ausgaben in kommunale umdefinieren und immer neue Wege finde, den Kommunen in die Taschen zu greifen. **rm**

Ehrenamtliche Schulinitiativen mit Bürgerkulturpreis geehrt

Landtagspräsident Alois Glück (CSU) hat im Bayerischen Landtag den Bürgerkulturpreis 2005 an drei ehrenamtliche Schulinitiativen verliehen. Der Preis ist mit 26.000 Euro dotiert, die sich die drei Hauptpreisträger sowie sechs mit Ehrenpreisen ausgezeichnete Initiativen teilen. Insgesamt hatten mit 148 Initiativen so viele Bewerber wie nie zuvor ihre Unterlagen beim Landtag eingereicht. Das Leit-Thema 2005 lautete: „Bürgerschaftliches Engagement und Schule“.

Den ersten Preis erhielt der Verein Schulgemeinde der Grundschule Hof-Krötenbrück in Oberfranken. Eltern, Schulleitung und Lehrkräfte haben vor sechs Jahren begonnen, die bisherigen „Fachräume“ und die Lehrmittelsammlung zu Gunsten einer offenen Lernumgebung umzustrukturieren.

Lernlandschaft

Es soll eine Lernlandschaft gestaltet werden, die möglichst vielfältige Nutzungsformen anbietet. Die Räume werden umgestaltet in ein Buchstabenland, Zahlenland, Klangland, Natur-

forscherland, Medienland, Computer- und Übungsland, Lese-land etc. Der Verein fördert diese Aktivitäten mit erheblichen Geldzuwendungen.

Initiative ghettokids

Der zweite Preis ging an die Münchner Initiative ghettokids. Der Verein gibt Integrationshilfen für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche in verschiedenen Projekten. Die Projekte, Workshops und Kurse werden teilweise im Unterricht, größtenteils jedoch in der Freizeit durchgeführt.

Soziales Engagement

Der dritte Preis wurde dem Augsburgsburger Projekt „Change in“ zuerkannt. Es bietet Schülerinnen und Schülern der 8. Klassen aus allen Schultypen die Möglichkeit, sich in sozialen, kulturellen und ökologischen Bereichen freiwillig über einen begrenzten Zeitraum von 3 Monaten 40 Stunden zu engagieren. Die Schüler werden bei ihren Einsätzen von freiwillig engagierten Mentoren unterstützt und begleitet. Die Mentoren kümmern sich um die Anliegen der Jugendlichen und sind bei auftretenden Fragen und Problemen Ansprechpartner für die Einsatzstellen.

Sechs Ehrenpreise

Erstmalig und zusätzlich vergeben wurden sechs gleichrangige, jeweils mit 1.000 Euro dotierte Ehrenpreise. Diese gingen an: **1. Stadtjugendring Aschaffenburg für das Jugendraadio „Klangbrett“**

30 Jugendliche gestalten in Zusammenarbeit mit dem Funkhaus AB Radio Galaxy ehrenamtlich unter Leitung einer Medienpädagogin eine Sendezeit von vier Stunden wöchentlich. Themen: z.B. Jugendarbeitslosigkeit, Jugendarbeit.

2. Forum Partnerschaft Elternhaus und Schule, Regen

Das Forum ist eine ehrenamtliche private Initiative, zu der sich Personen aus verschiedenen Berufen mit langjähriger Erfahrung im Umfeld Elternhaus und Schule zusammengeschlossen haben. Ziel des Forums ist es, die Zusammenarbeit

zwischen Elternhaus und Schule zu verbessern.

3. Hermann-Staudinger-Gymnasium, Erlenbach für das Projekt „Begegnung der Generationen“

Das Projekt „Begegnung der Generationen“ ist eine Kooperation von Schülern ab der 9. Klasse des Hermann-Staudinger-Gymnasiums mit Senioren von 4 Alters-/Pflegeheimen im nördlichen Landkreis Miltenberg in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbüro Horizont in Erlenbach

4. Realschule am Judenstein, Regensburg

Die Schule begreift sich seit langem als „selbstwirksame Schule“, die selbst die Verantwortung für die eigene Entwicklung trägt, aber auch für die Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt Regensburg und darüber hinaus. Unter diesem Aspekt kommt in den wesentlichen Schulprojekten der letzten 10 Jahre nach Auffassung des Lehrerkollegiums „ganz stark der Aspekt Bürgerschaftliches Engagement und Schule zum Ausdruck“.

5. Schülerinitiative Rumänienhilfe (S.I.R.), Langenzenn

Schüler und Lehrer des Wolfgang-Borchert-Gymnasiums haben vor 10 Jahren in einer Gemeinschaftsaktion begonnen, soziale Projekte sowie Hilfst Transporte für rumänische Kinder und Jugendliche zu organisieren. Seit vier Jahren konzentriert man sich nun schwerpunktmäßig auf das Fintinele-Projekt, wo eine Kombination aus Kinderdorf und Jugendbegegnungsstätte entsteht.

6. Städtische Riemerschmid-Wirtschaftsschule, München, für das Projekt „Ehrenamt“

Die Schülerinnen der Mädchenschule betreuen in ihrer Freizeit u.a. Bewohner von Altenheimen, kümmern sich um behinderte Kinder von allein erziehenden Müttern, besuchen kranke Kinder im Krankenhaus oder arbeiten im Tierheim oder Tierpark. Besonders hervorzuheben ist, dass die Sozialarbeit der Schülerinnen unter bestimmten Voraussetzungen als Projektunterricht benotet werden kann.

Höherer Stellenwert

Bildung, Schule und der Lehrerberuf benötigen einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft, betonte Landtagspräsident Glück. Er appellierte an Lehrer, Eltern und Schüler, aber auch Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft, die Schule nicht allein als eine Aufgabe des Staates zu betrachten. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Josef Englbrecht
84564 Oberbergkirchen
am 1.2.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Josef Klier
92552 Teunz
am 4.2.

Bürgermeister
Fred Köhlerschmidt
96244 Michelau i. OFr.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Gewies
84095 Furth
am 2.2.

Bürgermeister
Günther Steinbauer
90552 Röthenbach
am 2.2.

Bürgermeister
Jürgen von Streit
86650 Wemding
am 25.1.

Bürgermeister
Robert Maier
84144 Geisenhausen
am 29.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Ludwig Fröhlich
86343 Königsbrunn
am 3.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Heidi Suttner
91284 Neuhaus a. d. Pegnitz
am 3.2.

Bürgermeister Xaver Wörle
86989 Steingaden
am 4.2.

Bürgermeister
Wolfgang Berthaler
83126 Flintsbach a. Inn
am 27.1.

Bürgermeister
Friedrich Wörlein
91599 Dentlein am Forst
am 28.1.

Bürgermeister Konrad Glück
83358 Seon-Seebruck
am 28.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Landrat Thomas Bold
97688 Bad Kissingen
am 28.1.

Bürgermeister Thomas Schmid
82467 Garmisch-Partenkirchen
am 31.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Jochen Partheymüller
96257 Marktgraitz
am 6.2.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Udo Käsmann
63924 Rüdenau
am 29.1.

Wirtschaftsminister Erwin Huber fordert:

Bayern muss Industrieland bleiben

„Als Voraussetzung dafür nennt er Kostendisziplin und Innovationen
„Über die Nutzung der Kernenergie ist das letzte Wort noch nicht gesprochen“

Bayern müsse ein Industrieland bleiben. Deshalb werde er sich mit aller Kraft gegen eine De-Industrialisierung des Freistaates wenden, sagte der neue bayerische Wirtschaftsminister Erwin Huber bei der Vorlage des bayerischen Industrieberichtes 2005. Denn nur mit einer starken und zukunftsgerichteten Industrie werde Bayern, das neben Baden Württemberg über die stärkste industrielle Basis unter den bundesdeutschen Ländern verfügt, seine Innovationsfähigkeit erhalten und stärken können.

Innovation sei aber die Voraussetzung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und damit zu Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Um Innovation und Entwicklungsdynamik zu fördern, will Huber - genau wie sein Vorgänger Otto Wiesheu - die enge Zusammenarbeit von Hochschulen, Forschung und Wirtschaft im ganzen Land in sogenannten Clustern mit Erlösen aus dem Verkauf staatlicher Unternehmensbeteiligungen fördern.

Erstarkte Ausfuhren

2004 ist es zu einer Erholung der Industriekonjunktur gekommen. Das war in erster Linie auf die wieder erstarkten Ausfuhren (Exportquote 44,9 Prozent) zurückzuführen, doch gingen auch zunehmend positive Impul-

beitsplätze neu geschaffen und 60.000 gesichert worden.

Trotz der Schwierigkeiten in den bayerischen Grenzregionen bezeichnete Huber die politische und wirtschaftliche Öffnung der osteuropäischen Staaten als einen Segen für die Wirtschaft im Freistaat. Bayerns Exporte nach Osteuropa hätten 2004 ein Volumen von 14,9 Mrd. Euro und damit ungefähr das Niveau der Ausfuhren in die USA erreicht.

Motor des Wirtschaftswachstums

In den zurückliegenden Jahren, besonders in den neunziger Jahren, war eine Verlagerung der realen Bruttowertschöpfung hin zum Dienstleistungssektor zu beobachten gewesen. Doch hat sich dieser Trend im Jahre 2004

Risikofaktoren

Trotz aller gedämpften Zuversicht warnte Huber auch vor Risikofaktoren, die einen anhalten Konjunkturaufschwung gefährden könnten. Hier nannte er den hohen Ölpreis, den starken Euro und die unzureichenden Strukturformen in Deutschland.

Besondere Sorgen bereiten Bayerns Wirtschaftsminister die hohen Kosten, die Deutschland unbedingt in den Griff bekommen müsse, wenn die Schlagkraft der Industrie erhalten bleiben solle. So habe Deutschland mit 27,09 Euro weltweit die dritthöchsten Arbeitskosten je Stunde, mit 12 Euro je Stunde die höchsten Lohnzusatzkosten, mit 1.557 Stunden die niedrigste tarifliche Jahresarbeitszeit, mit 36,8 Prozent mit die höchste Steuerlast in Europa sowie Bürokratiekosten, die in Großunternehmen mit 350 Euro je Beschäftigtem und Kleinunternehmen sogar mit 4.360 Euro zu Buche schlugen.

Hohe Energiekosten

Als weiteres Manko führte Huber die hohen Energiekosten an. Deutschland habe hinter Italien die zweithöchsten Industriestrompreise in der EU. Hierzu fehle es an einem schlüssigen Gesamtkonzept für die Energieversorgung. In diesem Zusammenhang forderte Bayerns Wirtschaftsminister vor allem eine grundlegende Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und die weitere Nutzung von Kernenergie. Sie trage in Bayern zu 60 Prozent, in Deutschland insgesamt aber nur zu 30 Prozent zur Stromversorgung bei, was Bayern bei ihrer Abschaltung benachteiligen würde. Die Laufzeiten der Kernkraftwerke müssten an der Sicherheit der Werke und nicht an Ideologien ausgerichtet werden. Vorrangig müsse jetzt das Entsorgungsproblem gelöst werden. Bei der erneuerbaren Energie setzt Huber vor allem auf die Biomasse. Denn bei der Nutzung von Wind und Sonne brauche es immer auch Ersatzkapazitäten, weil diese Quellen nicht ständig nutzbar seien.

Als Königsweg, die bayerische und deutsche Industrie wettbewerbsfähig zu machen, nannte Huber als Fazit Kostendisziplin und Innovation. Dazu seien umfassende Reformen nötig. Innovation und Produktion gehörten eng zusammen, „denn wenn Produktion abwandert, folgen ihr bald meist auch Forschung und Entwicklung.“

Initiative „Stark am Standort Bayern“

Die bayerische Staatsregierung zielt mit ihrer Clusterpolitik darauf ab, Wirtschaft, Forschung und Hochschulen enger zusammenzubringen, „um die Wertschöpfungskette im eigenen Lande zu halten. Denn“, so Huber, „wir müssen um soviel besser sein, wie der Standort teurer ist.“ Das bayerische Wirtschaftsministerium habe deshalb die Initiative „Stark am Standort Bayern“ ins Leben gerufen, um Möglichkeiten und Potenziale der Unternehmen am Standort sowie die Prozessoptimierungen im Unternehmen als Diskussionsgrundlage für eine bessere Wertschöpfung aufzuzeigen.

Bayern wolle und müsse auch im 21. Jahrhundert eine führende Rolle als internationaler erstklassiger High-Tech-Standort für Industrie und Dienstleistungen spielen. **dhg.**

GZ

Kolumne
Maximilian Gaul



In die Trauer um die Opfer des schrecklichen Unglücks in Bad Reichenhall zu Beginn des neuen Jahres mischt sich ohnmächtige Wut vieler Bürgerinnen und Bürger darüber, dass ein solches Desaster überhaupt hat passieren können. Die Presse fordert „ein Schließen der Lücken im Baurecht“, damit nicht nur bei der Planung von Gebäuden, sondern auch beim Betrieb „die Statik sorgfältig geprüft werden muss“. Eine große Tageszeitung hierzu: „Solche Lücken zu schließen hat nichts mehr mit Bürokratie, aber viel mit mehr Sicherheit“ zu tun. Wir alle glaubten ja auch daran, dass zusammenbrechende Gebäude allenfalls in von Korruption geprägter Bauwirtschaft und

Mehr Freiheit heißt auch mehr Eigenverantwortung

in Drittweltländern möglich sind, aber doch nicht bei uns.

Wenn es um unsere Sicherheit geht, und vor allem immer dann, wenn ein schrecklicher Unfall passiert, dann wird sofort der Ruf nach mehr Kontrollen, nach neuen Paragrafen und Gesetzen laut. Wir wollen niemals akzeptieren, dass Unfälle oft auch eine Verkettung völlig unglücklicher Umstände und deshalb oft schicksalsbedingt sein können.

Innenstaatssekretär Georg Schmid hat gegenüber dem Bayerischen Rundfunk deutlich gemacht, dass es sich um einen „Paradigmenwechsel“ im Baurecht handele, wenn man jetzt, wo die Ursachen noch gar nicht völlig klar sind, nach mehr gesetzlich festgelegter Kontrolle rufe. Die Politik steht vor einem Dilemma:

Sie will weniger Festlegungen von Standards und weniger Paragrafen und dafür mehr Eigenverantwortung. Diese Forderung wird auch - in ruhigen Zeiten- in der Bürgerschaft vehement unterstützt. Denn weniger Vorschriften und Paragrafen bedeuten nun mal weniger Bürokratie.

Mehr Eigenverantwortung heißt eben auch weniger ein Sich-Verlassen auf Gesetze und staatliche Kontrollen und ein mehr an Sorgfalt des einzelnen, auch von Körperschaften und Vereinen, von Kommunen und Organisationen. Und im Falle von Reichenhall gilt eben auch zunächst die „Unschuldsvermutung“, dass nämlich die Verantwortlichen in der Stadt ihre Sorgfaltspflicht walten ließen.

Nach jedem Unglück ist die erste Frage: „Wer ist schuld?“ Diese Frage darf natürlich gestellt werden, vor allem von den durch Tod lieber Menschen Betroffenen. Nur lebendig macht die Antwort niemanden. Die Frage nach Prävention, als Lehre aus einem Unglücksfall, ist da schon hilfreicher und wichtiger.

Es ist notwendig, über all diese Fragen, auch angesichts der toten Kinder und Jugendlichen, in aller Ruhe zu diskutieren. Im Schock eines solchen Unglücks, noch dazu in weihnachtlicher Zeit zu Beginn eines neuen Jahres mit all seiner Symbolik, sollten so wichtige Fragen nicht diskutiert und schon gar nicht entschieden oder Stadtverantwortliche vorverurteilt werden.

Thr
Max. Gaul

Europäische Kommission und Bundesregierung werben um Vertrauen:

Gemeinsam kommunizieren

Ein Jahr vor Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft werben Europäische Kommission und Bundesregierung gemeinsam bei den Bürgern um Vertrauen und Unterstützung für die Europäische Union. Unter dem Titel „Aktion Europa“ startet eine Verwaltungspartnerschaft, die Erfahrungen und Kräfte des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, des Auswärtigen Amtes und der EU-Kommissionsvertretung in Deutschland bündeln wird. Ziel ist es, die Bürger stärker für Europa zu interessieren und Diskussionen über europäische Belange in Gang zu setzen. Für gemeinsame Aktionen im Rahmen der Partnerschaft will die EU-Kommission in den kommenden vier Jahren drei Millionen Euro bereitstellen. Der Leiter der EU-Kommissionsvertretung in Deutschland, Dr. Gerhard Sabathil, hofft, „dass diese Summe in absehbarer Zeit noch von Bund und Ländern aufgestockt wird“.

Innerhalb der „Aktion Europa“ werden Bundesregierung und Europäische Kommission eine Reihe von Kommunikationsprojekten gemeinsam durchführen. Geplant sind unter anderem ein europäischer Jugendkongress, ein Kurzfilm über europäische Werte, und die Ausbildung von jugendlichen Multiplikatoren, die Europa und europäische Themen unter dem Motto „Jugend schult Jugend“ in die Schulen bringen sollen. An Auswahl und Koordination der Aktionen ist auch das Europäische Parlament beteiligt.

Meilenstein europäischer Öffentlichkeitsarbeit

„Aktion Europa“ bietet erstmalig die Möglichkeit, den europäischen Diskurs Hand in Hand auf nationaler und auf europäischer Ebene zu führen. „Die Partnerschaft wird sich zu einem Meilenstein europäischer Öffentlichkeitsarbeit entwickeln“, so Margot Wallström, Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für Kommunikationsstrategie. „Ich bin sicher, dass die Kooperation zwischen Deutschland und den europäischen Institutionen es ermöglichen wird, den Bürgern Europa näher zu bringen und sie zu einer Debatte über unsere Zukunft anzuspornen.“

„Aktion Europa“ ist eine der Maßnahmen, mit denen die EU-

Kommission ihren im Oktober 2005 verabschiedeten „Plan D“ für Demokratie, Dialog und Diskussion umsetzen will.

Personelle Verstärkung

Darüber hinaus werden die Berliner, Bonner und Münchner Vertretungen der EU-Kommission in Deutschland personell verstärkt. Neue Mitarbeiter kümmern sich unter anderem um Kontakte zu deutschen Parlamenten und um die Vermittlung von europäischen Themen an regionale Tageszeitungen sowie die Fachpresse.

Zudem konzentrieren sie sich auf die Rolle des Mittelstands für Wachstum und Beschäftigung. Schließlich treten sie verstärkt an Schüler und Jugendliche heran und fördern den europäischen Dialog in Ostdeutschland.

Im Rahmen von „Plan D“ veranstalten die Vertretungen der Europäischen Kommission in Deutschland außerdem regelmäßig Tage der offenen Tür.

Bürgersprechstunde und Jugendkreativwettbewerb

Neu ist auch die Bürgersprechstunde, die Dr. Sabathil jeden Mittwoch um 16.00 Uhr in seinem Berliner Büro am Brandenburger Tor abhält. Eines der Highlights bei der Umsetzung von „Plan D“ im Jahr 2006 bil-

det der Jugendkreativwettbewerb „EUropäischE Vision“. Hierbei sind junge Leute aus den zwölf Austragungsorten der Fußball-WM aufgerufen, ihre Hoffnungen und Träume von Europa in einem Kurzfilm, Radio-Beitrag, als Website oder als digitale Fotostory darzustellen. In Verbindung mit dem Wettbewerb veranstaltet das Europäische Parlament, Informationsbüro für Deutschland (EP) eine Bustour durch 25 deutsche Städte. Die Tour will möglichst viele Bewohner der jeweils angesteuerten Stadt zum Mitreden auffordern, wenn der Europabus auf ihrem Marktplatz oder in ihrer Fußgängerzone hält.

Zum „Mitreden“ ist die breite Öffentlichkeit bei einer Reihe von Veranstaltungen aufgefordert, die von der Europäischen Kommission und dem Parlament gemeinschaftlich organisiert werden. Quer durch die Bundesrepublik treffen Landespolitiker und Bürgermeister mit Vertretern der Kommission und Europaabgeordneten zusammen, um Bürgern Rede und Antwort zu stehen. Für 2006 sind zehn Veranstaltungen geplant.

Europa-Spiel für Kids

Eine Fülle von Aktionen gibt es auch in der Europa-Woche, die Anfang Mai in allen Ländern der EU stattfindet. In Deutschland wurde bisher traditionell der 5. Mai als Europatag begangen. Ab diesem Jahr aber gilt in den Mitgliedstaaten einheitlich der 9. Mai.

Nicht bis zum Frühjahr warten, müssen kleine Europäer. Für sie ist gerade eine Broschüre mit dem Titel „Das Europa-Spiel“ erschienen. Das Spiel liefert 6 bis 13-Jährigen Wissenswerte und Spannendes zur EU und wird demnächst mit Hilfe der 47 deutschlandweiten Euro-Informationszentren in großer Auflage an Schulen verteilt. □

Anzeigen in der

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

se vom Binnenmarkt aus. Als stärkste Branche erwies sich wieder einmal der Fahrzeugbau knapp vor der Elektroindustrie. An dritter Stelle folgt der Maschinenbau. Die Inlandserlöse der bayerischen Industrie, die insgesamt 1,16 Mio. Menschen beschäftigt, legten um 6,3 Prozent zu. Im Jahr zuvor hatte es noch in Minus von 0,5 Prozent gegeben. Die Umsätze mit ausländischen Kunden nahmen gar um 9,1 Prozent zu, sodass insgesamt ein Plus von 7,6 Prozent zu verzeichnen war. In Bayern sind bei allen wirtschaftlichen Kennziffern die Zugewinne generell höher ausgefallen als in Deutschland insgesamt.

Wettbewerbsverzerrungen

Um diese flächendeckende Industriestruktur zu stärken und möglichst auszubauen, will nach Hubers Mitteilung der Freistaat auch nach dem Auslaufen der Grenzlandförderung 2006 die Förderung der bayerischen Regionen nahe von Sachsen, Thüringen und der Tschechischen Republik fortsetzen. Den Segen der Bundesregierung dürfte Bayern haben, den der EU inzwischen wohl auch. Denn nach dem Brüsseler Finanzpoker fallen für die ehemaligen Zonenrandgebiete 75 Mio. Euro an Fördergeldern zusätzlich ab.

Da die Grenzregionen Frankens, Niederbayerns und der Oberpfalz noch immer unter Wettbewerbsverzerrungen litten, müsse auch für die Jahre von 2007 bis 2013 Geld für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen bereitgestellt werden, sagte Huber. In den zurückliegenden zehn Jahren hat der Freistaat mit insgesamt 400 Mio. Euro an zinsgünstigen Darlehen und Zuschüssen aus Mitteln der regionalen Wirtschaftsförderung Gesamtinvestitionen von 2,7 Mrd. Euro möglich gemacht. Dadurch sind nach Hubers Darstellung 1.000. Ar-

umgekehrt, der Bereich der Industrie ist wieder stärker geworden. Und diese Entwicklung hat auch in den ersten drei Quartalen 2005 angehalten. Die Industrie hat sich wieder als Motor des Wirtschaftswachstums erwiesen.

Huber gab sich zuversichtlich, dass es auch 2006 so bleiben werde, denn im laufenden Jahr haben Auftragseingänge und Produktion zum Teil kräftig zugenommen, so etwa die Bestellungen von Investitionsgütern um 7,4 Prozent. Die Exportquote des verarbeitenden Gewerbes ist auf 46,3 Prozent gestiegen. Die Kapazitätsauslastung der bayerischen Industrie hat mit 84,8 Prozent fast ihren langjährigen Durchschnitt von 85 Prozent erreicht. In den ersten neun Monaten 2005 haben die Umsätze um 3,2 Prozent zugenommen.

Freilich konnte Huber kein total ungetrübtes Bild präsentieren, denn das Plus beim Umsatz zeigte auch 2005 keine Wirkung auf der Beschäftigungsseite. War schon 2004 die Zahl der Beschäftigten in der bayerischen Industrie um 1,4 Prozent (in Deutschland insgesamt um 1,9 Prozent) zurückgegangen, so nahm sie bis Ende September noch einmal um 1 Prozent ab.

Huber führte die Entwicklung auf den harten internationalen Wettbewerb und den daraus resultierenden Preisdruck zurück. Viele Unternehmen reagierten darauf mit Restrukturierungsmaßnahmen am Standort und mit der Verlagerung arbeitsintensiver Vorleistungen ins kostengünstigere Ausland.

Dennnoch, so Bayerns Wirtschaftsminister, werde die Industrie auch im kommenden Jahr zu einer Erholung der Konjunktur beitragen. Bei der Beschäftigung, „die der konjunkturellen Entwicklung immer etwas hinterherläuft“, geht Huber von einer Stabilisierung oder gar einer leichten Verbesserung aus.

Bayerische Krankenhausgesellschaft:

Gestalter oder Getriebene?

Mitgliederversammlung in München zeigte Lösungswege auf

Die bayerischen Krankenhäuser haben nach Ansicht des Vorsitzenden der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Oberbürgermeister Franz Stumpf, „die Herausforderungen der Veränderung im deutschen Gesundheitswesen konstruktiv angenommen“. Wie Stumpf im Rahmen der Mitgliederversammlung in München darlegte, zeigten sich bemerkenswerte Entwicklungen gerade der vergangenen Jahre mitunter in den großen Strukturveränderungen und einer beispielhaften Produktivitätssteigerung in den Kliniken des Freistaats.

„Unsere Krankenhäuser haben die Zeichen der Zeit frühzeitig erkannt und zum Beispiel mit der Gründung von Krankenhauskooperationen oder der Umsetzung neuer Versorgungsformen geantwortet“, betonte der Vorsitzende vor rund 200 Vertretern aus dem bayerischen Gesundheitswesen. Als Antwort auf die Privatisierungsdebatte von Krankenhäusern meinte Stumpf: „Unabhängig von ihrer Trägerschaft zeigen die Krankenhäuser Engagement und Kreativität in der Umsetzung. Es gibt unzählige öffentliche und frei-gemeinnützige Kliniken, die sich mit innovativen Konzepten und teilweise auch unpopulären Entscheidungen auf die veränderten Rahmenbedingungen einstellen und dabei unübersehbare Erfolge erzielen.“

Krankenhäuser öffnen

Dass die Krankenhäuser z. B. aufgrund einer oft unausgewogenen Gesetzgebung aber auch von Gestaltern zu Getriebenen werden, zeigt der allseits gewünschte, aber bisher weitgehend fehlgeschlagene Versuch, die Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Behandlung abzubauen. OB Stumpf forderte Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt daher auf, „den Patienten die Freiheit der Wahl einzuräumen und die Krankenhäuser für die Erbringung ambulanter fachärztlicher Leistungen zu öffnen“.

Die Bayerische Staatsregierung rief der Vorsitzende dazu auf, für eine nachhaltige Investitionskostenförderung der Klin-

ken im Freistaat und zur „Erhöhung des in den vergangenen Jahren bereits reduzierten Fördervolumens“ zu sorgen. Zur Situation der Ärzte und den sich zunehmend ausweitenden Streiks in den Krankenhäusern kritisierte Stumpf den seiner Auffassung nach „unsensiblen Umgang und die unakzeptablen Veralgemeinerungen zum Thema“. Er zollte den Ärzten in den Krankenhäusern höchsten Respekt vor ihrer Arbeit und den zweifellos permanent steigenden Zusatzbelastungen.

Notwendige Veränderungen

Stumpf widersprach jedoch Behauptungen der ärztlichen Standesvertreter, wonach Ärzte laut neutraler Studien und Umfragen flächendeckend ausgebeutet würden. Er wies darauf hin, dass man sich nicht gegen eine Einkommensverbesserung für die Ärzte stelle, der Mehraufwand für die Krankenhäuser aber finanziert werden müsse. Mit einem Zitat von Bundes-

kanzlerin Angela Merkel, das zu mehr Mut und Optimismus aufrief, unterstrich Stumpf aber auch die weiterhin notwendigen Veränderungen in der bayerischen Krankenhauslandschaft. Auf der Basis eines gemeinsamen Grundkonsenses rief er alle Partner in der Gesundheitsversorgung, Kostenträger und Leistungserbringer gleichermaßen „zum gemeinsamen Handeln im Interesse aller Patienten und zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens unseres Landes“ auf.

Potenziale des Fallpauschalensystems

Bayerns Sozialministerin Christa Stewens wies ihrerseits auf die Potenziale des Fallpauschalensystems hin: „Es bietet den Krankenhäusern ab dem 1. Januar erneut eine gute Gelegenheit, als Gestalter aktiv zu werden. Jedes Krankenhaus erhebt einen landeseinheitlichen Ausbildungszuschlag, der an die Bayerische Krankenhausgesellschaft abzuführen ist. Diese schüttet dann an die auszubildenden Krankenhäuser die ihnen zustehenden Gelder aus“, erläuterte Stewens und appellierte an die Krankenhäuser, ihr Engagement in der Ausbildung fortzusetzen und fristgerecht die erhobenen Zuschläge abzuführen. „Qualifizierter Nachwuchs ist für die Ge-

Die Schwachen ...

(Fortsetzung von Seite 1) rungen im Kommunalen Finanzausgleich. Konkret nannte er die nach seiner Ansicht antiquierte „Einwohnerveredelung“, die den großen Städten automatisch einen höheren Ausgabenbedarf unabhängig von ihrer Einnahmensituation zubilligt. „Wer die Vorgabe des Landesentwicklungsprogramms nach gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Landesteilen Bayerns ernst nimmt, kann nicht akzeptieren, dass ein Einwohner in einer Großstadt um bis zu 50 Prozent mehr 'wert' ist als in einer kleinen Gemeinde“, sagte Brandl. Der Bayerische Gemeindetag wehre sich massiv dagegen, den ländlichen Raum quasi von der Entwicklung abzukoppeln und sich auf die Ballungsräume zu konzentrieren. Dies sei „wenig hilfreich“ für die Gesellschaft und die kommunale Familie.

Ungebremssteigende Sozialleistungen

Die insgesamt verbesserte Einnahmensituation darf nach Brandls Worten nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Hauptproblem der kommunalen Finanzmisere, nämlich die weiterhin praktisch ungebremssteigenden Sozialleistungen, nach wie vor ungelöst ist. Während die Sozialausgaben im Jahr 2000 bei 3,72 Mio. Euro in Bayern lagen, stiegen sie im Jahr 2004 auf 4,38 Mio. Euro. Dies sei innerhalb von vier Jahren ein Zuwachs von 30 Prozent. Bedauerlicherweise habe sich dieser Trend in 2005 trotz Hartz IV weiter fortgesetzt.

Insgesamt verschlingen die Sozialausgaben Brandl zufolge mehr als die gesamten Gewerbesteuererinnahmen aller bayerischen Gemeinden. „Das ist von den Kommunen nicht mehr zu schultern“, kritisierte der Gemeindetagspräsident. Er forderte, dass sich Bund und Länder endlich an den Sozialkosten, sprich den Kosten der Eingliederungshilfe, effektiv beteiligen, „denn das ist längst keine Angelegenheit der örtlichen Gemein-

schaft mehr, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“. Brandl appellierte eindringlich an die Bayerische Staatsregierung, „den finanziell am meisten betroffenen Gemeinden 17 Millionen Euro an Bedarfszuweisungsmitteln zur Verfügung zu stellen, statt das Geld einzuziehen“. Die im Haushaltsjahr 2005 nicht verausgabten Bedarfszuweisungsmittel müssten in das Haushaltsjahr 2006 übertragen werden.

Sorge um die Bildungspolitik

„Riesenräger um das Büchergeld, zuwenig Geld für das achtjährige Gymnasium und jetzt noch den Volkshochschulen die staatlichen Zuschüsse um die Hälfte kürzen - mit diesem Streichkonzept der Staatsregierung ist eine nachhaltige Bildungspolitik bald am Ende“, lautete ein weiterer Kritikpunkt des Präsidenten. Die Auseinandersetzung zwischen der Bayerischen Staatsregierung und den Bayerischen Gemeinden im Bildungsbereich nehme an Schärfe zu. Noch schweben laut Brandl dicke Rauchwolken über dem Büchergeld, kündigen Kommunen dem Staat Klagen an, damit dieser nach dem Konnexitätsprinzip die Kosten für die Ausbauten in den Gymnasien endlich übernimmt und bestehen völlig ungeklärte Finanzierungsfragen über die vom Kabinett kürzlich gemachten Äußerungen über den Ausbau der Ganztagsangebote an Schulen.

Prioritäten setzen

„Der Freistaat muss trotz aller Sparmaßnahmen die richtigen Prioritäten setzen; in die Bildungspolitik zu investieren ist für die Zukunft unseres Landes zwingend erforderlich“, bemerkte Brandl. „Die Kommunen werden aufgrund ihrer desaströsen Finanzsituation nicht als Ausfallbürgen in diesem Bereich zur Verfügung stehen, daher müsse der Rotstift in der Bildungspolitik nun endgültig auf die Seite gelegt werden. **DK**

sundheitsversorgung unverzichtbar“, betonte die Ministerin.

Zur allgemeinen Bilanz des Systems sagte sie: „Auf dem bisher Erreichten dürfen wir uns nicht ausruhen, sondern müssen die Auswirkungen des Systems weiter intensiv beobachten.“ Als „besorgniserregend“ bezeichnete sie die zunehmende Bürokratie. Stewens: „Die Zahl der Fallgruppen ist von 664 im Jahr 2003 auf 954 im Jahr 2006 angestiegen - in Zukunft werden es sicherlich über 1.000 sein. Daneben gibt es bereits 82 Zusatzentgelte. Der damit verbundene Dokumentationsaufwand ist kaum noch nachvollziehbar und bindet mehr und mehr die Zeit der Ärzte, die dann bei der Patientenbehandlung fehlt. Daneben zeigt sich, dass sich die individuellen Basisfallwerte streng an den Versorgungsstufen anlehnen. Damit bestätigt sich der bayerische Vorschlag, differenzierte Basisfallwerte einzuführen.“

Steigende Qualitätsanforderungen

Mit Blick auf die schwierigen finanziellen Rahmenbedingun-

(Fortsetzung von Seite 1)

Peter Andrä in Berlin. Das politische Ziel, die baulichen Vorschriften zu lockern, um Kosten zu senken, sei gescheitert.

Dagegen sprach sich der Sachverständigen-Verband BVS gegen die Einführung regelmäßiger Kontrollen aus. „Das ist nicht notwendig, wenn ein Gebäude ordnungsgemäß gebaut worden ist“, sagte der Verbandschef Michael Staudt. Ein Bau-TÜV würde die Deregulierung von Vorschriften wieder umkehren.

Schließungswelle befürchtet

Gleichzeitig warnte der Architekt, dass vielen Gemeinden das Geld für den Unterhalt ihrer Bauten fehle. So müssten öffentliche Gebäude in Intervallen von 15 bis 20 Jahren überarbeitet werden, betonte Staudt. „Dafür haben die Gemeinden heute kein Geld mehr.“

Ähnlich äußerte sich der Präsident des Deutschen Städtetages, Christian Ude. Er warnte eindringlich vor maroder Bausubstanz und befürchtete nach eigener Aussage eine Schließungswelle. „Fast alle Kommunen in Deutschland haben wegen ihrer Haushaltssituation in den vergangenen Jahren Mittel für den Bauunterhalt kürzen müssen. Dabei steigt die Zahl problematischer Gebäude in öffentlicher Hand“, so der Münchner OB. Besonders bei Bauwerken aus den sechziger und siebziger Jahren seien die Probleme immer drängender. Hier müssten Alarmzeichen wie Risse im Beton oder Feuchtigkeit im Gemäuer sehr ernst genommen werden.

Rechtslage ausreichend

Henning Jäde, leitender Ministerialrat der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium, sieht wiederum keinen Anlaß, aufgrund des Dacheinsturzes in Bad Reichenhall etwas an den bestehenden baurechtlichen Bestimmungen zu ändern. Ude rede sich „um Kopf und Kragen“, wenn er nahelege, dass mit Hochbauten genauso verfahren werden sollte wie etwa mit Brücken oder Windrädern. Während diese dynamischen Belastungen und wechselnden Windverhältnissen ausgesetzt seien, könne das für Hochbauten in der Regel nicht behauptet werden. Wo es doch der Fall ist, wie etwa bei freistehenden Hochhäusern in Frankfurt am Main, gebe es Sonderbestimmungen, die zu einer periodischen Überprüfung der

Änderungen im Kommunalwahlrecht

Bei der Kommunalwahl 2008 wird es im bayerischen Kommunalwahlrecht einige grundlegende Änderungen geben, die z.B. das Auseinanderfallen von Wahlen für hauptamtliche Bürgermeister und Gemeinderäte eingrenzen sollen. So können die Amtszeiten hauptamtlicher Bürgermeister künftig zwischen vier und acht Jahren liegen. Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, begrüßt diese Regelung, fordert aber, dass hauptamtliche Bürgermeister dann für den Rest der Wahlzeit des Gemeinderats gewählt werden können, wenn diese Zeit mehr als drei Jahre beträgt. Sofern die restliche Wahlzeit weniger als drei Jahre beträgt, soll der hauptamtliche Bürgermeister bis zum Ende der Wahlzeit des darauf folgenden Gemeinderats, d.h. für eine Zeit von längstens neun Jahren, gewählt werden.

Probleme hat Brandl jedoch mit dem Vorschlag des Innenministeriums, zu verbieten, dass künftig Bewerber um ein kommunales Mandat einem Wahlvorstand oder einem Briefwahlvorstand angehören dürfen. **DK**

gen bei steigenden Qualitätsanforderungen sowie den sich auch aufgrund der expandierenden Privatkliniken verschärfenden Wettbewerb wies die Ministerin auf die Bedeutung von Kooperationen hin. Beispielhaft nannte sie das Vorhaben der Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Landsberg, Miesbach und Starnberg sowie der Stadt Rosenheim, eine Management-Holding zu gründen sowie Pläne

der Stadt Weiden und den Landkreisen Neustadt a. d. Waldnaab und Tirschenreuth für eine neue privatrechtliche Trägergesellschaft. Stewens: „Auch wenn stets die Bestimmungen des Bundeskartellamts berücksichtigt werden müssen, bieten Kooperationen große Zukunftspotenziale für Krankenhäuser - dafür gibt es zahlreiche Beispiele, etwa das Disease-Management-Programm Brustkrebs.“ **DK**

Trauer und Ursachen ...

Standfestigkeit verpflichteten.

Auch die in allen Bundesländern seit langem geltende Rechtspraxis, dass ein Gebäude nach der Abnahme in den Verantwortungsbereich des Bauherrn übergehe, hält Jäde für sinnvoll. „Der Bauherr kennt sein Gebäude am besten, er wirkt als eine Art permanenter Gebäude-TÜV.“ Im Übrigen würden in der gegenwärtigen Debatte die finanziellen, technischen und organisatorischen Dimensionen einer regelmäßigen Überprüfung von Hochbauten unterschätzt. „Es ergäbe keinen Sinn, nur zu prüfen, ob es in einem Gebäude von der Decke tropft; man müsste Verkleidungen lösen und Laboruntersuchungen in Auftrag geben, was sehr teuer wäre.“

Auch der Bayerische Gemeindetag zeigt sich skeptisch gegenüber zusätzlichen Vorschriften. Wie Präsident Dr. Uwe Brandl betonte, „sollten aus den tragischen Geschehnissen in Bad Reichenhall keine voreiligen Schlüsse gezogen werden“. Bayerns Gemeinden seien sich ihrer Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger bewusst und nähmen die Sicherheit ihrer Gebäude ernst. Aber es stimme auch: „Viele Rathäuser, Sporthallen, Veranstaltungssäle und andere kommunale Gebäude müssen renoviert oder saniert werden.“

Professionelles Gebäudemanagement

„Weil die Einnahmen mit den explodierenden Ausgaben seit Jahren nicht Schritt halten, müssen die Kommunen immer mehr sparen. Das geht vor allem zu Lasten der freiwilligen Ausgaben“, bemerkte Brandl. Vom Deutschen Institut für Urbanistik wurde für das laufende Jahrzehnt ein kommunaler Baubedarf von 488 Mrd. Euro deutschlandweit ermittelt. Bis 2010 wären allein zur Sanierung maroder Schulgebäude bzw. für entsprechende Ersatzbauten 60 Mrd. Euro erforderlich.

Dennoch lasse sich daraus nicht schließen, dass von Renovierungsbedürftigen Gebäuden eine Gefahr für die Nutzer ausgehe. Aus mehreren Gründen prüften die Kommunen als Eigentümer regelmäßig den Erhaltungszustand und damit auch die Standsicherheit ihrer Gebäude. Dies geschehe auch ohne gesetzliche Auflagen.

Zum einen führe das professionelle Gebäudemanagement dazu, dass man Schäden möglichst frühzeitig zu erkennen versucht, um den Reparaturaufwand gering zu halten. Des Weiteren

müssen die Kommunen im Rahmen ihrer Verkehrssicherungspflicht die Sicherheit der Gebäude garantieren. „Keine Stadt oder Gemeinde kann es sich leisten, die Unversehrtheit ihrer Bürger und Bürgerinnen leichtfertig aufs Spiel zu setzen“, machte Brandl deutlich. Nicht zuletzt stünden Kommunen und ihre Gebäude unter Beobachtung der gesamten Öffentlichkeit. Aus diesen Gründen sei es für Kommunen selbstverständlich, ihren Gebäudebestand auf eigene Kosten regelmäßig zu überprüfen.

Brandl warnte davor, als Folge des Halleneinsturzes von Bad Reichenhall sofort neue Gesetze mit schärferen Prüfpflichten zu erlassen. „Sicherheit hat für uns oberste Priorität“, stellte er klar. Der Bayerische Gemeindetag geht aber davon aus, dass das angestrebte Ziel mit den vorhandenen Kontrollinstrumenten zu erreichen ist.

Mögliche Ursachen

Unklar ist derzeit, wie schnell Staatsanwaltschaft und Gutachter zu einem Ergebnis über die tatsächliche Unglücksursache kommen. Die Kriminalpolizei, die mit bis zu 30 Beamten ermittelt, rechnet nicht vor Anfang April mit Resultaten. Manche Experten jedoch gehen davon aus, dass schon früher ein Ergebnis vorliegen könnte. „Ich sehe das nicht ganz so kompliziert“, stellte etwa der Sachverständige Michael Staudt fest. Eine Rekonstruktion eines Gebäudes nach einem Einsturz sei äußerst selten und auch nicht notwendig. Es reiche aus, neugierische Punkte zu untersuchen.

In Bad Reichenhall könnte eine Rolle gespielt haben, dass vor dem Unglück Schneehöhen gemessen wurden. „Das könnte das Dach in Schwingungen versetzt haben“, betonte Staudt. Zeugen hatten berichtet, dass Wasser vom Dach der Halle getropft sei. Auch dies werden wohl die Gutachter analysieren, denn Kondenswasser könnte nach Staudts Einschätzung tragende Holzteile an der Decke instabil gemacht haben. „Zum Faulen braucht man nur Feuchtigkeit und Sauerstoff“, so der Experte. Zudem könne die Dämmung zwischen den Wellblechen Nässe gezogen haben - das Dach wäre damit schwerer gewesen als vorausberechnet. Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Innenminister Dr. Günther Beckstein soll nun die Aufklärung der Unglücksursache begleiten und anschließend Konsequenzen prüfen. **DK**

Stadtwerke:

Mangel an Energie-Risikomanagern

In der letzten Zeit entsteht zunehmend der Eindruck, dass Energiekonzerne die Endverbraucher mit hohen Preisen „abzocken“. Dem Vorstandsvorsitzenden von E.ON Hanse, Hans-Jakob Tiessen, verschaffte das ungewollte „Populärkeit“. Er fand sich nach einer massiven Erhöhung der Gaspreise als „Dracula mit blutigen Zähnen“ auf der Seite eins der Hamburger BILD.

Die in den vergangenen Jahren durch Brüssel erfolgte Liberalisierung der Gas- und Strommärkte hätte eigentlich, zumindest im Sinne der Lehrbuchökonomie, zu einem höheren Wettbewerb und damit zu sinkenden Preisen führen sollen. Stattdessen steigen seit 2005 die Preise. Die Energiekonzerne rechtfertigen diese Preissteigerungen unter anderem mit dem seit Anfang 2005 europaweit eingeführten CO₂-Zertifikat-Handel. Mit diesem Instrument soll die im Kyoto-Protokoll festgelegte Verringerung der Treibhausgasemission in Höhe von 21 Prozent (im Vergleich zu 1990) erreicht werden. Im Gegensatz zur deutschen ordnungsrechtlichen Praxis der Auflagen, Verbote und Gebote wird es hier den Unternehmen selbst überlassen, wie und in welchem Umfang sie CO₂-Emissionen einsparen.

Da die großen CO₂-verursachenden Unternehmen für jeden CO₂-Ausstoß Zertifikate (Verschmutzungsrechte) vorweisen müssen, besteht für sie der Anreiz, den CO₂-Ausstoß so weit wie möglich zu verringern. Im günstigsten Fall können sie dann die eingesparten Zertifikate an einer Börse verkaufen und Einnahmen erzielen. Umgekehrt müssen Unternehmen, bei denen eine CO₂-Verminderung nicht mehr möglich ist, ihre Produktion nicht schließen. Sie können sich durch den Kauf von CO₂-Zertifikaten „freikaufen“. Da die Zertifikate an einer Börse gehandelt werden, werden Einsparungen dort erzielt, wo sie volkswirtschaftlich am günstigsten sind. So lange jedoch die großen Energiekonzerne zumindest kurzfristig nicht auf CO₂-sparende Verfahren umstellen können (die CO₂-freundliche Kernenergie wird in Deutschland politisch gestoppt, bei Windkraftanlagen auf dem Meer hakt es noch bei den Transportmöglichkeiten für die gewonnene Energie), schlagen sie die Zertifikatkosten auf die Endverbraucherpreise auf.

Nun können selbst Oligopole die Energiepreise nicht ganz frei bestimmen. Auch sie sind den Gesetzen von Angebot und Nachfrage und damit den Börsenpreisen unterworfen. Eine dieser Börsen ist die European Energy Exchange (EEX). Im Jahre 2005 führten hier u.a. die Dürren in Spanien und Portugal (geringe Verfügbarkeit von Wasserkraft), der lange und kalte Winter und der durch die verstärkte Energienachfrage der Schwellenländer bedingte starke Anstieg des Öl- und Gaspreises zu einem Anstieg der Energiepreise. Für den Endverbraucher kommen dann noch die Steuern, Transportkosten und Renditen der Stromkonzerne hinzu. Letztere sind so hoch, dass sogar über zusätzliche Gewinnausschüttungen nachgedacht wird. Das freut die Aktionäre und trifft die privaten Endverbraucher aber auch die Stadtwerke, die sich nicht durch langfristige Verträge günstige Energielieferungen gesichert haben.

Nach Auffassung von E.ON liegt hier das Problem: Viele Stadtwerke lassen ihre Energieverträge nur von „Einkäufern“ aushandeln. Ihnen fehlt der Risikomanager, der beim Energiekauf die Preisrisiken auf unterschiedliche Produkte streut. Und was bleibt dem privaten Haus-

halt? Er kann zu einem günstigeren Anbieter wechseln. Nur einem Prozent der Privathaushalte gelingt dieser Sprung. Die Gründe für dieses Beharrungsvermögen können Informationsdefizite, die Macht der Gewohnheit oder, davon geht zumindest e-on aus, Zufriedenheit sein. Vielleicht muss der Verbraucher sich an die Liberalisierung erst noch gewöhnen. **SAS**



Hans und Ursula Werner waren die 200.000sten Besucher der am 8. Januar zu Ende gegangenen Franz-Marc-Retrospektive im Münchner Lenbachhaus. Insgesamt verzeichnete die überaus erfolgreiche Ausstellung etwa 300.000 Interessenten. Unser Bild zeigt den Direktor des Lenbachhauses, Prof. Helmut Friedel (r.), und das Vorstandsmitglied des Partners E.ON Energie, Hartmut Geldmacher (l.) zusammen mit dem Ehepaar Werner. Dieses wird von E.ON zur Caspar David Friedrich Ausstellung in die Hamburger Kunsthalle, die auch vom Energieversorger unterstützt wird, eingeladen. Die Ausstellung findet vom 13. Oktober 2006 bis 28. Januar 2007 statt. **□**

E.ON Bayern Umweltpreis

Zum zweiten Mal verleiht die E.ON Bayern AG den „E.ON Bayern Umweltpreis“ unter der Schirmherrschaft von Umweltminister Dr. Werner Schnappauf. Der Umweltpreis zählt zu den bundesweit höchst dotierten Preisen für ökologisches Handeln. Um das Preisgeld in Höhe von 250 000 Euro können sich bis zum 31. März neben Kommunen, Kirchen, kirchlichen Einrichtungen, eingetragenen Vereinen und Initiativen erstmals auch Unternehmen mit Sitz in Bayern bewerben.

E.ON Bayern verleiht den Umweltpreis, um über die eigenen Maßnahmen hinaus auch die ökologischen Leistungen anderer im Freistaat zu fördern. Der Preis soll der Einführung und Umsetzung innovativer energie- und umweltschonender Projekte dienen. Dabei geht es um Reduzierung des Primärenergieverbrauchs, Verminderung von Schadstoffen, den Schutz natürlicher Ressourcen und um ökologisch orientiertes Bauen. Im Fokus stehen Projekte der Gegenwart und der Zukunft, die ohne Förderung nicht oder nur sehr schwer realisierbar sind. Die zweite Besonderheit in 2006: Im Rahmen des Umweltpreises wird aus dem „Innovationsfonds Regenerative Energien“ für Projekte zur CO₂-Einsparung durch die Nutzung erneuerbarer Energien ein zusätzlicher Sonderpreis in Höhe von 60.000 Euro ausgelobt. Die Preisgelder sind zweckgebunden für die jeweiligen Konzepte und Maßnahmen. **□**



Mit Sicherheit
faire Preise

Ihre Kinder wachsen. Ihr Strompreis nicht.

E.ON BasisPower mit 3 Jahren Preisgarantie*

Informieren Sie sich unter: www.eon-bayern.com

*Durch die einmalige Zahlung von 20 Euro beziehen Sie für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2008 Ihren Strom immer zum gleichen Preis (ausgenommen sind Erhöhungen durch Steuern und gesetzliche Abgaben). Dieses Angebot gilt bis zum 31. März 2006.

www.eon-bayern.com
www.eon.com

e-on | Bayern

erdgas schwaben:

„Die Kommune bestimmt die Richtung“

GZ-Interview mit Kaufmännischem Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer

„Wir sind da, wo unsere Kunden sind“ lautet der zentrale Gedanke der erdgas schwaben gmbh. Service, Sicherheit und nachhaltiger Umweltschutz zur Erhaltung der Heimat sei der Leitgedanke des schwäbischen Unternehmens mit Sitz in Augsburg, so der Kaufmännische Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

„Wir denken an unser aller Zukunft und handeln deshalb heute“, stellt Dietmayer fest. erdgas schwaben sichere für die Menschen in ganz Schwaben und Teilen Oberbayerns die Versorgung mit Erdgas, das zu beinahe 100 Prozent von Bayerngas bezogen wird. Aktuell sind an 4.700 Kilometer Rohrleitungen 75.000 öffentliche Einrichtungen und private Haushalte in 157 Städten und Gemeinden angeschlossen. Das Gebiet des „Energiedienstleisters in Schwaben für Schwaben“ wird mit 10,8 Milliarden kWh incl. Durchleitungsmengen versorgt.

Als Partner der Thüga Gruppe nutzt erdgas schwaben das bundesweite Netzwerk von Energieanbietern und damit die Stärken eines großen Konzerns. An sechs Betriebsstellen - Augsburg, Donauwörth, Günzburg, Kaufbeuren, Kempten und Nördlingen - agieren 283 Mitarbeiter mit Engagement und guten Ideen. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf modernster Technik und einem wegweisenden Konzept für den Umweltschutz.

Technik hat ihren Preis

Dass Technik ihren Preis hat, ist freilich nicht wegzudiskutieren, wobei Dietmayer deutlich macht, „dass wir Erdgas momentan nur mit Ölpreisbindung einkaufen können“. Ohnehin sei bei den derzeit kräftig steigenden Gaskosten nicht die Gaswirtschaft der Profiteure, „sondern letztlich der Staat“. Gehe man von einem Hausbesitzer mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 20.000 kWh aus, so habe dieser in einem Zeitraum von 20 Jahren eine Preissteigerung von 144 Prozent hinnehmen müssen. Das Problem dabei sei, dass die Preise seit 1986 ständig sanken, 1999 aufgrund diverser Einflüsse ihren Tiefpunkt hatten und sie seitdem ständig ansteigen. Und genau Letzteres nehme der Kunde eben wahr, erklärt Dietmayer.

Berücksichtige man zusätzlich die Erdgas- und Umsatzsteuer, so ergebe sich im gleichen Zeitraum ein Anstieg der Erdgaspreise um gar 161 Prozent. Und der Staat verdient laut Dietmayer kräftig mit: Seit 2001 kassiere er pro Kopf Steuermehreinnahmen aus Ökosteuer plus Mehrwert-

steuer in Höhe von knapp 80 Euro.

Grundsätzlich stellt sich Dietmayer in der jetzigen Energiepreisdebatte die Frage: Was ist ein angemessener Gewinn? Wer stellt die Skala auf? Tatsache sei, dass sein Unternehmen an einem Einfamilienhaus obiger Größenordnung 38 Euro netto verdiene. Werden von politischer Seite die Möglichkeiten der Preisanpassung begrenzt wie es die aktuelle Entwicklung andeutet, muss erdgas schwaben bei den Investitionen im Netzausbau verhaltener reagieren. Bereits 2006 wurden hier die Investitionen um 10 Prozent heruntergefahren.

Rückgrat der Gesellschaft

„Wenn man von uns Energiedienstleistern erwartet, dass wir unsere Preise nicht den Marktpreisen anpassen - also erhöhen oder auch mal senken wie z. B. zum 01. Oktober 2003, macht man auf lange Sicht die Wirtschaft im Land kaputt - nur gesunde Unternehmen sind das Rückgrat unserer Gesellschaft“, erläutert der Geschäftsführer und stellt klar: „Mit der ewigen Kleinkrämerie muss Schluss ein. Wir verfügen hierzulande kaum über Energien, deshalb müssen wir in die Offensive gehen. Was aber machen wir? Wir handeln Zweijahresverträge aus, wo doch Planungssicherheit für Industrie und Wirtschaft eminent wichtig wäre!“

In diesem Zusammenhang meldet Dietmayer Zweifel am Vorgehen von Kartellamtschef Ulf Böge an, dessen Behörde die Bindung von Gas- und Ölpreis abschaffen will, wozu auch das Vorgehen gegen Langfristverträge gehören soll. In Großbritannien beispielsweise sei die Ölpreisbindung abgeschafft worden. Nach kurzfristigen Preissenkungen müssten die Verbraucher aber wieder mit stark ansteigenden Preisen planen. Interessanterweise habe sich der Markt dort mittlerweile wieder an die Entwicklung der Ölpreise angepasst.

Neben der Preisdiskussion ist es wichtig, die genuinen Vorteile von Erdgas hervorzuheben - besonders bei den Erdgasfahrzeugen, wie Dietmayer betont. Erdgasfahrzeuge seien ökonomisch wie ökologisch eine sinnvolle

Alternative zu konventionellen Verbrennungsmotoren, verfügten sie doch über eine umweltschonende Technik. Es gebe kein Feinstaub- und Stickoxidproblem - die Abgasnorm ab 2010 werde heute schon erfüllt - und die Tankkosten seien bis zu 50 Prozent niedriger. Das Augsburger Unternehmen jedenfalls schwöre seit mehr als zehn Jahren auf diesen Kraftstoff. Der Fuhrpark ist mittlerweile auf 108 Erdgasfahrzeuge angewachsen. Expertenprognosen sagen für 2010 mehr als eine halbe Million



Klaus-Peter Dietmayer.

PKWs und LKWs deutschlandweit voraus.

Mangel an Vielfalt

In Deutschland gibt es mittlerweile mehr als 650 Tankstellen, davon in und um Schwaben 30 Stationen. erdgas schwaben betreibt sechs öffentliche Tankstellen: in Nördlingen, Donauwörth, Günzburg, Landsberg am Lech, Kaufbeuren und Kempten. Das Augsburger Unternehmen investierte vergangenes Jahr in den Ausbau des Erdgas-Tankstellennetzes über eine Million Euro. Wie Dietmayer darstellt, werde der Erdgasfahrzeugthematik momentan jene Aufmerksamkeit zuteil, die sie seit Jahren verdient gehabt hätte. Was jetzt noch fehle, sei eine angemessene Fahrzeugvielfalt und eine etwas dichtere Infrastruktur.

Was das Thema Wasserstofftechnologie anbelangt, stellt sich Dietmayer zufolge das „Problem der Wirtschaftlichkeit“. Betrachte man sich den Gesamtenergieverbrauch, „so ist die Wasserstofftechnologie im Augenblick für uns kein Thema“. Die Herstellungskosten seien schlicht und ergreifend zu hoch. Es gebe keinen Grund, „aus Erdgas Wasserstoff zu machen, um dann mit

Wasserstoff zu fahren“. „Spalten, sammeln, verdichten, verteilen“ lauteten die Aufgaben bei der Wasserstofftechnologie, „wobei keine davon sauber gelöst ist“. Und eine Wasserstofftankstelle sei mit dem heutigen Stand der Technik letztlich ein Risiko. Als einzig positiv seien die hervorragenden Emissionswerte zu betrachten.

Ein Dauerthema sind auch die Konzessionsverträge. „Egal wo wir ausschreiben - wir machen ausschließlich positive Erfahrungen“, berichtet der Geschäftsführer. Etwas problematisch gestalten sich allerdings der Umgang mit der Hackschnitzelthematik. Die Annahme mancher Kommunen, dass durch den Einsatz von Holz alles billiger werde, sei ein Irrtum. Im Endeffekt werde hierbei das Thema verbrennungsbedingte Staub-Emissionen vernachlässigt. Auch sei fraglich, ob die lokale Wirtschaft wirklich nachhaltig bedient würde. Darüber hinaus bezweifelt Dietmayer, dass die Waldbauern über einen langen Zeitraum hinweg den Energiepreis für gelieferte Hackschnitzel tatsächlich konstant halten würden.

Langfristiges Geschäft

Obwohl Erdgas bei den meisten Bürgermeistern nach wie vor die „Wunschenergie Nummer eins“ darstellt, müsse erdgas schwaben im Resultat freilich peu à peu „aus der reinen Erdgasecke herauskommen“. Schließlich sei Energie ein langfristiges Geschäft. Für die Kommunen müsse der Energiedienstleister ein Partner sein, dessen Maxime letztlich lautet: „Der Kunde entscheidet.“

Hilfe - „dort, wo sie sinnvoll und gewünscht ist“ - bietet der Dienstleister unter der Marke schwaben wasser schließlich auch bei der Wasserversorgung an - und zwar bei Aufgabenstellungen, die Kommunen nicht alleine bewältigen können. Dabei handelt es sich um Arbeiten, die besonders hoch qualifiziertes Personal erfordern oder die im Verbund wirtschaftlicher erbracht werden können als alleine. Die Dienstleistungen reichen von der Entwicklung von Fach- und Planungskonzeption als Entscheidungsgrundlage bis hin zu vollständiger technischer und kaufmännischer Betriebsführung.

Wichtig für diese Partnerschaft ist laut Dietmayer, „dass die Kommune die Richtung bestimmt“, sprich: „Die Entscheidungshoheit über die Wasserversorgung und sämtliche Eigentumsrechte verbleibt vollständig bei der Kommune bzw. dem Zweckverband.“ Die Verantwortung für die Versorgung der Bürger sei dort in guten Händen. An dieser Überzeugung habe das Unternehmen alle seine Dienstleistungen ausgerichtet. **DK**

Biogene Kraftstoffe:

Möglichkeiten und Grenzen

Straubinger Fachkongress mit Miller und Spitzner

Mobilität gehört zu den Grundlagen der Wirtschaft und wird durch die zunehmende Globalisierung immer wichtiger. Die hohen Kraftstoffpreise und das Wissen um die Endlichkeit der fossilen Reserven, die auch für nachfolgende Generationen erhalten bleiben müssen, fordern zum Umdenken auf. Vor diesem Hintergrund fand unter dem Motto „Biogene Kraftstoffe - Möglichkeiten und Grenzen“ in Straubing ein vom Mineralölwirtschaftsverband, der BayWa AG und dem Kompetenzzentrum für Nachhaltige Rohstoffe veranstalteter Fachkongress statt.

Mit Bekanntgabe des Koalitionsvertrages gab es Anlass für Spekulationen über die Zukunft von reinen Biokraftstoffen, die derzeit von der Mineralölsteuer befreit sind. Auf dem Fachkongress wurden Biodiesel, naturbelassenes Pflanzenöl, Ethanol und ETBE (Additiv aus Ethanol) sowie BTL (Biomass-to-liquid)-Kraftstoffe von Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Handel und Automobilindustrie aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Die Ölvorräte, die wirtschaftlich gefördert werden können, wachsen zwar nach Aussage des Verbandes der deutschen Automobilindustrie von Jahr zu Jahr, doch gleichzeitig steigt die weltweite Ölnachfrage.

Millers Forderung

Gut zehn Prozent des jährlichen bayerischen Diesellostverbrauchs in Höhe von 5,2 Millionen Tonnen könnten auf bayerischen Äckern erzeugt werden, betonte Bayerns Landwirtschaftsminister Josef Miller. Er forderte, dass neben der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Beimischungspflicht reine Biokraftstoffe zunächst weiterhin von der Mineralölsteuer befreit bleiben sollen.

Spitzners Bedenken

Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner gab seinerseits zu bedenken, dass - auch wenn mehr biogene Kraftstoffe gewollt sind und dazu eine Steuerbefreiung notwendig ist - dies zu Lasten des Bundeshaushaltes gehe. Um einen stärkeren Beitrag von Biokraftstoffen kostengünstig zu erreichen, müsse deshalb noch geklärt werden, wie hier weiter zu verfahren sei.

Sicherung der Mobilität

MdL Franz Kustner, Bezirkspräsident des Bayerischen Bauernverbandes in der Oberpfalz, wollte den Beitrag der heimischen Landwirtschaft nicht allein in der Rohstoffbereitstellung sehen. Auch als Energie-

wirt wollen Landwirte die Veredelung ihrer Produkte soweit möglich selber wahrnehmen und sich damit als Unternehmer und nicht als „Unterlasser“ positionieren. Reine Biokraftstoffe müssen laut Kustner steuerfrei bleiben. In konstruktiver Zusammenarbeit mit den Motorenherstellern und der Mineralölindustrie biete die Land- und Forstwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Mobilität auch für die Zukunft.

Keine seriösen Aussagen

Dr. Klaus Picard vom Mineralölwirtschaftsverband stellte die Ölpreisvoraussagen als nicht seriös dar. Seiner Meinung nach gab es noch nie so viel Öl wie heute. Dennoch sei es unter ökologischen und ökonomischen Aspekten ein Gebot der Vernunft, Alternativen zu entwickeln, wobei aber nicht die stärksten und wettbewerbsfähigen Energieträger durch dauersubventionierte Biokraftstoffe ersetzt werden sollten. Die Nutzung der Ganzpflanze für Biokraftstoffe der zweiten Generation biete völlig neue Ansätze für Antriebskonzepte und eine Chance für die Landwirtschaft, die Zukunft ohne Subventionen zu gestalten.

Wirtschaftliches Problem

Dass die bayerischen Raffinerien problemlos mit Anteilen von biogenen Kraftstoffen arbeiten können, erläuterte Dr. Alois Virag von der OMV Deutschland GmbH. Lediglich deren Verfügbarkeit sah er als begrenzend an. Dieser Raffinerieprozess sei kein technisches, sondern derzeit ein wirtschaftliches Problem. Dr. Josef Krapf von der BayWa AG, München, zeigte sich offen gegenüber Kraftstoffen aus der landwirtschaftlichen Produktion. Mit 60 Biodiesel-Tankstellen verfüge die BayWa über das größte Biodiesel-Tankstellennetz in Bayern. Für die weitere Entwicklung im Bereich der biogenen Kraftstoffe sei die Ölpreisentwicklung entscheidend.

Künstlicher Markt

Jan Michael Henke vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel erklärte, dass die Wettbewerbsfähigkeit biogener Kraftstoffe gegenüber fossilen nicht gegeben sei. Es werde zwar zur Marktentspannung, zur Energieversorgungssicherheit und zur Verringerung von Treibhausgasemissionen beigetragen, doch dies geschehe über einen künstlichen Markt, der einer staatlichen Regulierung unterliege. Die unter Klimaschutzpolitischen Gesichtspunkten anzustrebende Einsparung von fossilen Brennstoffen müsse seiner Meinung nach nicht unbedingt im Transportsektor erfolgen. Wirtschaftlichere und kostengünstigere Maßnahmen böten sich z.B. im stationären Bereich bei der Strom- und Wärmeherstellung. **DK**

...ebenso wie 164 weitere Städte und Gemeinden in unserer Region

Gerhard Jauernig,
Oberbürgermeister der Stadt Günzburg, freut sich, dass den Günzburger Bürgerinnen und Bürgern mit Erdgas eine saubere und umweltschonende Energie zur Verfügung steht.

www.erdgas-schwaben.de

Betriebsstelle Günzburg
Geschwister-Scholl-Str. 3
89312 Günzburg
Telefon 08221 3602-0
www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Donaustadt Günzburg – wir heizen mit Erdgas

N-ERGIE-Energiegespräche 2005:

Neues EnWG als Herausforderung für Kommunen und Energiewirtschaft

Ende vergangenen Jahres lud die N-ERGIE nach Kitzingen zu einem von drei Energiegesprächen ein. Das traditionelle Diskussionsforum für die rund 260 Bürgermeister der Region stand in diesem Jahr besonders unter dem Einfluss des neuen Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG).

Das neue EnWG ist am 13. Juli 2005 in Kraft getreten und enthält wichtige Neuerungen, die zur Steigerung des Wettbewerbs führen sollen, wie z. B. das Unbundling, also die Entflechtung des Netzbereiches von den übrigen Wertschöpfungsketten.

Haushaltseinnahmen durch Verpachtung

Für die Gemeinde Thalmässing beispielsweise hätte die Umsetzung des Unbundlings eine erhebliche personelle Aufstockung sowie umfangreiche Investitionen in das Datenverarbeitungssystem bedeutet. Gleichzeitig wachsen mit der Liberalisierung der Stromwirtschaft die Risiken gerade für kleinere Stadt- und Gemeindewerke.

Möglicher Modellcharakter

Deshalb hat der Marktgemeinderat einstimmig beschlossen, das Gemeindewerk an die N-ERGIE zu verpachten. Der 15-jährige Pachtvertrag sieht vor, dass die N-ERGIE das Stromversorgungs- und Straßenbeleuchtungsnetz betreibt und ca. 1.000 Kunden mit Strom beliefert. Die Kommune bezieht jährliche Pachteinahmen, die in der Größenordnung

der bisherigen Gewinne liegen. Die Einnahmen aus der Konzessionsabgabe bleiben von der Pachtvereinbarung unberührt.

Mit dem Pachtvertrag trägt die Gemeinde Thalmässing den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung und kann in den nächsten 15 Jahren mit gesicherten Haushaltseinnahmen rechnen - eine Entscheidung, die auch für andere Gemeinden Modellcharakter haben könnte.

Innovative Preisgestaltung

Die Energiepreise steigen. Der stark wachsenden Nachfrage nach Öl und Erdgas in China und Indien steht eine nur begrenzte Erhöhung der Förder- und Raffineriekapazität gegenüber.

Zwar musste auch die N-ERGIE zum 1. September ihre Erdgaspreise um durchschnittlich 16 Prozent anheben. Als einziger Anbieter garantiert die N-ERGIE ihren Kunden jedoch für ein gesamtes Jahr Preisstabilität - unabhängig davon, wie stark sich die Energiepreise bis zum 31. August 2006 noch weiter nach oben entwickeln.

Absicherung über Derivat

Möglich ist dies durch die Absicherung über ein Finanzderivat. Durch diese Absicherung war es für die N-ERGIE mög-

lich, den angenommenen Erdgaspreis zu ihrer Kalkulationsgrundlage zu machen.

Seit der Vereinbarung ist aufgrund unvorhersehbarer Ereignisse, wie den Hurrikans, der Erdgaspreis noch stärker gestiegen als im Sommer von der N-ERGIE erwartet. Andere Erdgasversorger mussten deshalb bereits

Innenstaatssekretär Georg Schmid:

„Bayern optimiert Energieverbrauch“

Der Freistaat setzt weiterhin auf regenerative Energien und effiziente Energietechnik bei öffentlichen Gebäuden

„Die bayerische Bauverwaltung setzt weiterhin erfolgreich auf regenerative Energien und effiziente Energietechnik, um den Energieverbrauch in den staatlichen Gebäuden zu optimieren. So konnte sie trotz Zunahme des Gebäudebestands den Energieverbrauch stabilisieren“, freut sich Innenstaatssekretär Georg Schmid.

Der Brennstoff- und Fernwärmeverbrauch aller staatlichen Liegenschaften betrug im Jahr 2003 bei einem Gebäudevolumen von über 50 Millionen Kubikmeter umbauten Raums knapp zwei Millionen Megawattstunden. Der spezifische Jahresverbrauch liegt bei rund 38 Kilowattstunden pro Kubikmeter. Dies entspricht durchschnittlich knapp vier Liter Heizöl beziehungsweise vier Kubikmeter Gas je Kubikmeter Gebäudevolumen.

Vor zehn Jahren lag der durchschnittliche Verbrauch noch rund

mehrere Preiserunden einleiten. Die N-ERGIE Kunden dagegen genießen Preissicherheit.

Gastreferent Gienger

Der Gastvortrag der diesjährigen Energiegespräche wurde von Eberhard Gienger bestritten. Der Ausnahmeturner - unter anderem Weltmeister und dreifacher Europameister - brachte die Zuhörer mit der Entstehung eines Werbespots zum Schmunzeln und nahm den Kurzfilm zum Anlass, über die Parallelen von Sport, Wirtschaft und Politik zu referieren. □

N-ERGIE:

Hohe Investitionen in Strom- und Erdgasnetze

Rund 83 Mio. Euro investiert die N-ERGIE Aktiengesellschaft in diesem Jahr in die Strom- und Erdgasnetze, um die Versorgungssicherheit in ihrem Netzgebiet zu gewährleisten. Etwa 35 Mio. Euro gehen in Neu- und Ersatzinvestitionen für das Stromnetz (z. B. für die Umstellung von Freileitungen auf Kabel, Baulandfreimachung, Erschließung von Neubaugebieten und für Stromanschlüsse).

Weitere rund 30 Mio. Euro fließen in den technischen Unterhalt von Einrichtungen der Stromversorgung (wie Instandhaltung von Schaltanlagen, Hoch-, Mittel- und Niederspannungsnetze, Transformatorstationen oder Straßenbeleuchtung etc.). Die restlichen rund 18 Mio. Euro sind für das Erdgasnetz notwendig (z. B. Neubau, Erneuerung und Instandhaltung des Versorgungsnetzes, Erdgaserschließung, Hausanschlüsse). In der Region Rothenburg, die die Landkreise Ansbach, Kitzingen und Neustadt a. d. Aisch umfasst, werden insgesamt rund 18 Mio. Euro in die Stromnetze investiert (Neuinvestitionen sowie Unterhalt).

Investitionen in und um Rothenburg

Allein für die Erschließung von Neubau- und Gewerbegebieten werden in diesem Jahr in der Region Rothenburg 2,8 Mio. Euro aufgebracht. Beispielsweise werden erschlossen: das Baugebiet „Hausackerweg“ in Marktstett, „Am Point“ in Markt Einersheim, „Sommerried“ in Hüttenheim oder „Am Geisberg“ in Wiesenbronn. 1,2 Mio. Euro fließen in die Umstellung von Freileitung auf Kabel im

Niederspannungsnetz, zum Beispiel in Mönchsondheim oder Münsterschwarzach.

Die N-ERGIE führt die bisherige Politik der sukzessiven Verkabelung von Mittelspannungsfreileitungen fort. Beispiele hierfür sind in diesem Jahr die Leitung Kürnach - Seligenstadt oder eine Leitung in Marktbreit mit einer Investition von insgesamt 900.000 Euro.

Konkrete Zahlen

Sanierungen von 20-kV-Leitungen und Auswechslung von Masten wurden z. B. vorgenommen zwischen Neusetz und Einfeldorf oder Marktstett und Fröhstockheim. Sie schlugen mit insgesamt 1,7 Mio. Euro zu Buche. Neu- und Unterhaltsinvestitionen im Bereich der Gasversorgungsnetze machten 2005 in der Region Rothenburg rund 600.000 Euro aus.

Verantwortung für die Region

Von den Aktivitäten der N-ERGIE profitiert die Wirtschaft der Region. Allein für Netzinstandhaltung und -unterhalt werden über 40 Unternehmen der Region von der N-ERGIE beauftragt. □

SERVICEPLAN

Energie braucht Dynamik und den richtigen Partner.



Dr. Peter Szepan,
Geschäftsführer Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH

Wer heute am Markt erfolgreich sein will, braucht beides: überregionale Stärke, die wettbewerbsfähig macht. Und die Nähe vor Ort, mit der man jederzeit auf die Anforderungen seiner Kunden reagieren kann. Ohne große Umwege. Aber dafür mit der Power und Motivation, die man als unabhängiges Stadtwerk und Partner der Thüga-Gruppe einfach hat. Mehr unter www.thuega.de

Die Konzessionsabgaben nach dem reformierten Energiewirtschaftsrecht

Von Dr. Georg Simnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Am 13. Juli 2005 ist das zweite Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts in Kraft getreten. Sein Hauptanliegen ist die rechtliche und operationelle Entflechtung der Energieversorgungsunternehmen, sowie die Regulierung der Netzmonopole. Das neue Recht brachte auch Änderungen im Bereich der Konzessionsverträge und des Konzessionsabgaberechts, die allerdings gering ausgefallen sind.

Die Regelungen des Jahres 1998 bleiben weiterhin deutlich. Die Definition des Begriffes des Konzessionsvertrages taucht erneut nicht auf, auch nicht in der ebenfalls neuen Konzessionsabgabenverordnung. Die Rechtspraxis und die Rechtswissenschaft sind weiter gefragt, vielleicht weil sich der Gesetzgeber des ungenauen Begriffes bewusst ist.

Was ist eine Konzession?

Gemeinhin versteht man unter einer Konzession eine hoheitliche Rechtsgewährung in Form einer besonderen Genehmigung. Der Konzessionsvertrag regelt dagegen die Vergabe von Wegerechten an Energieversorgungsunternehmen auf der Grundlage des Zivilrechts. Inhaltlich ist der Konzessionsvertrag in § 46 Abs. 2 Satz 1 EnWG 2005 umschrieben als Vertrag eines Energieversorgungsunternehmens mit einer Gemeinde über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leistungen, die zu einem Energieversorgungsnetz der allgemeinen Versorgung im Gemeindegebiet gehören. Der Wege-nutzungsvertrag dagegen ist nach dem Energiewirtschaftsge-

setz als übergeordneter Begriff ein Vertrag, mit dem die Gemeinde ihre öffentlichen Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leistungen zur unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern im Gemeindegebiet zur Verfügung stellt.

Wegebenutzungsvertrag

Während beim Konzessionsvertrag die im Gemeindegebiet verlegten Leitungen zu einem Energieversorgungsnetz der allgemeinen Versorgung gehört, reicht es beim Wegebenutzungsvertrag aus, dass die Leitung der unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern dient. Im Grunde stellt sich der Konzessionsvertrag als eine besondere Ausprägung des Wegebenutzungsvertrages dar, die dadurch gekennzeichnet ist, dass sich das von der Gemeinde eingeräumte Wegerecht auf Leitungen bezieht, die zu einem Energieversorgungsnetz der allgemeinen Versorgung gehören.

Parteien des Konzessionsvertrages sind die Gemeinde als Konzessionsgeber und das Energieversorgungsunternehmen, das im Gemeindegebiet die allgemeine Versorgung der Verbraucher sicherstellt, als Kon-

zessionsnehmer. Landkreise können mit Versorgungsunternehmen ebenfalls Konzessionsabgaben vereinbaren, soweit sie aufgrund von Absprachen mit den Gemeinden die Konzessionsrechte einräumen.

Nach Art. 48 Abs. 3 EnWG 2005 ist Schuldner der Konzessionsabgabe das Energieunternehmen, dem die Wegerechte eingeräumt worden sind. Nach dem neuen Recht kommen als Energieversorgungsunternehmen sowohl der Netzbetreiber wie auch der Energielieferant in Betracht. Das Wegerecht dagegen kann eigentlich nur dem Netzbetreiber als Eigentümer des Netzes eingeräumt werden. Er ist demgemäß der Vertragspartner der Gemeinden.

Verstoß gegen Kartellverbot

Ausschließlichkeitsabreden sind auch nach neuem Recht unzulässig. Sie verstießen gegen das Kartellverbot. Die Konzessionsverträge dürfen nach wie vor höchstens für eine Vertragslaufzeit von 20 Jahren abgeschlossen werden. Im Falle einer Beendigung des Konzessionsvertrages ist der bisherige Konzessionsnehmer verpflichtet, die Verteilungsanlagen im Konzessionsgebiet dem neuen Vertragspartner der Gemeinde gegen Zahlung einer wirtschaftlich angemessenen Vergütung zur Verfügung zu stellen. Gegenstand der Netzüberlassungspflicht ist das örtliche Verteilungsnetz. Die Kaufpreismitt-

lung erfolgt in der Praxis zu meist auf der Grundlage des Sachzeitwerts des Netzes.

Konzessionsverträge sind nach wie vor nicht ausschreibungspflichtig. Ein förmliches Vergabeverfahren ist nicht erforderlich. Diese fehlende Verpflichtung heißt freilich nicht, dass die Wahl des Konzessionsunternehmens völlig frei wäre. Über allem steht vor allem die Beachtung des verfassungsrechtlichen Gleichheitssatzes. Die Gemeinde muss bei ihrer Wahl diskriminierungsfrei vorgehen. Der Gleichheitsgrundsatz zwingt die Gemeinde nicht dazu, einem ortsfremden Versorger den Zuschlag zu erteilen. Es ist nicht verwehrt, auch den eigenen Stadtwerken den Vorzug zu geben, wenn sich diese in der Vergangenheit als leistungsfähig und zuverlässig erwiesen haben. Aus dem Grundsatz der Gleichbehandlung ergeben sich für die Gemeinden Bekanntmachungspflichten. Sie müssen spätestens zwei Jahre vor dem Ablauf des Konzessionsvertrages das Vertragsende durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger oder im elektronischen Bundesanzeiger bekannt machen. In Gemeindegebieten mit mehr als 100000 unmittelbaren oder mittelbaren Kunden hat die Bekanntmachung zusätzlich im Amtsblatt der Europäischen Union zu erfolgen.

Neue Definition

Der Begriff der Konzessionsabgaben wurde im Gesetz neu definiert und den Erfordernissen des neuen Rechts angepasst. Nach § 48 Abs. 1 Satz 2 EnWG 2005 sind Konzessionsabgaben „Entgelte, die Energieversorgungsunternehmen für die Einräumung des Rechts zur Benutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die der unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern im Gemeindegebiet mit Energie dienen, entrichten“. Sie ist völlig und allein als Gegenleistung für die Einräumung von Wegerechten auf das Netz zugeschnitten. Die Versorgung ist außen vor geblieben. Auch nach einer rechtlichen Entflechtung eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens bleibt die Pflicht zur Entrichtung der Konzessionsabgabe in unveränderter Höhe.

Die Bemessung der Konzessionsabgabe erfolgt auf der Grundlage der in § 2 der angepassten neuen Konzessionsabgabenverordnung niedergelegten Grundsätze und Höchstbeträge, die im Wesentlichen unangetastet bleiben. Das Konzessionsabgabenaufkommen bleibt sonach den Gemeinden in der bisherigen Höhe erhalten. Konzessionsabgaben dürfen auch

Vergaberegime ausgenommen. Ob diese Ausnahmeregelung für Dienstleistungskonzessionen auf Dauer Bestand haben wird, ist indes nicht sicher. Das von der Kommission bereits seit Längerem verfolgte Ziel, der Unterwerfung der Dienstleistungskonzessionen unter das europäische Vergaberecht, wird auch nach Erlass der Richtlinie 2004/17 nicht aufgegeben.

Inwieweit sich die Rechtsprechungsentwicklung und die Kommissionsansicht auf die zukünftige Vergabesituation von Energiekonzessionen vor dem Hintergrund der Liberalisierung der Energiemärkte auswirken wird, bleibt zu beobachten.

„Parking Brixen“

In diesem Zusammenhang ist die am 13.10.2005 ergangene Entscheidung des EuGH in der Rechtssache „Parking Brixen“ (Az. C-458/03) von Bedeu-

Energie für die Zukunft

Die Europäische Kommission hat die Technologieplattform „Nullemissionen“ für Kraftwerke gestartet. Ziel ist es, all jene Stellen zu einem Austausch zusammen zu bringen, die bewirken können, dass zukünftig weniger klimaschädliche Kraftwerke im Einsatz sind.

Dazu gehören Elektrizitätsunternehmen, Ausrüstungshersteller, Nutzer, Verbraucher, Finanzinstitute, Regulierungsstellen, Behörden, Forscher und nicht zuletzt die Zivilgesellschaft. Im Rahmen der Plattform sollen technologische, finanzielle und regulatorische Hindernisse für die Entwicklung solcher umweltschonender Kraftwerke ermittelt und beseitigt werden.

Unterstützt werden soll die Entwicklung von Technologien, mit deren Hilfe Kohlendioxidemissionen schon bei ihrer Entstehung in Kraftwerken abgeschieden und dann unterirdisch gelagert werden können. So gelangen sie nicht in die Atmosphäre und können nicht zum Treibhauseffekt beitragen. Im Rahmen des EU-Forschungsprogramms für den Zeitraum 2002-2006 sollen 70 Millionen Euro für diesen Bereich ausgegeben werden. □

weiterhin nur in Cent-Beträgen je gelieferter Kilowattstunde vereinbart werden. Die Festbetragsregelung ist ein Eckpfeiler des Konzessionsabgaberechts. Abreden etwa nach Prozentsätzen sind ausgeschlossen.

Unabhängige Konstante

Die Konzessionsabgabe ist eine Konstante, die von Strompreisschwankungen unabhängig ist. Die Höchstbeträge je Kilowattstunde bleiben unverändert. Sie hängen im Wesentlichen von der belieferten Kundengruppe - Tarifkunden, Sonder-Vertragskunden - und innerhalb der Gruppen von der Größe der Gemeinden ab. Die Verordnung unterscheidet bei Tarifkunden zwischen Strom im Rahmen des Schwachlasttarifes und dem anderen Strom, ferner Gas- und sonstige Tariflieferungen. Höchstbeträge sind auch für die Belieferung von Sondervertragskunden festgesetzt.

Verhandlungsspielraum kaum vorhanden

Den Gemeinden und Versorgungsunternehmen ist es auch weiterhin untersagt, Leistungen neben oder anstelle von Konzessionsabgaben zu vereinbaren und damit die vorgeschriebenen Höchstsätze zu umgehen. Die Aufsicht über die Einhaltung der Konzessionsabgabenverordnung liegt nun nicht mehr bei den Energieaufsichtsbehörden der Bundesländer, sondern bei der Bundesnetzagentur.

Als Ergebnis lässt sich zusammenfassen: Das Konzessionsvertrags- und Konzessionsabgaberecht blieb durch die Energierechtsreform 2005 in weiten Teilen unangetastet. Änderungen erfolgten nur an den Stellen, an denen ein offener Änderungsbedarf bestand. Die verschärften Bekanntmachungspflichten fallen allerdings auf. Hoffentlich kein Signal dafür, dass nicht nur der Kundenwett-

bewerb, sondern auch der Wettbewerb um Netze künftig intensiviert werden soll!

Bei der Vereinbarung der Konzessionsverträge haben die Gemeinden und Landkreise kaum einen Verhandlungsspielraum. In Bayern gibt es einen neuen Musterkonzessionsvertrag. Das Vertragsmuster wurde vom Bayerischen Staatsministerium des Innern mit Schreiben vom 29.01.2004 genehmigt und im Amtsblatt veröffentlicht. Außerdem gibt es eine Vereinbarung zwischen Bayerischem Gemeinde- und Städtetag und dem Verband der bayerischen Elektrizitätswerke über Endschaftsbestimmungen nach dem Energieversorgungsgesetz. Schließlich besteht neben dem Musterkonzessionsvertrag auch noch ein so genannter Staatsvertrag.

Verpflichtende Anwendung

Dieser Vertrag zwischen dem Freistaat Bayern und den regionalen Stromversorgern verpflichtet zur Anwendung des vom Bayerischen Staatsministerium des Innern genehmigten Musterkonzessionsvertrages. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertragsmusters bedürfen der staatlichen Zustimmung.

Um welche Summen dreht es sich bei den kommunalen Einnahmen aus Konzessionsabgaben? Im Jahre 2004 entrichteten die Versorgungsunternehmen an die deutschen Kommunen (ohne Stadtstaaten) immerhin 3,455 Milliarden Euro, davon an die bayerischen 492,3 Millionen Euro. Die Lechwerke AG Augsburg, eines der größeren bayerischen Regionalversorgungsunternehmen war im Jahr 2004 mit 23,9 Millionen Euro belastet. Die Energieversorgungsunternehmen refinanzieren ihre Konzessionsabgaben über den Strompreis. In ihm sind sie mit durchschnittlich 9,6 % enthalten. Im Endergebnis ist also der Energieverbraucher der Belastete. □

Gilt Ausschreibungspflicht auch für Konzessionen?

Von RA, FAfStR Thomas Northoff, Partner und RA Tobias Engelmann, LL.M., Mitarbeiter der Deloitte & Touche GmbH, München

Nach Ergehen der neuen EuGH-Entscheidung zu den so genannten „In-House-Geschäften“ (EuGH-Urteil vom 11.01.2005, Rs. C-26/03, NVwZ 2005, 187) stellt sich unter Umständen in Zukunft eine neue vergaberechtliche Problemstellung im Bereich der Energiekonzessionen.

Nach bisheriger Rechtsprechung waren Auftragsvergaben an Tochtergesellschaften von Kommunen als so genannte In-House-Geschäfte vergaberechtsfrei, sprich sie konnten ohne öffentliche Ausschreibung erteilt werden. Ein „In-House-Geschäft“ lag vor, wenn der Auftraggeber über den Auftragnehmer eine Kontrolle wie über eine eigene Dienststelle ausüben konnte. Zudem musste der Auftragnehmer im Wesentlichen für den Auftraggeber tätig sein.

Maximale Laufzeit

Nach der neuen EuGH-Entscheidung ist eine Kontrolle über die Tochtergesellschaft nicht mehr bereits bei einer Mehrheitsbeteiligung anzunehmen, sondern liegt ausschließlich bei einem hundertprozentigen Anteilsbesitz vor.

In der jüngeren Vergangenheit haben zahlreiche Stadtwerke Private als (Minderheits-)Gesellschafter aufgenommen. Führt die neue EuGH-Rechtsprechung zu einer Ausschreibungspflicht für auslaufende Konzessionen, z.B. Energiekonzessionen?

Gemäß § 46 Abs. 2 EnWG werden im Bereich der Wegebenutzung zwischen Gemeinden und den Energieversorgungsunternehmen Konzessionsverträge über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen geschlossen. Diese Verträge dürfen, wenn die Leitungen zu

einem Netz der allgemeinen Versorgung gehören, eine maximale Laufzeit von 20 Jahren haben. Nach § 46 Abs. 3 EnWG haben die Gemeinden spätestens zwei Jahre vor Ablauf dieser Konzessionsverträge das Vertragsende öffentlich bekannt zu machen. Für den Fall der Verlängerung der Verträge vor Ende der Laufzeit, sind die bestehenden Verträge zu beenden und die vorzeitige Beendigung und das Vertragsende öffentlich bekannt zu geben.

Ermöglichter Wettbewerb

Durch diese Laufzeitbegrenzung und Bekanntmachungspraxis wird ein Wettbewerb um die Netze der allgemeinen Versorgung ermöglicht. Das Gesetz trifft jedoch keine Aussage dazu, ob vor Abschluss des Konzessionsvertrages ein förmliches Ausschreibungsverfahren durchzuführen ist.

Insofern bleibt abzuwarten, ob die Nutzung der Energienetze als eine Leistung im Sinne der VOL/A anzusehen und ist und daher der Ausschreibungspflicht unterfällt. Sofern die Energiekonzessionen nach § 46 Abs. 2 EnWG als Dienstleistungskonzessionen einzuordnen sind, entfielen eine Ausschreibungspflicht.

Kennzeichnend für eine Dienstleistungskonzession ist, dass sich ein Unternehmen per Vertrag gegenüber einem öffentlichen Auftraggeber zur Erbringung von Dienstleistungen

verpflichtet, deren Erfüllung grundsätzlich einem öffentlichen Auftraggeber obliegt. Dabei muss Leistungsempfänger nicht notwendig der Auftraggeber sein. Die Gegenleistung besteht in dem Recht der Verwertung der eigenen Dienstleistungen, gegebenenfalls gegen Zahlung eines Preises. Im Übrigen trägt der Konzessionär das Verwertungsrisiko. Diese Voraussetzungen treffen auf die Energiekonzessionen nach § 46 Abs. 2 EnWG grundsätzlich zu.

Risiko liegt beim Energieversorger

Das Energieversorgungsunternehmen verpflichtet sich in einem Vertrag zur Belieferung der Abnehmer (Haushalte) mit elektrischer Energie. Diese Aufgabe unterliegt im Rahmen der Daseinsvorsorge grundsätzlich dem öffentlichen Auftraggeber. Das Energieversorgungsunternehmen erhält als Konzessionär in aller Regel ein Entgelt, das von den Nutzern seiner Leistungen gezahlt wird. Das wirtschaftliche Risiko aus der Verwertung der Leistung am Markt liegt dabei beim Energieversorgungsunternehmen.

Dauerhafte Regelung?

Die Europäische Kommission hat in ihrem Grünbuch (KOM (2004) 327) zwar ihre Absicht geäußert, auch die Dienstleistungskonzessionen den Vergaberegeln zu unterwerfen. Dem ist der Rat mit der neuen Richtlinie 2004/17 bisher entgegengetreten und hat die Dienstleistungskonzession in Art. 18 der Richtlinie ausdrücklich vom

einer Bekanntmachung oder einer Ausschreibung der Dienstleistungskonzession von einer potenziellen Diskriminierung zu Lasten der Unternehmen aus den anderen Mitgliedstaaten auszugehen, da sie daran gehindert werden, von der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungsfreiheit und Niederlassungsfreiheit Gebrauch zu machen.

Angeglickene Beurteilung

Insofern ist eine Angleichung der Beurteilung der Ausschreibungspflicht von Dienstleistungskonzessionen von Kommission und Gerichtshof erfolgt. In Bezug auf die dargestellte Problematik der Energiekonzessionen besteht somit eine verschärfte, den Wettbewerb gewährleistende Bekanntmachungs- und Ausschreibungspflicht, sofern nicht ein „Inhouse-Geschäft“ nach den ebenfalls rigideren Voraussetzungen vorliegt. □

Erdgas kommt in Altomünster gut an

Erdgas Südbayern GmbH (ESB) begann Erdgasversorgung

Mit dem traditionellen „Fest der Ersten Flamme“ startete die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) offiziell die Versorgung des Marktes Altomünster mit der umweltfreundlichen Allround-Energie Erdgas. Bereits 67 Kunden in Altomünster haben sich für eine Erdgas-Heizung entschieden.

Die symbolische Flamme wurde gemeinsam von ESB-Geschäftsführer Werner Bähre, Bürgermeister Konrad Wagner, ESB-Regionalleiter Reinhold Kunz und Maik Andrä, Service-Center-Leiter der ESB in Pfaffenhofen entzündet.

67 Kunden

„Ich freue mich darüber, dass wir mit der Erschließung der Ortschaften in dieser Region so gut voran kommen und Markt Altomünster profitiert nun auch von der Erdgasversorgung“, so ESB-Geschäftsführer Werner Bähre anlässlich des Festes. „Ich bedanke mich auch bei den 67 Kunden, die sich schon jetzt für die umweltfreundliche Wärmeenergie Erdgas entschieden haben“.

„Erste Flamme“

Die feierliche Segnung der „Ersten Flamme“ als Symbol für den Beginn der Gasversorgung nahm Pfarrer Wolf Bachbauer vor. „Mit dem Anschluss an das Versorgungsnetz verfügt

nun auch die Gemeinde Altomünster über einen Zugang zu einer modernen, vielseitigen und umweltfreundlichen Wärmeenergie“, so Bürgermeister Konrad Wagner.

Kilometerlange Leitungen

Die Vertreter von Markt Altomünster und die ESB unterzeichneten am 30. Juni 2004 einen Konzessionsvertrag über die zukünftige Lieferung von Erdgas. Insgesamt wurden im Zuge der Erschließung des Ortes Altomünster bislang mehr als neun Kilometer Leitungen verlegt. Für die Arbeiten war das Bauunternehmen SAG verantwortlich.

Jährliche Investitionen in Höhe von 30 Mio. Euro

Die Investitionssumme für das komplette Projekt beläuft sich auf 570.000 Euro. Schon jetzt werden die Grund- und Hauptschule im Faberweg sowie gemeindeeigene Wohnhäuser in der Pippinsrieder Straße in Altomünster versorgt.



Ein Passivhaus in einer Siedlung in Nürnberg-Wetzendorf. Der aufgebaute Sonnenkollektor versorgt vier nebeneinander stehende Doppelhaushälften zur Heizungsunterstützung. h.w.

Regeneratives Wärmegesetz:

Weckt es „schlafenden Riesen Solarthermie“?

Die Große Koalition plant ein „regeneratives Wärmenutzungsgesetz.“ In spätestens zwei Jahren würden Sonnenkollektoren oder Biomasseheizungen zumindest bei Neubauten Pflicht, heißt es im Bundesumweltministerium (BMU).

Um „die Marktpotenziale erneuerbarer Energien im Wärmebereich besser zu erschließen“, lautet die Begründung im Koalitionsvertrag. Sieben Jahre lang warteten viele Umwelt- und Wirtschaftsverbände unter Rot-Grün vergeblich auf ein solches Gesetz.

Keine Überraschung

Dieses sei unstrittig zwischen BMU, Bundesbau- und Bundeswirtschafts-Ministerium, auch wenn ein ausformulierter Gesetzentwurf noch fehlt. Künftig würden bei Neubauten Sonnenkollektoren - zur Warmwassererzeugung wie zur Heizungsunterstützung - oder Biomasseheizungen vorgeschrieben. Dies sei zu vergleichen mit dem Wärmeschutz, der heute bereits für Häuser in Deutschland Pflicht sei, erläutert ein mit dem Thema befasster BMU-Beamter. Der Pressesprecher des Berliner Bauministeriums bestätigt: „Das kam nicht überraschend, da es schon in der vorherigen Legislaturperiode diskutiert wurde.“

Auch im Bayerischen Umweltministerium weiß man über das Regenerativ-Wärmegesetz Bescheid: Sein Haus unterstütze das Vorhaben, bekannte ein Beamter im November auf einer Solarwärme-Konferenz in Fürth. Denn: Von Solarthermie-(ST-)Aufträgen profitieren meist kleinere Unternehmen, und „die Wertschöpfung liegt vor allem im Handwerk.“ Der Ministerialrat sieht bei ST im Besonderen und Erneuerbaren Energien im allgemeinen „Wachstumsmärkte der Zukunft“, und gerade bei „größeren Wohngebäuden und Siedlungen mit Nahwärmenetzen gibt es effiziente Einsatzmöglichkeiten für Solarthermie.“

Orientierungspunkt

Es solle schnell gehen mit dem Gesetz, weshalb man sich orientiere „am bereits bestehenden spanischen Baupflichtengesetz: Dieser Ansatz ist am weitesten gediehen und am leichtesten zu realisieren“, verrät besagter Berliner BMU-Ministerrale. **Heinz Wraneschnitz**

Im Gebiet des ESB-Service-Centers Pfaffenhofen wurden im Laufe der vergangenen beiden Jahre insgesamt sechs Orte an die Ergasversorgung angeschlossen. Hierfür mussten über 23 Kilometer Transportleitungen verlegt werden. Hinzu kommen ca. 60 weitere Kilometer Leitungsnetz in den Orten. Die Investitionssumme für die Transportleitung beträgt 1,75 Mio. Euro. Insgesamt investiert die ESB jährlich rund 30 Mio. Euro in die Region zur Verbesserung der Erdgasversorgung.

Umweltfreundliche Mobilität vorgestellt

Im Rahmen des Festes der „Ersten Flamme“ in Altomünster erfolgt auch eine Ausstellung von aktuellen Erdgasfahrzeugen. Autohaus Fiat Huber

Kernkraftwerk Gundremmingen:

Gebäude von Block A können weiter genutzt werden

Die Kernkraftwerk Gundremmingen GmbH und ihre Muttergesellschaften RWE Power AG (75 Prozent) und E.ON Kernkraft GmbH (25 Prozent) haben vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz die 13. Änderungsgenehmigung nach § 7 Atomgesetz zur weiteren Nutzung der ehemaligen Technikgebäude (ohne das Reaktorgebäude) von Block A des Kernkraftwerks Gundremmingen erhalten.

Mit dem europaweit beachteten Rückbauprojekt von Block A wurde über Jahrzehnte umfangreiches Know-how bei der Zerlegung, Behandlung und Reinigung von schwach- und mittelaktiven Materialien bis zur strahlenschutztechnischen Freigabe gewonnen sowie Verfahren entwickelt, die heute zum Stand der Technik zählen. Die 13. Änderungsgenehmigung erlaubt nun den Unternehmen, diese Gebäude als so genanntes Technologiezentrum am Standort zu erhalten und unter optimalen Bedingungen effektiv zu nutzen.

Keine zusätzliche Belastung

Neben der mechanischen und chemischen Behandlung von Kernkraftwerksteilen und Reststoffen aus dem laufenden Betrieb sollen auch Kernkraftwerkskomponenten in Stand gehalten sowie Spezialwerkzeuge und -geräte gebaut und bis zum nächsten Einsatz gelagert werden.

Die Nutzung des Technolo-

giezentrums ist mit keiner zusätzlichen radioaktiven Belastung für den Standort verbunden. Die schon 1984 genehmigten Grenzwerte für die Blöcke B und C des Kernkraftwerks Gundremmingen bleiben unverändert erhalten. Selbst bei extremen Szenarien, etwa der vollkommenen Zerstörung der Gebäude des Technologiezentrums, werden die nach der Strahlenschutzverordnung zulässigen Grenzwerte deutlich unterschritten.

Arbeitsplatzsicherung

Vorbehaltlich der Zustimmung der Gesellschafter des Kernkraftwerks Gundremmingen für das Sechs-Millionen-Euro-Projekt wird mit den entsprechenden Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen in diesem Jahr begonnen. Die Inbetriebnahme des so genannten Technologiezentrums wäre dann in etwa zwei Jahren möglich. Damit verbunden ist die Sicherung von bis zu 25 Dauerarbeitsplätzen.

ESB schließt Projekt „Ilmtalleitung“ ab

Umweltschonende und kostengünstige Erschließungsmaßnahme zeitgerecht beendet

Erfolgreich und termingerecht abgeschlossen wurden die Arbeiten der Erdgas Südbayern GmbH an der „Ilmtalleitung“. Mit dieser 25,5 Kilometer langen regionalen Transport- und Versorgungsleitung können fünf Orte im Landkreis Pfaffenhofen mit dem umweltfreundlichen und effektiven Energieträger Erdgas versorgt werden.

Schon jetzt profitieren die Bürger in Wolnzach, Rohrbach, Hettenshausen, Geisenhausen und Schweitenkirchen von dieser regionalen Erschließungsmaßnahme der Erdgas Südbayern GmbH (ESB), die rechtzeitig vor dem Beginn der Heizperiode abgeschlossen wurde. „Dieses Projekt verdeutlicht unseren kontinuierlichen Wachstumsprozess. Schon jetzt sind wir in Bayern der Gasversorger mit dem längsten Versorgungsnetz und nähern uns mit großen Schritten der Marke von 8.000 Leitungskilometern“, erklärt Werner Bähre, Geschäftsführer der ESB. Die bereits vorliegenden Anmeldungen für einen Erdgasanschluss im Einzugsbereich der „Ilmtalleitung“ zeigten, dass die komfortable Wärmeenergie Erdgas unangefochten „Erste Wahl“ bei den Bauherren ist.

Komplexe Planung

Die Investitionen für die „Ilmtalleitung“ beziffert Bähre auf etwa 1,75 Mio. Euro. Die Vorbereitungen und Planungen für die „Ilmtalleitung“ waren angesichts der langen Strecke und der Topographie komplex und zeitintensiv. Mit der neuen Transportleitung hat die ESB nun ein Gebiet mit knapp 30.000 Einwohnern für die Versorgung mit Erdgas erschlossen. „Für die Bürger gibt es durch den Erdgasanschluss nun eine größere Auswahl, wenn es um Wärme geht“, so Bähre weiter.

Die Steuerung der Gasdruckregel- und Messanlagen musste aufgrund einer geänderten Technologie gegenüber der sonst üblichen Betriebsweise optimiert werden. Eine zusätzliche Herausforderung waren Planung und Bau von Leitungen, die entlang von Straßen bzw. durch landwirtschaftliche Nutzflächen verlaufen oder Bahnstrecken und Autobahnen queren. Bis zu sechs Baukolonnen waren parallel im Einsatz, um den ambitionierten Zeitplan umzusetzen. Partner der ESB bei dem Projekt „Ilmtalleitung“

waren das Ingenieurbüro Richard Betz, die SAG Netz- und Energietechnik GmbH sowie die Wadle Bau GmbH und Arnold Schweißtechnik.

Bereits jetzt 188 Kunden

In den Orten Wolnzach, Schweitenkirchen, Rohrbach, Geisenhausen und Hettenshausen haben mittlerweile fast 200 Bürger einen Gasanschluss in Auftrag gegeben. Für die kommende Zeit rechnet ESB-ServiceCenter-Leiter Maik Andrä mit Zuwachsraten von über zehn Prozent pro Jahr. Große Gewerbebetriebe der Region haben sich bereits für eine Versorgung mit Erdgas entschieden. Als besonderes Vorbild wertet Geschäftsführer Bähre auch die Tatsache, dass in den Orten zahlreiche Schulen, Sport- und Gemeindeeinrichtungen nun mit Erdgas versorgt werden.

ESB-Portfolio

Als ein Energie-Dienstleister ist die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) seit mehr als 40 Jahren erfolgreich aktiv. Im Gebiet zwischen Donau, Lech und der Landesgrenze nach Österreich sorgt die ESB bei mehr als 460.000 Menschen für Wärme - jährlich kommen rund 15.000 hinzu. Zur regionalen Erdgasversorgung betreibt die ESB in Südbayern ein Leitungsnetz von nahezu 8.000 Kilometern. In 250 Städten und Gemeinden Südbayerns nutzen die Menschen die Vorteile der umweltfreundlichen Energie Erdgas, zudem versorgt die ESB 24 kommunale Weiterverteiler. Private Verbraucher, Kommunen und Unternehmen setzen auf den zuverlässigen Service, das technische Know-how, die regionale Präsenz und das Engagement der ESB. Kompletter Wärmeservice aus einer Hand für Kommunen oder Unternehmen sowie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung für Gemeinden ergänzen das Portfolio der ESB.

Mit Erdgas in guter Gesellschaft.



Modern heizen, unbeschwert leben. Mit der 5-Sterne-Wärme von ESB wird vieles angenehmer. Sie haben Anschluss an eine moderne Energie und sind damit in guter Gesellschaft. Denn in 300 Städten und Gemeinden Südbayerns leben bereits 170.000 Familien in Ihrer Nachbarschaft

mit Erdgas – bequem und komfortabel. Wählen Sie jetzt das Leistungspaket, das genau auf Ihre Wünsche zugeschnitten ist – wir freuen uns auf Sie!

Mehr Infos unter 01 80 5/29 11 11 (12 Cent/Min. im deutschen Festnetz der Telekom)

ESB
Erdgas Südbayern

Das Schneechaos, der Stromausfall und die Folgen:

Muss der RWE-Konzern für die Schäden haften?

**Gerichtliche Klärung dieser Frage erscheint immer wahrscheinlicher
E.ON betont Versorgungssicherheit in Bayern / VBEW rechtfertigt Strompreise**

Die Schneekatastrophe im Münsterland, die Ende November 2005 tagelang die Stromversorgung von fast 250.000 Menschen lahmgelegt hat, ist zwar technisch bewältigt - provisorisch zumindest -, aber noch längst nicht in jeder Hinsicht aufgearbeitet. Inzwischen bestimmen Fragen nach der Versorgungssicherheit und in diesem Zusammenhang nach den Ursachen der Netzbrüche, nach der Haftung für die Schäden aus dem Stromausfall bei Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Privathaushalten und auch nach der Angemessenheit der Strompreise die öffentliche Diskussion.

Die Stromwirtschaft spricht von einem unabwendbaren Jahrhundertereignis und weist alle Verantwortung von sich. Kunden und zum Teil auch die Politik sehen das anders und nennen als Ursache der massiven Versorgungsunterbrechungen „die über Jahre zu geringen Investitionen in die Stromnetze“. Und zu dieser Unterlassung ist es ihrer Meinung nach trotz überhöhter Strompreise und saftiger Gewinne der Versorgungsunternehmen gekommen. Diesem Vorwurf widersprechen freilich die Stromversorger heftig. Es sieht sehr danach aus, dass die Frage der Haftung vor Gericht landen wird.

80 Strommasten umgeknickt

Im Münsterland waren etwa 80 Strommasten der Überlandleitungen nach stundenlangem Schneefall und orkanartigen Stürmen umgeknickt, nachdem der nasse Schnee zu armdicken, schweren „Ummantelungen“ der Leitungen gefroren war. Vorsichtige Schätzungen gehen von wenigstens 100 Mio. Euro Schäden aus. In einer ersten Stellungnahme hat der RWE-Konzern als betroffenes Unternehmen die eigenen Schäden auf „mindestens 35 Mio. Euro“ beziffert. Die gesamte Schadensumme wird exakt wohl erst später festzustellen sein, wenn alle Schäden erfasst sind. In Industrie und Gewerbe war oft tagelang die Arbeit nicht möglich, im Handel und in der Gastronomie sind viele temperaturempfindlichen Waren in der Kühltheke oder der Kühlhalle verdorben, in der Landwirtschaft konnten Kühe nicht gemolken und die Ställe von Ferkel und Küken nicht klimatisiert werden. In Krankenhäusern und Altenheimen kam es zu großen Schwierigkeiten und wahrscheinlich auch zu gravierenden Vorkommnissen. In den Privathaushalten war es ohne Licht, Kochgelegenheit und Heizung mehr als ungemütlich und unbequem, besonders, wenn Kleinkinder und alte Menschen zu versorgen waren.

Höhere Gewalt ...

Ähnlich wie RWE und in einer Art Dokumentation für die Presse auch der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW) spricht der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) beim Münsterländer Winterchaos von höherer Gewalt, was die Versicherer von jeder Zahlungsverpflichtung befreien würde. Eine Haftung des Energieversorgers RWE setze grobe Fahrlässigkeit oder ein Verschulden voraus, so ein Sprecher des Versicherungsverbandes in einer Pressemitteilung. Wären diese Fälle gegeben, dann wären die Schäden möglicherweise durch eine Haftpflichtversicherung gedeckt. Ob sich Unternehmen auf eine Betriebsunterbrechungsversicherung, „so sie denn eine haben“, berufen könnten, hänge von der Gestaltung der Verträge ab. Private Haushalte hätten nach

GDV-Kenntnis keine versicherten Schäden erlitten. Die im Regelfall abgeschlossenen Haus- und Wohngebäudeversicherungen träten nur im Zusammenhang mit Sturm (ab Windstärke 8) sowie Frost ein. Nach den vorliegenden Wetterdaten fehlten dafür aber die Voraussetzungen, so der GDV. Von Schäden, die Kommunen erlitten haben könnten, ist in der Stellungnahme nicht die Rede.

... oder doch technische Mängel?

Inzwischen ist aber nicht nur von höherer Gewalt, sondern auch von technischen Mängeln die Rede. Ursache für das Knicken der Masten soll der bis Mitte der sechziger Jahre für die Masten verwendete Thomasstahl sein. Laborversuche bei RWE hätten ergeben, so teilt der Konzern selbst mit, dass sich die Festigkeit des Materials im Vergleich zu den rechnerisch ermittelten Werten auf bis zu 60 Prozent reduzieren könne. Das Thomas-Stahlverfahren war 1878 von dem britischen Metallurgen Sydney Thomas entwickelt worden. Dieses Verfahren wird seit den siebziger Jahren nicht mehr angewendet, weil sich gezeigt hat, dass Thomasstahl wegen seines hohen Stickstoffanteils weniger verformbar und damit spröder ist als andere Stähle, und weil er nach dem Schweißen häufig Risse bildet. Weniger elastischer Stahl aber bricht eher bei Belastungen, wie sie jetzt im Münsterland aufgetreten sind.

Interne RWE-Unterlagen

Das alles aber war RWE schon länger bekannt. Nach einem Bericht des Spiegels und der Süddeutschen Zeitung belegen interne RWE-Unterlagen, dass bis in die Vorstandsebene hinauf Kenntnisse über bruchgefährdete Masten bestanden. Der RWE-Vorstand sei bereits 2001 darüber informiert gewesen, dass etwa 28.000 der insgesamt 44.000 Masten bruchgefährdet seien. Auch sei er auf die straf- und privatrechtlichen Folgen dieses Zustandes von den eigenen Ingenieuren hingewiesen worden.

Der Chef von RWE Energy, Berthold Bonekamp, hat indes seinen Vorwürde zurückgewiesen, RWE habe die Instandsetzung veralteter Masten aus Kostengründen zeitlich gestreckt. RWE spare nicht an der Sicherheit, sagte er angesichts der öffentlichen Kritik. Man stecke jährlich 2 Mrd. Euro in die Netze. In der von den Unwetterschäden am schwersten betroffenen Region seien es 300 Mio. Euro jährlich. Der Fortgang des Sanierungsprogramms sei aber nicht allein eine Frage des Geldes, sondern habe auch technisch-physikalische Begrenzungen, beteuerte der oberste Chef des RWE-Konzerns, der Niederländer Harry Roels. Mit jeder Netzabschaltung seien Instabilitäten verbunden. Auch Gutachter hätten bestätigt, dass eine Beschleunigung der Arbeiten nicht möglich sei. Und der Chef der RWE-Toch-

ter Westfalen Ems AG, Knut Zschiedrich, fügte hinzu, nicht das Alter der Masten sei entscheidend, sondern ihr Wartungszustand. Zwischen 2002 und 2004 seien alle Masten bestiegen und inspiziert worden.

Kunden der Energiekonzerne geben sich mit dem Hinweis auf höhere Gewalt aber nicht zufrieden. Schließlich sei in unseren Breiten ein Wintereinbruch nichts Ungewöhnliches, auch wenn er längst nicht immer so heftig sei wie dieses Mal im Münsterland. Und Mastbrüche habe es in ganz Deutschland immer wieder gegeben. „Wir werden Schadenersatz geltend machen“, sagte Manfred Panitz vom Bundesverband der Energieabnehmer (VEA), der etwa 4000 Unternehmen, vornehmlich aus dem Mittelstand, vertritt. Das Problem der aus Thomasstahl gefertigten Masten sei der Versorgungswirtschaft mit Sicherheit bekannt gewesen. Die Stromversorger hätten die Investitionen in ihre Stromnetze deutlich reduziert, wirft der Verband der Branche vor. Von 1995 bis 2004 hätten die Kunden über die Stromtarife einen Betrag von 24 Mrd. Euro bezahlt, der in den Erhalt und den Ausbau der Stromnetze hätten fließen müssen. Stattdessen hätten die Versorger aber nur 13,5 Mrd. Euro in die Leitungen gesteckt. Der Rest sei in die Gewinne geflossen.

Die Meinung der Politik

Inzwischen hat sich auch die Politik zu Wort gemeldet. Die nordrhein-westfälische Landesregierung als Energieaufsicht (über das Wirtschaftsministerium) und die Bundesnetzagentur haben von RWE „umfassende, präzise und chronologisch exakte Angaben zu den bekannt gewordenen Sicherheitsmängeln, zum Gefährdungsgrad und zu den Sanierungsmaßnahmen“ angefordert. Vor allem will die NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) wissen, seit wann dem Unternehmen die Materialfehler bekannt waren. Thoben drängt zudem auf bundesweite Konsequenzen, so unter anderem auf eine gesetzliche Berichtspflicht über Zustand und Sanierung der Stromnetze. Ihr Ministerium will prüfen, ob die jetzt fälligen Sanierungsmaßnahmen, die bis 2015 dauern sollen, beschleunigt werden können.

Gutachterbüro im Visier

RWE-Energy-Chef Bonekamp hatte argumentiert, der Belastung durch die Kombination von Nass-Schnee, Eis und Wind hätte keiner der in Mitteleuropa verwendeten Masten standgehalten. Er sehe deshalb „eine Schuld von RWE und damit Schadenersatzansprüche“ nicht. Es deutet vieles darauf hin, dass die Frage von Verschulden und Schadenersatz von Gerichten geklärt werden muss.

„Um nicht als letzte Instanz aufzutreten“, will RWE künftig sein Stromnetz durch ein unabhängiges Gutachterbüro überwachen lassen. Dabei will sich das Unternehmen eng mit der Bundesnetzagentur abstimmen. Durch „transparente Kontrollmechanismen für das Netz“ bemühe sich das Unternehmen um neues Vertrauen bei seinen Kunden und in der Öffentlichkeit. In diesem Zusammenhang hat RWE für Härtefälle bei den Geschädigten einen Fonds über 5 Mio.

Euro zur Verfügung gestellt.

Vor dem Hintergrund der Versorgungskatastrophe im Münsterland werden die „extrem hohen Strompreise hierzulande und die dennoch viel zu geringen Investitionen in die Netze“, wie Kritiker es formulieren, heftig in der Öffentlichkeit attackiert. Ihr Vorwurf an die Stromversorger lautet, dem Shareholder-Value-Prinzip zu huldigen und statt zu investieren nur an die Dividende der Aktionäre zu denken. Die Branche wehrt sich heftig gegen diese Vorwürfe, die sie für total unberechtigt hält.

Der Kampf um die Strompreise hat inzwischen neue Dimensionen erreicht. Als die deutschen Stromversorger im Dezember die Strompreise um etwa 6 Prozent erhöhen wollten, was von den Wirtschaftsministern der Länder genehmigt werden muss, sagte der hessische Wirtschaftsminister Alois Rhiel (CDU) nein. Andere Bundesländer sagten genaue Prüfungen zu. Erwin Huber (CSU) als bayerischer Wirtschaftsminister stellte fest: „Überzogene Forderungen werden nicht genehmigt.“ Er biligte den drei größten Versorgern im Lande, nämlich E.ON Bayern, LEW und N-ERGIE, etwa 3 Prozent Preiserhöhung zu. In den meisten Bundesländern läuft noch das Genehmigungsverfahren. In Hessen will E.ON gegen die untersagte Preiserhöhung klagen. Das Vorgehen Hessens wird von manchen Beobachtern als „juristisch sehr zweifelhaft“ angesehen. Das sieht auch Michael Schöneich, Hauptgeschäftsführer beim Verband kommunaler Unternehmen (VKU) so. Kritiker der Versorgungsunternehmen setzen deshalb ihre Hoffnung auf die Arbeit der Bundesnetzagentur, die sich mit den Durchleitungspreisen der Stromnetze befassen muss.

E.ON-Stellungnahme

Nicht nur RWE, das ein wenig auch im südwestlichen Bayern tätig ist, sondern auch der größte deutsche Energiekonzern E.ON hat seit Jahren Probleme mit schadhafte Strommasten. Laut E.ON Energie in München bestehen von 22.000 Strommasten, die vor 1965 errichtet wurden, bis zu 10 Prozent vollständig oder teilweise aus dem anfälligen Thomasstahl. Vor allem für Versorgungsleitungen mit einer Spannung von 110.000 Volt wurde Thomasstahl verwendet. Mastschäden, die es immer mal wieder im Winter auch in Bayern gegeben hat, allerdings in weit geringerem Umfang als jetzt im Münsterland, verzeichnete E.ON vor allem im Versorgungsgebiet Westfalen-Weser. Das Netz dort sei hinsichtlich Alter und Struktur mit jenem von RWE im Münsterland vergleichbar.

Austauschprogramm

Nach eigenen Angaben hat sich E.ON nach zwei Mastschäden bereits vor Jahren entschlossen, ein Austauschprogramm durchzuführen, das noch in diesen Monaten zu 90 Prozent abgeschlossen sein soll. Allein in der Region Westfalen-Weser investiere E.ON nach eigenen Angaben jährlich 100 Mio. Euro in die Modernisierung der Netze. Insgesamt beträgt das E.ON-Investitionsprogramm für die kommenden drei Jahre 18,6 Mrd. Euro. Davon sind, wie E.ON Ende Dezember mitteilte, 2,8 Mrd. Euro für den Erhalt und den Ausbau der Netze in Deutschland vorgesehen.

In Bayern sind Stromausfälle wie nach der Schneekatastrophe im Münsterland nach Darstellung der Elektrizitätswirtschaft unwahrscheinlich. Anders als bei RWE seien alle großen 380-Kilovolt-Masten für den Ferntransport nach 1965 errichtet worden. Sie enthielten keinen Thomas-

stahl, sagte Christian Schneller von der Tochtergesellschaft E.ON Netz. Bei den 110.000- und 220.000-Volt-Leitungen gebe es in Bayern nur einen Anteil von drei bis fünf Prozent an Masten, die vor 1965 errichtet wurden. Auch seien die Investitionen für die Instandhaltung nicht verringert worden. 2004 seien 213 Mio. Euro investiert worden, 2003 seien es 175 Mio. Euro gewesen.

Sachliche Diskussion nötig

Zu den Auseinandersetzungen um Netzbrüche, Investitionen und Strompreise sagt Herbert Dombrowsky, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW), in einer Stellungnahme, man müsse die Energiepreisdiskussion sachlicher führen. Die Beschaffungskosten am Strommarkt seien steil angestiegen und der Steuer- und Abgabenanteil am Strompreis betrage mittlerweile 40 Prozent. Dennoch sei der Strompreis im Vergleich mit anderen Lebenshaltungskosten nur moderat angewachsen. Ohne den höheren Steueranteil läge er heute sogar 12 Prozent unter dem Wert von 1998. Ein zuverlässiges Stromnetz und eine sichere Erzeugung seien nicht zum Nulltarif zu haben. Es sei kein Zufall, dass das deutsche Stromnetz zu den sichersten der Welt zähle. Daran ändere selbst die jüngste Schneekatastrophe in Nordrhein-Westfalen nichts.

Hohe Versorgungssicherheit

Die bayerischen Elektrizitätswerke haben laut VBEW Menschen, Wirtschaft und Verkehr 2004 mit 76 Mrd. Mrd. Kilowattstunden (kWh) Strom versorgt. Dafür zeichnen 230 Stromversorger verantwortlich, die das Leitungsnetz vor Ort betreiben, den Strom verkaufen und ihn teilweise auch selbst erzeugen. Der Strombedarf werde zu 100 Prozent verbrauchsnahe im Freistaat erzeugt, davon zu 82 Prozent CO₂-frei aus Kernenergie und Wasserkraft. Der Verband setze alles daran, die hohe Versorgungssicherheit und die dezentrale bürgernahe Struktur der bayerischen Stromversorgung im Interesse aller Stromkunden zu erhalten, betont Dombrowsky: „Dank kontinuierlicher Investitionen in das Netz haben wir in Deutschland die geringsten Stromausfälle Europas.“ Mit 28.000 Arbeitsplätzen und einem jährlichen Investitionsvolumen von fast 500 Mio. Euro sei die Elektrizitätswirtschaft ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Bayern.

Angebot und Nachfrage

Der Strompreis werde seit 1998, dem Beginn des Wettbewerbs, bestimmt durch Angebot und Nachfrage auf dem Großhandelsmarkt. Wie Peter Deml, Vorstandsmitglied des VBEW ausführt, sind die Liberalisierung und das neue Energieerecht nicht zuletzt geschaffen worden, um die Erwartungen der Kunden nach sinkenden Preisen zu erfüllen. „Im Strommarkt hat es von Anfang an einen sehr munteren Wettbewerb mit beachtlichen Erfolgen gegeben“, zieht Deml Bilanz. Das zeige die Preisentwicklung im Privatkunden- wie im Geschäftskunden-sektor. Der Marktpreis habe beispielsweise dazu geführt, dass mittelspannungsseitig versorgte Industriebetriebe heute rund 10 Prozent weniger für elektrische Energie bezahlten als 1998. Für große Unternehmen sei die aktive Nutzung des Stromwettbewerbs tägliches Brot und mittlerweile so selbstverständlich wie der Einkauf von Schrauben.

Auch bei den Privatkundentarifen seien die Preise zunächst deutlich gesunken. Die Preissen-

kungen seien inzwischen jedoch von gestiegenen staatlichen Lasten und Primärenergiekosten wieder aufgezehrt.

„Erheblichen Einfluss auf die Endkundenpreise haben die Entwicklungen am Großhandelsmarkt“, erläutert Deml. Und an allen europäischen Strombörsen zögen die Preise seit Monaten gewaltig an. Als Gründe dafür nennt er die Weltmarktpreise für fossile Energierohstoffe, die Entwicklung der Kraftwerkskapazitäten und marktpsychologische Faktoren, wie man sie von den Aktienbörsen her kenne. Akteure im Großhandelsmarkt seien keineswegs nur traditionelle Stromversorger, sondern auch Energiehändler, Banken und Industrieunternehmen. Auch Hedgefonds betätigten sich an der Strombörse. Das an der Leipziger Strombörse von mittlerweile 128 Teilnehmern gehandelte Volumen decke bereits 15 Prozent des inländischen Bedarfs. Darüber hinaus fänden Termingeschäfte zwischen Händlern direkt statt.

Preisniveau wird steigen

Die hohen Energiepreise veranlassen neuerdings immer mehr regionale Versorger und Stadtwerke, eigene Anlagen zur Stromerzeugung zu bauen, zumal in der Energiewirtschaft Einigkeit darüber herrscht, dass das Preisniveau auch in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Besonders in Nordrhein-Westfalen boomt der Kraftwerksbau mit Investitionen von mehr als 7 Mrd. Euro. Allein an Rhein und Ruhr sollen bis 2012 Anlagen zur Stromerzeugung mit einer Leistung von 10.000 Megawatt errichtet werden. Das entspricht 10 Prozent der derzeit genutzten deutschen Kraftwerksleistung. Karl-Heinz Lause, Chef der Stadtwerke Düsseldorf, des nach eigenen Angaben fünftgrößten kommunalen Versorgers, ist der Meinung, dass die Strombeschaffung für praktisch alle Energieversorger zur entscheidenden Frage wird. Düsseldorf erwägt den Bau eines eigenen Gaskraftwerks oder die Beteiligung an einem neuen Kohlekraftwerk. Versorger in Duisburg, Frankfurt, Erlangen, Münster und Wuppertal haben bereits Fakten geschaffen, meist mit Aggregaten mit großen Schiffsmotoren, die mit Gas betrieben werden. Solche Aggregate erzeugen sowohl Strom als auch Wärme für jeweils mehr als 10.000 Haushalte.

Eine weitere Möglichkeit für die Kommunen besteht darin, sich an kommunalen Großkraftwerken zu beteiligen. Eine erste derartige Anlage auf Erdgasbasis entsteht im westfälischen Hamm. Bis zu zwei Dutzend Stadtwerke beteiligen sich an der 800-Megawatt-Anlage des Stadtwerke-Verbandes Trianel. Andere Kommunen wollen am Nordrand des Ruhrgebietes für 1 Mrd. Euro ein Steinkohlekraftwerk bauen.

Reaktion der Konzerne

Die vier großen Energiekonzerne reagieren jetzt auf diese Konkurrenz-Entwicklung mit milliarden schweren Kraftwerksneubauten, so im rheinischen Neurath und im benachbarten Niederaußen auf Braunkohlebasis und im östlichen Ruhrgebiet mit einer Steinkohleanlage. Der Münchener E.ON-Konzern baut in Datteln ein Steinkohlekraftwerk und bei Ingolstadt ein Gaskraftwerk. Ob dadurch die Strompreise sinken oder wenigstens stabil bleiben, ist fraglich, denn Zubau und Abgang bei den Erzeugungskapazitäten halten sich nach Experten-Ansicht einigermassen die Waage. Was zuviel erzeugt wird, geht ins Ausland, denn die deutsche Außenhandelsbilanz weist einen Exportüberschuss bei Strom aus. **dhg**

VDV fordert:

Effizienzsteigerung statt Kahlschlag in der Verkehrspolitik

„Kahlschlagartige Sparmaßnahmen verteuern und verschlechtern das Verkehrsangebot und schaden damit der Standort- und Lebensqualität in Deutschland“, erklärte Günter Elste, Präsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Eine zielorientierte Verkehrspolitik müsse und könne den Spagat zwischen steigenden fachlichen Anforderungen einerseits und notwendigen Beiträgen zur Haushaltskonsolidierung andererseits durch einen planvollen effizienten Einsatz knapper Finanzmittel auflösen. Dass ein solcher Weg realistisch sei, habe der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) schon seit Jahren bewiesen: „Wir haben in den vergangenen zehn Jahren die Fahrgastzahlen und die Einnahmen deutlich gesteigert sowie die Kostenstrukturen optimiert. Damit wurden die öffentlichen Kassen signifikant entlastet“, betonte der VDV-Präsident. Dieser Prozess müsse im Interesse der steigenden Bedeutung des ÖPNV konsequent fortgesetzt werden.

Kontraproduktiv seien Ankündigungen von Haushaltspolitikern, die Fördermittel für den ÖPNV schon ab 2006 deutlich zu reduzieren. Die Ankündigungen hätten zwischen 2,1 und 4,2 Mrd. Euro geschwankt. Davon sollten 350 Mio. Euro bereits mit einem Haushaltsbegleitgesetz 2006 realisiert werden. Dies sei kaum vorstellbar, da das Fahrplanjahr 2006 bereits Mitte Dezember 2005 begonnen habe, die Fahrpläne gedruckt und die Trassen verbindlich bestellt seien.

Mobilitätsgarant ÖPNV

Kürzungen in diesen Größenordnungen würden in jedem Fall eine Zäsur für die erfolgreiche Regionalisierung des ÖPNV bedeuten, betonte Elste. „Von der

Regionalisierung profitieren sowohl die Bürger durch hervorragende Angebote und moderate Fahrpreise als auch die Wirtschaftsstandorte sowie die Umwelt“. Bei Umsetzung dieser undifferenzierten Radikalkürzungen würden Fahrgastabwanderungen infolge dann unumgänglicher deutlicher Preiserhöhungen und Leistungseinschränkungen die Folge sein. „Konzeptlose Schnellschüsse ausgerechnet jetzt, wo hohe Benzinpreise zu einem Umdenken oder Umsteigen auf den ÖPNV führen, verbauen die große Chance, den ÖPNV als wesentlichen Garanten von Mobilität für alle Menschen in Deutschland im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern“, warnte Elste.

Die Forderungen der Haus-

haltspolitiker nach signifikanten Kürzungen beim öffentlichen Verkehr kurz vor der in Deutschland stattfindenden Fußballweltmeisterschaft hätten eine sehr negative Signalwirkung angesichts der Verpflichtung von DFB und Bundesregierung, umweltfreundliche Spiele zu veranstalten. Diese Verpflichtung bedeute insbesondere auch eine überwiegende Realisierung der Mobilitätsbedürfnisse mit öffentlichem Verkehr.

Bezahlbare Mobilität

Der VDV habe sich aber - als einziger Branchenverband der deutschen Wirtschaft - bereits vor den jüngsten Wahlen zum Deutschen Bundestag mit einem konstruktiven Angebot zu Wort gemeldet und einen Pakt für bezahlbare Mobilität unter dem Titel „Neuer Konsens zur Finanzierung des ÖPNV“ angemahnt. Dabei habe der VDV dem Bund und den Ländern vorgeschlagen, die 2007 mit Wirkung für 2008 gesetzlich vorgesehene Revision der Regionalisierungsmittel für eine umfassende Diskussion über ein angemessenes und ökologisch erforderliches Grundangebot von Bussen und Bahnen sowie deren Finanzierung zu nutzen. Es sei in diesem Angebot z. B. eine Selbstverpflichtung

- die Zuschussmittel des Freistaates Bayern wurden in den letzten Jahren um mehr als 30 % gekürzt. □

Mautflüchtlinge: Gemeinden fordern eigenes Recht zu Sperrungen

Brandl: Bezirksregierungen fehlt die Ortsnähe

„Wir Gemeinden wollen selbst entscheiden, welche Ortsdurchfahrten für Mautflüchtlinge tabu sein sollen“, sagte Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl zur neuen Möglichkeit, Strecken mit starken Mautausweichverkehr für Transit-Lkws über 12 Tonnen zu sperren. „Die Bezirksregierungen haben nicht die zur Beurteilung der konkreten Situation erforderliche Ortsnähe. Das Subsidiaritätsprinzip sollte hier Vorrang erhalten vor neuer Bürokratie.“

Seit 1. Januar 2006 können Strecken mit starkem Mautausweichverkehr für Transit-Lkws über 12 Tonnen gesperrt werden. Mit dem neuen Verbotsschild „Durchgangsverkehr gesperrt“ können die Straßenverkehrsbehörden stark belastete Ortsdurchgangsstraßen für Fahrzeuge über 12 Tonnen Gesamtgewicht dicht machen. Die Zuständigkeit für diese verkehrslenkende Maßnahme will der Freistaat Bayern den Bezirksregierungen übertragen.

Hier setzt die Kritik des Gemeindegats an: Präsident Brandl forderte die Staatsregierung nunmehr auf, den betroffenen Gemeinden selbst die Zuständigkeit für die neue verkehrslenkende Maßnahme einzuräumen. „Die Gemeinden sind sehr wohl in der Lage, in einer Gesamtschau mit der Polizei und dem örtlichen Gewerbe alle Interessen und Belange der von der Maßnahme Betroffenen zu prüfen. Was vor Ort entschieden werden kann, muss nicht am grünen Tisch der örtlich unkundigen Bezirksregierung festgelegt werden.“ □

des Verbandes und seiner Mitglieder enthalten, sich - wie in den vergangenen Jahren auch - mit ganzer Kraft für weitere Kostensenkungen und Ertragssteigerungen und damit zur Entlastung öffentlicher Kassen einzusetzen. Dabei betone der Verband ausdrücklich die Notwendigkeit, das „Ob“ und das „Wie“ aller bisherigen Verkehrsangebote auf den Prüfstand zu stellen; und es werde ein konzeptioneller Weg aufgezeigt, wie in Zeiten dramatischer Entwicklungen öffentlicher Haushalte ein angemessenes ÖPNV-Grundangebot in den Städten und Regionen aufrechterhalten werden könne. Die Bewältigung dieses Zielkonfliktes setze ein abgestimmtes und vor allem rationales Handeln aller am ÖPNV Beteiligten voraus.

Schlüsselrolle

Sicher sei, dass der ÖPNV-Infrastruktur dabei eine Schlüsselrolle zukomme. Hierbei müsse Bestandswahrung vor Neubau rangieren. „Bevor neue Leuchttürme aufgestellt werden, müssen die vielerorts in die Jahre gekommenen Anlagen grundrenoviert werden, damit der ÖPNV zukunftsfähig bleibt“, erläuterte der VDV-Präsident. Eine Untersuchung der Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen (STUVA) im Jahr 2004 habe einen Investitionsbedarf im ÖPNV bis zum Jahr 2012 von mehr als 35 Milliarden Euro festgestellt. Rund 60 Prozent dieser Investitionsmittel würden überwiegend für die Erweiterung und Verbesserung der Infrastruktur und von Betriebsanlagen benötigt. Auch dieses Thema sei unverzüglich zu lösen, betonte der VDV-Präsident: „Sonst drohen Investitionsruinen!“ □

Busse und Bahnen sind fit für die Fußball-Weltmeisterschaft

„Die deutschen Verkehrsunternehmen und -verbünde sind für die Fußball-Weltmeisterschaft in diesem Jahr gut gerüstet“. Herbert König, Vizepräsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), teilte mit, dass die Maßnahmen zum Bau bzw. Ausbau attraktiver Stationen und Bahnhöfe sowie wichtiger Streckenverbindungen im Bereich der zwölf WM-Städte fast überall abgeschlossen seien. Alle Stadien würden somit leistungsfähige Anschlüsse an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) haben. Bei vielen Verkehrsunternehmen seien zudem neue Fahrzeuge beschafft worden. Die Verkehrsangebote würden überall verdichtet und insbesondere bei Spielen am Abend bis in die Nacht hinein deutlich ausgeweitet.

Fahrgastinformationen in den vier FIFA-Weltsprachen deutsch, englisch, französisch und spanisch sowie in den Sprachen der jeweiligen Gastländer ermöglichen kundengerechte Auskünfte. Dabei wären Internet und Telefonauskünfte ebenso im Einsatz wie gedruckte Medien. An zentralen Punkten würden Auskunftsstellen eingerichtet.

Erstmals in der Geschichte der FIFA-Fußball-WM sei ein Kombiticket vereinbart worden. Damit gelten die Eintrittskarten in allen zwölf WM-Stadien gleichzeitig zur Benutzung von Bussen und Bahnen im jeweiligen Verkehrsverbund des Spielortes am Spieltag von Betriebsbeginn morgens bis zum Betriebsende nachts. Zur Lenkung der Besucher vor und nach dem jeweiligen Fußballspiel werde ein einheitliches intermodales Wegeleitsystem eingerichtet, das die Besucher durchgängig auf den Fernreisewegen sowie im Nahverkehr zum Stadion hin und zurück führe. Für die Lenkung seien eingängige Piktogramme und ein Farbtafelkonzept für die Fantrennung beschrieben worden.

Zu den Übertragungen der Spiele auf Großbildleinwände in zahlreichen Städten („public viewing“) sowie begleitenden touristischen und kulturellen Veranstaltungen (bundesweiter „Kultursommer 2006“) werde mit weiteren Besuchern in Millionenzahl gerechnet. Für diese Besucher hätten, so König, die Verkehrsunternehmen und -verbünde vor allem Tages- oder Mehrtages- sowie Gruppentickets im Angebot.

Über das Reisezentrum auf der FIFA-Internetseite www.fifa-worldcup.com sei das bundesweite Bus-und-Bahn-Auskunftssystem DELFI erreichbar. Die Auskunft erfolge nun in den vier FIFA-Sprachen und sei jetzt adressscharf. Wichtige Ziele wie die WM-Stadien seien in die Start/Ziel-Auswahl integriert worden.

„Ein Leitgedanke für die Fußball-WM 2006 ist es, die Mobilität umweltfreundlich und effizient zu gestalten. Die Vermeidung unnötiger Verkehre und die stärkere Verlagerung auf öffentliche Verkehrsmittel steht genauso im Mittelpunkt der Aktivitäten wie eine effiziente und ökologische Gestaltung bestehender Verkehrssysteme“, so König abschließend. □

ÖPNV-Kürzungen treffen ländliche Räume

Theo Zellner gegen geplante Kürzung der Regionalisierungsmittel

Der Bayerische Landkreistag warnt vor einer Kürzung der Regionalisierungsmittel für den Öffentlichen Personennahverkehr. Präsident Theo Zellner: „Öffentliche Mittel für den Personennahverkehr sind weder Luxusausgaben noch Subventionen. Sie dienen wichtigen öffentlichen Interessen wie vor allem dem Umweltschutz und der Entlastung der Straßen vom motorisierten Individualverkehr. Der Öffentliche Personennahverkehr stellt eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge dar, die im verfassungsrechtlichen Sozialstaatsprinzip begründet ist.“

Weitere Kürzungen der Regionalisierungsmittel um 3,1 Mrd. € bis zum Jahr 2009 sind für den Landkreistagspräsidenten nicht mehr zumutbar. Diese Halbierung der Regionalisierungsmittel habe verheerende Auswirkungen auf die Qualität des Bus- und Bahnverkehrs. Die Netzstrukturen der Verkehrsbetriebe in den ländlichen Gebieten würden aus-

gedünnt. Zellner: „Der ländliche Raum droht auf Grund relativ niedrigen Fahrgastaufkommens vom städtischen Bereich abgekoppelt zu werden.“

Zellner prognostiziert in Folge der Mittelkürzung zudem höhere Fahrpreise, die gerade die Berufspendler, die ohnehin schon durch die geplante Kürzung der Entfernungspauschale steuerlich belastet würden, treffen werde: „Ich befürchte, dass sich beide geplanten Maßnahmen auf diejenigen Arbeitnehmer am härtesten auswirken, die mangels Beschäftigung am Wohnort auf die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind.“

Verpflichtung des Bundes

Der Landkreistagspräsident erinnert auch daran, dass sich der Bund mit der Übertragung der aus den Regionalisierungsmitteln zu finanzierenden Aufgaben auf die Länder zu einer verlässlichen und dauerhaften Finanzierung verpflichtet hätte: „Streichet der Bund einen Großteil seiner Beteiligung, so wird auch die gemeinsame Geschäftsgrundlage mit den Ländern in Frage gestellt.“

Schließlich weist Zellner darauf hin, dass den Öffentlichen Personennahverkehr bereits mehrere Einsparungsmaßnahmen getroffen hätten:

- Im Jahr 2004 wurden die Regionalisierungsmittel des Bundes bereits außerplanmäßig um 2 % gekürzt, obwohl dies in den Bund-Länder-Vereinbarungen und in dem Regionalisierungsgesetz nicht vorgesehen war,
- durch die „Koch-Steinbrück-Aktion“ wurde der Öffentliche Personennahverkehr bundesweit mit 200 Mio. € zur Kasse gebeten und



NEU!

Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern plus

Die erste umfassende Online-Lösung für Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen ...

Jeweils mehrere tausend Seiten landesspezifische Kommentierungen und Darstellungen ...

→ PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG

Die PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG ist das seit Jahrzehnten bewährte Standardwerk mit ca. 36.000 Seiten zu allen Verwaltungsbereichen in Bayern. Kompetente und erfahrene Fachleute aus den zuständigen Ministerien, kommunalen Spitzenverbänden, Verwaltungsbehörden und der sonstigen Rechtspraxis gewährleisten ein Höchstmaß an Informationsgehalt und Rechtssicherheit.

Kommentierungen und Darstellungen

Landesspezifisch aufbereitet und ausführlich erläutert enthält das Werk an den Anforderungen der Praxis orientierte Kommentare und systematische Darstellungen zu den Rechts- und Verwaltungsvorschriften von Bund, Ländern und Kommunen - jetzt erstmals auch online. Hier finden Sie das richtige Rüstzeug für den Verwaltungs-Alltag, gegliedert in die zentralen Bereiche

• Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines - Wirtschaft, Vergabe und Verkehr - Sicherheit und Ordnung - Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur - Bauwesen, Umwelt und Natur.

... dazu das große Beck-Plus: Gesetze, Rechtsprechung, Zeitschriften

→ Beck'sche Gesetze Digital Bayern, Bund, EU

- Landesrecht im Umfang der Beck'schen Loseblatt-Textsammlungen Ziegler/Tremel, Verwaltungsgesetze des Freistaates Bayern - immer auf dem neuesten Stand
- rund 1.500 Gesetze und Verordnungen des Bundes (Schönfelder, Sartorius, Nipperdey I, Aichberger SGB ...)
- die rund 200 wichtigsten internationalen und EU-Vorschriften.

→ Rechtsprechung aktuell und im Volltext,

mit Schwerpunkten VGH, OVG und BVerwG

→ Die Top-Zeitschriften komplett und aktuell

NVwZ seit 1982, NVwZ-RR ab 1988, LKV ab 1991

Beck-KOMMUNALPRAXIS plus ist die kompetente und zuverlässige Online-Arbeitshilfe für alle haupt- und ehrenamtlich Tätigen bei Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen, Verwaltungsgemeinschaften, Ämtern, Verbänden, Verwaltungsschulen, Gerichten, sämtliche Kommunalpolitiker und alle mit dem öffentlich-rechtlichen Bereich befassten Personen und Institutionen sowie (Fach-)Anwälte.

Außerdem verfügbar:

Beck-KOMMUNALPRAXIS plus für Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen.

Ab 11 Euro/Monat

→ Infos/4-Wochen-Test: www.beck-online.de

beck-online
DIE DATENBANK



Regionalkonferenz Abfallwirtschaft Niederbayern:

Wohin mit dem Gewerbeabfall?

Seit Inkrafttreten des Ablagerungsverbotes für unbehandelten Haus- und Gewerbemüll zum 1. Juni 2005 hat sich die Situation in der kommunalen Abfallentsorgung in Niederbayern vor allem beim Gewerbemüllaufkommen erheblich verändert. Der drastische Anstieg des angelieferten Gewerbemülls übersteigt die aktuell verfügbaren Aufnahmekapazitäten.

Zur Bewältigung der neuen Lage luden die Regierung von Niederbayern und die Industrie- und Handelskammer für Niederbayern die gewerblichen Abfallerzeuger und -entsorger sowie die kommunalen Entsorger im Rahmen des Umweltpakts Bayern zu einer „Regionalkonferenz Abfallwirtschaft Niederbayern“ nach Landshut ein. Unter dem Motto „Wohin mit dem Gewerbeabfall?“ zeigten Abfallexperten des Landesamts für Umwelt, der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Müllverbrennungsanlagenbetreiber, des Verbandes der bayerischen Städtereiniger und eines niederbayerischen mittelständischen Abfallerzeugers Lösungsansätze auf.

Immenser Anstieg

Wie Niederbayerns Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger darlegte, sei zum Teil ein Anstieg der Gewerbeabfälle um bis zu 500 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu beobachten. Die kommunalen Müllverbrennungsanlagen seien derzeit voll ausgelastet. Für Revisionszeiträume wurden Zwischenlager eingerichtet, da eine Aushilfe der bayerischen Anlagen untereinander während dieser Stillstandszeiten nun nicht mehr möglich sei.

Auch die Regierung von Niederbayern habe auf diese Situation rasch reagiert. Anfang August 2005, nachdem sich erste Engpässe auch in Niederbayern abzeichneten, sei mit den Verantwortlichen der kommunalen Abfallwirtschaft ein Gespräch geführt und das weitere Vorgehen abgestimmt worden. Zwei Abfallzwischenlager auf der Deponie in Außernzell und in Landshut wurden genehmigt, um die kommunale Entsorgung zu sichern.

Josef Giglberger vom Augs-

burger Landesamt für Umwelt stellte fest, „dass die in Bayern installierte Anlagenkapazität zwar ausreicht, den beseitigungspflichtigen Abfall zu verbrennen, sie aber nicht ausreicht, zusätzlich den gesamten Abfall zur energetischen Verwertung aus Gewerbe zu verbrennen“.

Zur Lösung des Problems müssten entweder neue Verbrennungskapazitäten geschaffen oder die Abfallmenge zur Verwertung reduziert werden. Die Zwischenlagerung von Abfällen könne lediglich dazu dienen, Ausfall- und Wartungszeiten zu überbrücken.

Nötige Planungssicherheit

Für die Schaffung weiterer Verbrennungskapazitäten sei für den Errichter aus wirtschaftlichen Gründen Planungssicherheit erforderlich. Da derzeit mangels vorliegender Zahlen keine Mengenprognose über mehrere Jahre abgegeben werden könne, dürften kurzfristig kommunale Betreiber kaum in Vorleistung gehen. Giglberger zufolge „ist nach unserer Kenntnis durch einfache Maßnahmen die vorhandene Kapazität um rund 160.000 Mg/a zu erhöhen“. Ob im gewerblichen Bereich insbesondere zur Energienutzung weitere Anlagen entstehen, bleibe abzuwarten.

Bei der Annahme eines stofflich verwertbaren Anteils von 20 Prozent könnten 200.000 Mg/a - das wäre die derzeit zwischenzulagernde Menge - stofflich verwertet werden, betonte Giglberger. Damit wäre auch das derzeitige Problem in Verbindung mit der oben genannten Kapazitätserweiterung gelöst.

Dies setze voraus, dass im gewerblichen Bereich die stofflich verwertbaren Abfälle verstärkt getrennt gesammelt oder über Sortieranlagen aussortiert werden. „Aus fachlicher Sicht“, so

Giglberger, „hätte dies auch den Vorteil, dass die anfallenden Gewerbeabfälle weitestgehend in dafür geeigneten Verbrennungsanlagen umweltgerecht thermisch behandelt oder energetisch verwertet werden, die Entsorgungsautarkie in Bayern erhalten bleibt, aber auch die Anlagen langfristig ausgelastet werden.“

Für die derzeitigen Engpässe sind laut Horst Denk, Direktor des Zweckverbandes Müllverwertung Schwandorf, mehrere Faktoren ausschlaggebend: So seien viele Abfallerzeuger bis Mai 2005 in Sicherheit gewogen worden, dass ihre Abfälle hochwertig verwertet werden. Die getrennte Erfassung von Altstoffen am Anfallort sei teilweise ungenügend entwickelt. Zahlreiche Entsorger hätten Kapazitäten viel zu spät oder nicht ausreichend vertraglich gesichert oder nicht errichtet. Auch fehle eine verlässliche Planungsgrundlage für alle Prognosezahlen. Zudem seien die geplanten Kapazitäten zur Mitverbrennung von aufbereiteten Gewerbeabfällen kaum vorhanden.

Kein Ökodumping!

Denk forderte Abfallerzeuger und Entsorgungsbranche auf, die stoffliche Verwertung zu steigern, Schadstoffe bezüglich Chlor/Fluor zu entfrachten oder die Mehrkosten zu übernehmen, sich zur Mengenerfassung der Gewerbeabfälle, die nicht über die kommunale Entsorgung erfasst werden, zu verpflichten sowie das Näheprinzip konsequent einzuhalten. Die Maxime laute: Kein Ökodumping in andere europäische Staaten!

Wie Roland Senft, Umweltschutz- und Abfallbeauftragter der Fa. Kermi GmbH, Plattling, darstellte, sah sich der mittelständische Abfallerzeuger - Kermi fertigt Heizkörper und Duschabtrennungen; außerdem wird ein Stahl-Service-Center betrieben, in dem sowohl Blechspaltung für den firmeneigenen Bedarf als auch Lohnspaltung durchgeführt wird - mit Inkrafttreten des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes vom 23. September 1994 veranlasst, Abfallstoffströme weitergehend zu separieren und - falls keine Vermeidung möglich war - diese einer geordneten Entsorgung zuzuführen.

So konnte für die hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle mit dem Müllheizkraftwerk

und Gernot Geißler darlegten. Die Maßnahme werde freilich mit rund 500.000 Euro zu Buche schlagen.

Basisdichtung

Momentan sind die Fläche und damit die auf ihr im Untergrund gelagerten Abfälle mit einer temporären Abdeckung gesichert, die sich zusammensetzt aus verschiedenen Lehmlagen, Trennvliesen, einer Schotter-schicht und einer 50 Zentimeter dicken Schicht mit humosem Oberboden als Rekultivierungsschicht.

Nach unten ist der abgelagerte Müll durch eine 60 Zentimeter dicke Lehmschicht abgesichert: Durch regelmäßige Untersuchungen von Sicker- und Grundwasser an sechs Messstellen wird ständig überprüft, ob diese Basisdichtung ihren Dienst auch zuverlässig leistet.

Geißler zufolge kommt dem Landkreis Landshut als Gebietskörperschaft eine Vorbildfunktion zu, die der Kreis absolut gewissenhaft erfülle. Rund 15 Millionen Euro hat der

ZAS Burgkirchen ein Entsorgungspartner gefunden werden, bei dem eine thermische Verwertung einwandfrei gegeben ist. Ausschlaggebend war laut Senft auch ein möglichst kurzer Weg zur endgültigen Entsorgung, um der gering zu halten- den Belastung des Straßenverkehrs aufkommens gerecht zu werden. Nicht thermisch verwertbare Abfälle würden satzungsgerecht an die Abfallwirtschaftsgesellschaft Donau-Wald zur Beseitigung abgegeben.

Unternehmen und Betriebe, die bereits frühzeitig auf eine vollständige Umsetzung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes hingearbeitet haben, sind nach Senfts Erkenntnissen „von der derzeit vorherrschenden Situation bei weitem wirtschaftlich nicht so hart betroffen, als Betriebe, die Abfälle schwer nachvollziehbaren, dafür aber kostengünstigen Entsorgungswegen haben zukommen lassen“. So sei zwar jahrelang eine teurere, aber rechtlich fundamentierte Abfallentsorgung betrieben worden, jedoch zeige sich, „dass sich der beschrittene Weg letztendlich ausgezahlt hat, moralisch wie auch wirtschaftlich“.

Möglicher Lösungsansatz

Ein möglicher Lösungsansatz wäre nach Senfts Auffassung die Errichtung geeigneter Sortieranlagen durch die entsorgungspflichtigen Körperschaften. Sortieranlagen sollten nicht dazu dienen, das Gewerbe von der Getrennthaltungspflicht Auslegung auch Anteile von Haushalten über diese Anlagen laufen und somit eine weitere Verringerung des Hausmülls und der hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle zur Beseitigung erreicht werden.

Jedem Unternehmen könne abschließend nur geraten werden, sich mit dem Thema intensiv auseinander zu setzen und nicht nur den bequemsten Weg zu gehen. Die Pflicht zur ordnungsgemäßen Entsorgung seiner Abfälle obliege einzig und allein dem Erzeuger. So sollten generell nur qualifizierte Entsorgungsfachbetriebe beauftragt werden. In Zusammenarbeit mit seriösen Entsorgern bzw. Transporteuren habe sich gezeigt, dass diese ausnahmslos in der Lage sind, ihre eingeschlagenen Entsorgungswege bereitwillig offen zu legen, „vorausgesetzt der Erzeuger setzt sich nicht eigenständig mit den beauftragten Entsorgungsbetrieben in Verbindung“, bemerkte Senft abschließend. **DK**

Landkreis Landshut bislang in die Reststoffdeponie investiert, die 1985 in Betrieb gegangen ist. Mit der endgültigen Rekultivierung und Abdichtung des Bauabschnitts I kommt der Landkreis laut Geißler seiner Vorsorgepflicht nach, dauerhaft sicherzustellen, dass der abgelagerte Müll vor jeder Beeinflussung durch Witterung abgeschirmt ist und keinerlei Stoffe in die Umwelt gelangen.

Eine 50 Zentimeter dicke Schotter-schicht, zwei Lagen Lehm, zwei Trennvliese, eine Kunststoffdichtungsbahn, eine Entwässerungsschicht und als oberste Schicht ein Meter humoser Oberboden - das sind die wesentlichen Teile einer dicken Verpackung für den Müll, wie sie in der Deponie-Verordnung, einem Bundesgesetz, vorgeschrieben sind.

Mit der Versiegelung der Müllablagerungsflächen im Bauabschnitt I der Deponie soll alsbald begonnen werden, waren sich die Teilnehmer am dem Ortstermin einig. Ins Auge gefasst wurde dabei ein Beginn im Sommer 2006. **DK**

Abfallwirtschaft im Landkreis Aichach-Friedberg:

Leistungsbilanz 2005

In einer „Leistungsbilanz 2005“ hat der Landrat des Landkreises Aichach-Friedberg, Christian Knauer, unter anderem die Schwerpunkte der kommunalen Abfallwirtschaft in seiner Region dargestellt. Dabei bezeichnete er den Bürgerentscheid zum zukünftigen Erfassungssystem für Leichtverpackungen als „Highlight“ des vergangenen Jahres. „Gelbe Säcke“, so Knauer, „werden auch künftig im Landkreis nicht zu sehen sein.“

Zeitgleich mit der Bundestagswahl am 18. September führte der Landkreis einen Bürgerentscheid zu der Frage durch, ob im Landkreis Aichach-Friedberg der sog. Gelbe Sack für Leichtverpackungen eingeführt werden soll. Die Bürger sprachen sich dabei mit einer Mehrheit von rund 55 Prozent gegen dessen Einführung aus. Das bisherige Erfassungssystem bleibt damit über das Jahr 2006 hinaus unverändert, die Leichtverpackungen werden laut Knauer weiterhin über die örtlichen Wertstoffsammelstellen erfasst.

Vorhersehbare Entlastung

Die Ausschreibung der Erfassung und Verwertung der Wertstoffe Papier, Altholz, Schrott und Hartplastik ab dem Jahr 2006 ergab sehr gute Ergebnisse. In den nächsten Jahren sollte dies Knauer zufolge zu einer Entlastung des Wirtschaftsplans der Kommunalen Abfallwirtschaft führen. Nach dem Leistungsvertrag mit dem Dualen System für Leichtverpackungen (2003) sei jetzt auch der Leistungsvertrag für Glas auslaufen. Die Aufgabe des Landkreises beschränke sich in diesem Zusammenhang nunmehr auf die Bereitstellung der Sammelstellen und Containerstandplätze sowie die begleitende Öffentlichkeitsarbeit.

Im Frühjahr 2005 wurde vom Landkreis erneut eine Sammelaktion im Landkreis für belastete Althölzer der Kategorie IV durchgeführt. Mit einer Menge von rund 27 Tonnen (Vorjahr 96 Tonnen) ging das erfasste Material erstmals deutlich zurück. Dies könnte, so der Landrat, auf die fast noch winterlichen Verhältnisse zu diesem Zeitpunkt (Mitte März) zurückzuführen sein. Die weitere Entwicklung der Mengen in den nächsten Jahren werde darüber Aufschluss geben.

Zeitintensive Überprüfung

Bei der Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung ist der Landkreis bestrebt, alle Gewerbebetriebe im Landkreis an die Kommunale Abfallwirtschaft anzuschließen. Die Überprüfung der gewerblichen Veranlagung erweise sich als sehr zeitintensiv, da die Aufgabe ohne zusätzliche Arbeitskräfte erfüllt wird. Im Jahr 2005 wurden ca. 130 Betriebe veranlagt, über 300 Betriebe stehen noch aus, die nach Möglichkeit im Jahr 2006 abgewickelt werden sollen.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit fand erneut das Schultheater zur Umwelterziehung statt, an die Schulanfänger wurden zu Schulbeginn Brotzeitlosen verteilt und im Herbst wurde an der Wertstoffsammelstelle in Friedberg ein Wertstoffsammelstellenfest veranstaltet. Im Oktober beteiligten sich die Kommunale Abfallwirtschaft zusammen mit den Abfallwirtschaftsbetrieben von Stadt und Landkreis Augsburg am Umwelttag der Stadt Augsburg. Der Stand der Abfallberatung wurde dabei für Gestaltung und Angebot von den Veranstaltern des Aktionstages prämiert.

Auf der Hausmülldeponie Gallenbach wurde im Januar 2005 die Sickerwasserbehandlungsanlage in Betrieb genommen. Mit Gesamtkosten von ca. 1 Mio. Euro wurde eine ord-

nungsgemäße Reinigungsmöglichkeit des anfallenden Sickerwassers vor Ort am Deponiegelände geschaffen. Die vormaligen Transporte des Sickerwassers zur Kläranlage der Stadt Augsburg entfallen seitdem. Im Frühjahr wurde die alte provisorische Arsenausfällanlage des Landkreises aus dem Jahr 1988 zurückgebaut. Diese Anlage wurde zum damaligen Zeitpunkt wegen festgestellter Arsenbelastungen durch den Landkreis in Vorleistung errichtet, um sicherzustellen, dass kein Arsen mehr in die Paar gelangt. Die Anlage wurde im Oktober 1996 von der neuen Arsenreinigungsanlage ersetzt und war seitdem außer Betrieb. Im August fand ein abschließender Ortstermin statt, an dem die Beendigung der Baumaßnahmen festgestellt werden konnte.

Keine belasteten Anteile

Die Ausgliederung des Sortierbetriebs der AVA GmbH in die AVA Re.Sort GmbH und die dadurch erfolgte Abkoppelung dieses Geschäftsfeldes von der Entsorgungspflicht des AZV hat sich nach Knauers Ansicht auch im Jahr 2005 als richtige Entscheidung erwiesen. Die positive Folge hiervon sei, dass in der Umlage des AZV keine, den allgemeinen Kreishaushalt belastenden Anteile mehr enthalten sind.

Das Auslaufen der TASi-Übergangsfrist zur Ablagerung unbehandelter Abfälle im Juni 2005 habe zu einem enormen Anstieg der thermisch zu behandelnden Abfallmengen geführt. Die AVA habe dem nur mit der Zwischenlagerung ihr angedienter Abfälle begegnen können. Um die Entsorgungssicherheit auch in Ausfallsituationen zu garantieren, sei inzwischen mit dem Bau einer Umschlaganlage nördlich der bestehenden Abfallverwertungsanlage begonnen worden.

Im Zusammenhang mit der möglichen Errichtung einer weiteren Papiermaschine durch die Fa. UPM Kymmene am Standort Augsburg sieht die AVA GmbH gute Möglichkeiten, als Energielieferant aufzutreten. Mit dem europaweit agierenden Papierhersteller seien hierzu Vorgespräche geführt worden. Details könnten jedoch erst erarbeitet und veröffentlicht werden, wenn die Standortentscheidung gefallen ist. **DK**

Engpässe bei der Abfallverwertung

Sämtliche bayerische Abfallverwertungsanlagen sind derzeit zu 100 Prozent ausgelastet. Darauf machte Ferdinand Kleppmann, Chef des Würzburger Müllheizkraftwerks und Vorsitzender des Vereins Thermische Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland, aufmerksam. Bundesweit fehlten aktuell Verbrennungskapazitäten bis zu fünf Millionen Tonnen.

Laut Kleppmann liege dies am Verbot, Gewerbeabfälle ohne thermische oder mechanisch-biologische Vorbehandlung abzulagern. Viele dieser Abfälle seien bisher auf Billigdeponien entsorgt worden. „Scheinverwertung auf Billigdeponien“ habe bisher bayernweit den Blick darauf verstellt, „wie viel Abfall tatsächlich existiert.“

Pat Christ

Deponie Spitzlberg im Landkreis Landshut:

Information über anstehende Maßnahmen

Mit der im Juli 2003 getroffenen Entscheidung, dem Zweckverband Müllverwertung Schwandorf (ZMS) beizutreten, hat der Landkreis Landshut nach den Worten von Landrat Josef Eppeneder einen richtigen Entschluss zur rechten Zeit gefasst. Die Müllverbrennungsanlagen in Deutschland würden derzeit geradezu von einer Abfallwelle überrollt und arbeiteten auf vollen Touren, was die Preise klarerweise in die Höhe treibe.

Der Beitritt zu einem Zweckverband wäre zum jetzigen Zeitpunkt für den Landkreis Landshut daher mit sicher deutlich höheren Kosten verbunden und insgesamt durch die Kapazitätsengpässe deutlich erschwert, führte Eppeneder im Rahmen eines Ortstermins auf der Reststoffdeponie Spitzlberg aus: Mit der Aufnahme in den ZMS habe sich der Landkreis langfristig kostengünstige und umweltverträgliche Entsorgungskapazitäten gesichert.

Bei dem Treffen, an dem Repräsentanten aller Kreistagsfraktionen und -gruppen, der Landkreisverwaltung, die stellvertretenden Landräte Max Wimmer und Hans Leopold, Bürgermeistermeistersprecher Fritz Wittmann sowie Vertreter der Regierung von Niederbayern und des Bayerischen Landesamtes für Umwelt teilnahmen, ging es um die Zukunft eines Kernstücks des Abfallwirt-

schafts-Systems der Region Landshut: Mit der Reststoff-Deponie Spitzlberg verfügt der Landkreis noch für rund 50 Jahre über genügend Deponieraum für nicht mehr verwertbarem Müll, wie Gernot Geißler, der Leiter des Sachgebiets Abfallwirtschaft am Landratsamt, den Teilnehmern an dem Ortstermin in Erinnerung rief.

Schlackenablagerung

Derzeit werden in Spitzlberg noch Schlacken aus der Müllverbrennungsanlage aus Landshut abgelagert, die Mitte 2006 geschlossen wird, sowie Gewerbeabfälle aus dem Landkreis und der Stadt Landshut. Die Regierung von Niederbayern dringt darauf, dass der Bauabschnitt I der Deponie mit rund 1,8 Hektar alsbald endgültig versiegelt wird. Dies ist auch im Interesse des Landkreises, wie Landrat Josef Eppeneder, Abteilungsleiter Peter Poesze

Neujahrsempfang des Landkreises Miltenberg:

Ländlicher Raum gut gerüstet für Zukunftsaufgaben

Welche Zukunftsperspektiven hat der ländliche Raum? Mit dieser Frage beschäftigte sich Landrat Roland Schwing beim traditionellen Neujahrsempfang des Landkreises Miltenberg im Foyer des Landratsamtes. Vor 260 Gästen sprach der Landrat den Bürgerinnen und Bürgern Mut und Hoffnung aus, denn der Landkreis ist für die künftigen Herausforderungen gut aufgestellt.

Um Zukunft bauen zu können, braucht man Vertrauen. Dieses Vertrauen wird durch eine verlässliche Politik geschaf-

fen, so Landrat Schwing. Deshalb könne man jetzt wieder hoffnungsvoll nach Berlin schauen, wo die neue Bundesre-

gierung die Chance für einen Neuanfang biete.

Erfreulich sei, dass diese die Bedeutung der Kommunen und besonders des ländlichen Raumes erkannt habe. Der Bürger beurteile und bewerte Politik von der eigenen Lebenssituation und deshalb seien starke Kommunen mit einer zukunftsorientierten Kommunalpolitik essentiell.

Für den Landkreis sei es ein schwieriges Jahr mit wichtigen Entscheidungen gewesen, mit denen starke Impulse für die Zukunftsfähigkeit gesetzt wurden, betonte Landkreischef Schwing.

Gleich zu Beginn des Jahres habe die Entscheidung über die Zukunft der Krankenhäuser angestanden. Mit dem Verkauf der Krankenhaus GmbH an das Rhön-Klinikum sei es gelungen, zwei Krankenhausstandorte sowie möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten. Weiter gestärkt wurde der Bildungsstandort. Der Beginn der Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen am Schulzentrum Elsenfeld mit insgesamt rund 35 Millionen Euro sei eine Investition in die Zukunft. Dazu gehörten auch die Nachmittagsbetreuungseinrichtungen an den Gymnasien in Erlenbach und Miltenberg, welche derzeit zusätzlich mit erheblichen Investitionen des Landkreises gebaut würden.

Bedeutsamer Umweltschutz

Gelungen sei es auch, so Landrat Schwing, die Verkehrsinfrastruktur weiter zu optimieren. Dazu gehöre die Fertigstellung der Ortsdurchfahrt von Altenbuch. Der Umweltschutz habe schon immer im Landkreis eine herausragende Bedeutung gehabt. Glücklicherweise sei er, dass endlich die Verfüllung und Abdichtung ehemaliger Klärschlammdeponie in Schippach beendet sei. Auch in Würth werde die frühere Kreismülldeponie im Laufe des

Landrat Georg Huber:

„Initiative Airportbahn trägt Früchte“

Wirtschaftsminister Huber unterstützt Bahnausbau

Ein klares Bekenntnis zum Ausbau der Bahnstrecke München - Mühldorf - Freilassing hat Verkehrsminister Erwin Huber in einem Zeitungsinterview abgegeben. Auf die Frage, wie seine Prioritätenliste bei den bayerischen Schienenprojekten aussehe, sagte er: „In Oberbayern zum Beispiel: die zweite Stammstrecke der S-Bahn, der Transrapid, die Flughafenanbindung über den Erdinger Ringschluss, der Ausbau der Strecke München - Mühldorf - Freilassing, insbesondere die Elektrifizierung ins Chiemgauer Dreieck. In weiterer Zukunft auch die Anbindung des Flughafens aus Ostbayern und eine bessere Verbindung zum Brenner-Basistunnel.“

Mühldorfs Landrat Georg Huber zeigte sich auf Grund dieser Aussage sehr erfreut, dass auch Erwin Huber als Nachfolger Otto Wiesheus der besseren Anbindung des südostbayerischen Wirtschaftsraumes an München und den Flughafen eine sehr hohe Bedeutung zumisst. „Die Aussage von Erwin Huber zeigt uns, dass er die Linie seines Vorgängers weiterverfolgt und damit unsere Bestrebungen zur besseren Anbindung der Region auf der Schiene unterstützt“, lobte Landrat Huber den im Interview geäußerten Standpunkt des Ministers.

Mit Wirtschaftsminister Huber sei nun ein Mann für die Bahnprojekte in Bayern zuständig, der „aus unserer Region kommt und unsere Bedürfnisse kennt“. Dies zeige, dass die Region mit der Initiative Airport-

Jahres 2006 mit einer neuen Oberflächenabdichtung abgeschlossen sein. Der Landkreis habe Wort gehalten und die Standortgemeinden der Altdeponien „nicht im Stich“ gelassen.

„Die Erfolge dürfen uns nicht ausruhen lassen“. Deshalb gebe es eine Reihe weiterer Aufgaben, die angepackt werden müssen. So müsse sich die Region Bayerischer Unterrhein weiterhin als High-Tech-Region mit hoher Lebensqualität im Rhein-Main-Gebiet profilieren. Besonders wichtig sei jetzt die Bildung von „Clustern“, um die Unternehmen der heimischen Wirtschaft stärker am Standort zu binden.

Demographische Herausforderung angehen

Die größte Zukunftsaufgabe sei nach wie vor die demographische Entwicklung. Gerade auch für die Kommunen ergeben sich in einigen Jahren eine Fülle neuer Herausforderungen. „Volle Altersheime, leere Kindergärten und Schulen“, das sei nur ein Teil der künftigen Aufgaben. Die Bürgermeister des Landkreises hätten sich deshalb bereits im Sommer des vergangenen Jahres im Rahmen einer Klausurtagung mit dieser Thematik intensiv beschäftigt. Deutlich geworden sei, dass eine Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit dringend erforderlich ist. Das Motto müsse lauten: „Wir müssen sparsam und schonend mit unseren Ressourcen umgehen und uns aufeinander zu bewegen.“

Erste gute Ansätze

Es gebe bereits erste gute Ansätze im Landkreis. So hätten die Stadt und der Landkreis Miltenberg gemeinsam ein Wechsellaufkraftfahrzeug beschafft, was für jede Kommune eine Ersparnis von 30.000 Euro erbracht habe. Doch das Einreißen der „lokalen Kirchtürme“ müsse weitergehen. Deshalb werde 2006 intensiv daran gearbeitet werden, die Tourismusstrukturen im Landkreis Miltenberg neu zu ordnen und durch eine noch engere Kooperation der Kommunen den „schlafenden Riesen Tourismus“ zu wecken.



Im Rahmen des Neujahrsempfangs des Landkreises Miltenberg wurden fünf Bürgerinnen und Bürger - Otto Büchner, Walter Kohl, Gerhard Kurth, Willibald May und Elisabeth Weidlich - mit dem Ehrenpreis des Landkreises Miltenberg für herausragenden ehrenamtlichen Einsatz ausgezeichnet. Der Ehrenpreis, der bereits zum 12. Mal verliehen wurde, ist eine Anerkennung für ein mindestens 25-jähriges Engagement in Vereinen, Organisationen oder sonstigen Gemeinschaften mit kulturellen, sportlichen, sozialen, kirchlichen oder anderen gemeinnützigen Zielen. Die Geehrten erhielten eine Bronzestatue sowie eine Urkunde aus der Hand von Landrat Roland Schwing (rechts).

Schrittmacher Nürnberg:

Intelligente Mobilität mit ORINOKO

Mit dem Verkehrstelematikprojekt ORINOKO (Operative Regionale Integrierte und Optimierte Korridorsteuerung) übernimmt Nürnberg eine Vorreiterrolle auf dem Gebiet der intelligenten Mobilitätssteuerung. Ziel des Modellvorhabens, das mit drei Millionen Euro vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird, ist laut Baureferent Wolfgang Baumann die Entwicklung rentabler und zukunftssträchtiger Ansätze der Verkehrssteuerung in großstädtischen Regionen am Beispiel Nürnbergs.

Mit ORINOKO sollen praktische und finanzierbare Lösungsansätze für eine umfassende stadtweite Verkehrslageerfassung und die weitere Optimierung der Ampelsteuerungen entwickelt werden. Für das Projekt kann das „Dynamische Verkehrsleitsystem Messe/Stadion/ARENA“ mit seiner europaweit einmaligen Infrastruktur erstmals als bundesweite Forschungsplattform genutzt werden. Darüber hinaus werden neue netzadaptive Steuerungsverfahren erarbeitet und in einem Feldversuch umgesetzt.

Auch andere Städte sollen profitieren

Außerdem werden Reisezeitdaten aus der bis zu 500 Fahrzeuge umfassenden Nürnberger Taxi-Flotte sowie Verkehrsdaten des öffentlichen Personennahverkehrs aus der Rechnerzentrale der VAG genutzt. Neben der technischen Entwicklung neuer Verkehrsdetektoren, kostengünstiger Datenübertragung und optimierter Ampelsteuerungen werden Untersu-

chungen über die wirtschaftlichen Auswirkungen sowie den Nutzen für die Verkehrsteilnehmer durchgeführt.

Von den in Nürnberg ausgereiften Lösungsansätzen sollen auch andere Städte profitieren. Die Projektleitung liegt beim Baureferat der Stadt Nürnberg. Projektpartner sind unter anderem die VAG, Siemens, die Fraunhofer Gesellschaft, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt und die Taxi-Zentrale Nürnberg. Das Projekt läuft noch bis Februar 2008, erste Teilergebnisse sollen bereits zur Fußball WM 2006 zur Verfügung stehen. **DK**

Geismann bestätigt

Im oberpfälzischen Sulzbach-Rosenberg ist der seit 18 Jahren amtierende Rathauschef Gerd Geismann (SPD) erneut zum Bürgermeister gewählt worden. Geismann kam auf 58,4 Prozent der Stimmen. Sein Gegenkandidat Günter Koller (CSU) erreichte 41,6 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 53,4 Prozent. **DK**



Franz Angerer, Fischachs Bürgermeister Josef Fischer und Co-Autor Hermann Schmid (von links) stellten die Ortschronik von Willmatshofen vor. Bild: Walter Kleber

Geschichte eines Staudendorfes

Franz Angerer stellte Ortschronik von Willmatshofen vor

Eigentlich hätte die Chronik des Staudendorfes ja schon 2001 zum großen Ortsjubiläum „750 Jahre Willmatshofen“ herauskommen sollen. Doch weil Heimatforscher Franz Angerer im Vorfeld des Jubiläums an vielen anderen Schauplätzen gefordert war, wurde das ehrgeizige Projekt - nicht geeignet für einen getetzten Schnellschuss unter Zeitdruck - zurückgestellt. Jetzt ist das Geschichtswerk vollendet.

In der örtlichen Turnhalle wurde die über 300 Seiten starke Ortschronik des Staudendorfes Willmatshofen dieser Tage offiziell der Dorfgemeinschaft vorgestellt. Im Rampenlicht stand dabei einmal mehr Franz Angerer, der in seinem Heimatort Willmatshofen in vielfältigen Ämtern und Positionen seit Jahrzehnten als Motor und unermüdlicher Ideengeber Akzente setzt. Mit der systematischen Erforschung und Dokumentation der Willmatshofener Ortsgeschichte krönte der 74-Jährige jetzt sein ehrenamtliches Engagement.

Wörle-Nachlass

Franz Angerer und sein Co-Autor Hermann Schmid konnten bei ihren historischen Recherchen auf eine „Urfassung“ der Willmatshofener Ortschronik, basierend auf einer um 1950 erstellten Höfechronik, zurückgreifen. Das Werk - verfasst von dem Lehrer und Heimatdichter Wilhelm Wörle (1886 bis 1959) - galt lange Zeit als verschollen.

Erst vor wenigen Jahren wurde es eher zufällig nach einem Tipp von Karl-Heinz Loeschke im Heimatmuseum von Weißenhorn wieder aufgefunden. Die Entdeckung des Wörle-Nachlasses und die Zusammenarbeit mit dem Weißenhorer Heimatverein und dessen Vorsitzendem Wolfgang Ott weckten in Angerer und Schmid den Forscherdrang.

Von jetzt an gab es für die beiden Hobbyhistoriker kein Halten mehr. Nach und nach fügten sie „ihrem“ Buch immer neue Kapitel hinzu, bis hinein in die jüngste Vergangenheit des heutigen Fischacher Gemeindeteils. Entstanden ist so ein spannendes, kurzweiliges Lese-, Bilder- und Nachschlagewerk, das einen weiten Bogen spannt von der ersten urkundlichen Erwähnung („Willemannehoven“ im Jahr

1251) bis hin zum Vereinsleben zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Das ortsgeschichtliche Werk ist nicht chronologisch, sondern vielmehr thematisch gegliedert. Viel Interessantes, Erstaunliches und gar Kurioses aus Willmatshofen, Tronetshofen und Itzlishofen habe Eingang in das Buch gefunden, machte Franz Angerer auf die Lektüre neugierig. Doch bei weitem konnte aus Platzgründen nicht alles veröffentlicht werden.

Herkulesarbeit

Rückblickend, so der Verfasser, sei es schon eine richtige Herkulesarbeit gewesen: „Ich hätte nicht gedacht, dass es so lange dauert!“ Doch bei der Präsentation waren die unzähligen, in staubigen Archiven und am Schreibtisch verbrachten Stunden im Nu vergessen. Bürgermeister Josef Fischer (die Marktgemeinde Fischach ist die Herausgeberin des Werkes) zollte den beiden Autoren unter langem Beifall der Dorfgemeinschaft ein dickes Kompliment.

Der Rathauschef drückte den Wunsch aus, dass auf der Grundlage der nun vorliegenden Chronik die heutige, vor allem aber auch kommende Generationen, wohl informiert über die historischen Zusammenhänge und Entwicklungen der Vergangenheit, aktiv an der zukünftigen Entwicklung ihrer Heimat mitarbeiten. Die ersten handsignierten Exemplare überreichte Franz Angerer an die „guten Geister“ - hauptsächlich aus der eigenen, großen Familie -, die ihm bei der Verwirklichung des umfangreichen Werkes unverzichtbare Dienste geleistet hatten: an Hermann Schmid, Wolfgang Ott (Heimatverein Weißenhorn), Marlies und Reinhold Schenk, Susanne Angerer, Elfriede und Wolfgang Angerer und an Rosemarie Franke. **wkl**

Anlagen und Systemlösungen für Regenwasser und Abwasser	malj umweltsysteme
	■ Regenwasserbewirtschaftung ■ Abscheidetechnik ■ Nutzwasser-technik ■ Kläretechnik ■ Pumpen- und Anlagenbau ■ Verkehrstechnik ■ Friedhofsysteme
Telefon 07 71/ 80 05-0 www.mall.info	

Bamberg OB Lauer zieht Leistungsbilanz:

„Stolz auf das Erreichte“

In seiner letzten Bürgerversammlung hat Bamberg Oberbürgermeister Herbert Lauer eine vorläufige Bilanz seiner zwölf Jahre währenden Amtszeit gezogen. In einer gemeinsamen Anstrengung von Bürgerschaft, Bamberger Wirtschaft, Oberbürgermeister, Stadtrat, Stadtverwaltung und Städtische Gesellschaften seien beachtliche Fortschritte bei der Erhaltung und Verbesserung der Infrastruktur und der Lebensqualität in Bamberg erzielt worden. Vor dem Hintergrund der andauernden Finanzkrise der Kommunen könne man „mit Stolz auf das Erreichte und zugleich optimistisch nach vorne blicken“, betonte der Rathauschef.

Neben der gesamten Bandbreite städtischer Aufgaben wurde eine eindrucksvolle Leistungsbilanz präsentiert. Einsparungen im Bereich der Verwaltung und eine Reihe von Strukturverbesserungen führten auch zu einem Abbau der Schulden. Dennoch konnten die Leistungen für die Bürger zu vergleichsweise günstigen Bedingungen auf hohem Niveau gehalten werden. So wurde der Schuldenstand von 75,4 auf 37,9 Mio. Euro und der jährliche Schuldendienst von 11,5 auf 5,0 Mio. Euro reduziert.

Wachstumslokomotive

Trotz der Sparbemühungen weist der Haushaltsplan 2006 Lauer zufolge ein Investitionsvolumen von fast 20 Mio. Euro bzw. für den Gesamtkonzern Stadt von 66,9 Mio. Euro auf. Insgesamt flossen im Berichtszeitraum 986,3 Mio. Euro durch die Stadt Bamberg und ihre Töchter zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Entwicklung der Stadt. „Bamberg ist zweifelsfrei die Wachstumslokomotive Oberfrankens“, betonte Lauer, was sich seiner Ansicht nach an der Spitzenposition hinsichtlich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftig-

ten nachdrücklich belegen lässt: Arbeitslosenquote durchwegs unter dem Bundesdurchschnitt, insgesamt steigende Arbeitnehmerzahlen und Ausgleich des Rückganges im produzierenden Gewerbe durch Zuwächse im Dienstleistungs- und High-Tech-Bereich.

Blick in die Zukunft

Vorgestellt wurden zahlreiche Maßnahmen und Beispiele für eine erfolgreiche Stadtpolitik, ohne allerdings den Blick in die Zukunft zu vergessen: Ob Landesgartenschau 2012, Neugestaltung von Bahnhofvorplatz, Bahnsteigtunnel zur Brennerstraße, Neubebauung des Witt-Geländes am Luitpoldeck oder die Reduzierung der Verwaltungsstandorte - diese Projekte stehen laut Lauer exemplarisch für die Herausforderungen, die unter einer neuen Rathausführung zu bewältigen sind.

Aussprache

Umfassend war auch das inhaltliche Spektrum der nachfolgenden Aussprache: Von der Forderung nach weiteren Maßnahmen zur Reduzierung der Verkehrs- und Feinstaubbelastung in der Peuntstraße, der

weiteren Vorgehensweise im Zusammenhang mit Ausbauplänen der verschiedenen Mobilfunk-Netzbetreiber, dem „richtigen“ Zeitpunkt zur Sperrung



Von links: Markus Ferber, Josef Klein, Dirk Jarré, Dr. Ingo Friedrich. Bild: Claudia Lehner

Preis der Europäischen Bürgerschaft für Josef Klein

Josef Klein, ehemaliger Bezirks-, Kreis- und Stadtrat aus Bad Windsheim und Ehrenvorsitzender der CSU im Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim wurde für sein kontinuierliches Engagement im Sinne der europäischen Einigung mit dem Preis der Europäischen Bürgerschaft ausgezeichnet. Seit mehr als drei Jahrzehnten setzt sich Josef Klein für die Völkerverständigung ein und hat zahlreiche Städte und Regionalpartnerschaften mit auf den Weg gebracht.

Als beispielhaft gilt die ausgesprochen erfolgreiche Zusammenarbeit Mittelfrankens mit dem französischen Limousin oder dem polnischen Pomorski. Jurymitglied Dirk Jarré hob bei der Preisübergabe im Europäischen Parlament Kleins „außergewöhnlichen und unermüdlichen Einsatz“ hervor.

Würdigung der Leistung

Für Dr. Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und stellvertretender CSU-Vorsitzender, ist Josef Klein „genau der Richtige“ für diesen Preis. Beinahe sein ganzes Leben habe sich der inzwischen 78-Jährige für Europa

der Sandstraße für den Autoverkehr, der Bedienungsqualität der Stadtbusse, der Öffnungszeiten der öffentlichen Toilettenanlagen oder Möglichkeiten, die Verschmutzung durch Hundekot in den Griff zu bekommen - reichlich Arbeit für die Verwaltung und die politischen Gremien. DK

eingesetzt. Auch Markus Ferber, Vorsitzender der CSU-Europagruppe, würdigte die stete Arbeit Josef Kleins.

Der Preis der europäischen Bürgerschaft wurde 2004 von der französischen „Vereinigung der Europa-Häuser“ ins Leben gerufen und steht u. a. auch unter der Patenschaft des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission. Die Jury setzt sich aus Vertretern europäischer Institutionen zusammen.

Mit Josef Klein erhielt erstmals ein Deutscher diese hohe Auszeichnung. Dieser bedankte sich mit den Worten. „Es lebe die deutsch-französische Freundschaft, es lebe Europa.“ pm

40 Jahre „würzburg heute“:

Neuestes Heft erschienen

40 Jahre wird die Stadtzeitschrift „würzburg heute“ alt, eine Dokumentation wichtiger Themen des kulturellen und wirtschaftlichen Geschehens in Stadt und Region. Soeben erschien mit dem neuesten Heft die nunmehr 80. Ausgabe dieser Kulturzeitschrift, die von Stadt, Universität, IHK und Handwerkskammer gemeinsam herausgegeben wird und im Echter-Verlag erscheint.

Im Schwerpunktthema „Wohin geht die Entwicklung Würzburgs“ zeigt das neue Heft Entwicklungsperspektiven der Stadt auf. Die Beiträge machen zugleich deutlich, dass diese Thematik komplexer und weitreichender ist, als viele aktuelle Debatten erkennen lassen.

„würzburg heute“ wird kostenlos abgegeben. Es liegt an zahlreichen Stellen in der Stadt aus und ist u. a. erhältlich im Echter Verlag, im Fachbereich Kultur im Rathaus sowie in der Tourist-Info im Falkenhaus (solange der Vorrat reicht).

Zu den Entwicklungsperspektiven der Stadt äußern sich mit Oberbürgermeisterin Beckmann, Stadtkämmerer Schreiber oder WVV-Direktor Wolf zahlreiche weitere Vertreter der Wirtschaft, Kultur und anderer wichtiger Lebensbereiche. „würzburg heute“ will damit den Leserinnen und Lesern die Möglichkeit geben, sich über die in der Stadt vorhandene Zukunftskompetenz ins Bild zu setzen.

Die Rubrik „Geschichte“ enthält Berichte über die Einwei-

hung des Kiliansbrunnens am 8. Juli 1895, das Würzburger KZ-Außenlager, die Fremdarbeiter während des Krieges, das neue Denkmal zur NS-Verfolgung der Sinti sowie über das 200jährige Bestehen der Universitäts-Frauenklinik. Da auch die Kultur in Überlegungen zur Stadtentwicklung einbezogen sein muss, wird beispielhaft der Kulturspeicher als Faktor für die Zukunftsentwicklung der Stadt behandelt. Das „Werkstattgespräch“ porträtiert Veronika Diefenbacher, die 30 Jahre lang als vielgefeierte Sopranistin am Stadttheater wirkte.

Geänderter Inhalt

Aus Anlass des Jubiläums der Zeitschrift gibt es statt der sonst üblichen Chroniken von Stadt, Universität, IHK und Handwerkskammer diesmal einen Rückblick auf die Geschichte der Zeitschrift, auf ihre Entwicklung und auf besondere Themen aus den zurückliegenden 40 Jahren. Die fränkische Bücherchronik stellt aktuelle Neuerscheinungen vor. □

Landkreis Passau:

Seniorenwegweiser neu aufgelegt

Nachdem auch die zweite Auflage des Seniorenwegweisers innerhalb kurzer Zeit den Weg in eine Vielzahl von Haushalten gefunden hat, präsentiert das Landratsamt Passau eine weitere Auflage in gründlich überarbeiteter und aktualisierter Version.

Die ältere Generation nimmt eine zunehmend wichtigere Rolle in unserer Gesellschaft ein. Durch den demographischen Wandel ist der Anteil von Seniorinnen und Senioren so hoch wie nie zuvor. Rund 30.000 Menschen im Landkreis Passau sind 65 Jahre und älter. Der Frauenanteil liegt bei rund 60 Prozent. An diesen Personenkreis und seine Angehörigen wendet sich die Broschüre.

Elf Kapitel, 68 Seiten

In 11 Kapiteln stellt der 68 Seiten umfassende und in leicht lesbarer Form gehaltene Wegweiser alles Wissenswerte für die älteren Mitbürger dar.

Angebotspalette

Insbesondere wird detailliert über die gesamte Angebotspalette abgestufter Hilfen bis hin zur Pflege informiert. Dabei werden auch die dazugehörigen geeigneten Ansprechpartner wie Behörden, Einrichtungen, Dienste der Altenhilfe, Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen genannt. In der Broschüre finden auch Hinweise zur rechtzeitigen Vorsorge für das Alter Platz. Auch das Thema Tod bzw. Sterben wird nicht ausgespart. „Wenn der Weg zu Ende geht“, so der Titel des Kapitels, gilt es meist unzählige Dinge und Formalitäten zu beachten und zu regeln.

Orientierungshilfe

Das Druckwerk ist als Orientierungshilfe für ältere Menschen gedacht. Deshalb sollen auch möglichst umfassend die vielfältigen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, der Kontaktaufnahme und der Inanspruchnahme von Bildungsangeboten dargestellt werden. „Der Leitfaden soll anregen, sich weiterhin am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und aufzeigen, wie man mit individuellen und be-

Energiewende Oberland:

Neue Stiftung in Wolfratshausen

Seit Ende 2005 ist die Energiewende Oberland Bürgerstiftung für Erneuerbare Energien und Energieeinsparung mit Sitz in Wolfratshausen als rechtsfähige öffentliche Stiftung des bürgerlichen Rechts staatlich anerkannt.

Dank für Engagement

Regierungspräsident Christoph Hillenbrand überreichte Stiftungsvorsitzendem Karlheinz Rauh im Rahmen einer Feierstunde die entsprechende Urkunde und dankte für das Engagement der Stiftung. Ihr Zweck ist es, durch Förderung und Initiierung von Vorhaben und Maßnahmen den Energiebedarf und die Energieerzeugung so zu gestalten, dass die natürlichen Lebensgrundlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen im Sinne der Nachhaltigkeit geschützt, erhalten und wenn nötig wieder hergestellt werden.

Im Besonderen sollen sich die Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach in 30 Jahren mit regional erzeugter Energie selbst versorgen können. DK

darfsgerechten Hilfen solange als möglich selbständig und selbstbestimmt leben kann“, so Landrat Hanns Dorfner bei der Vorstellung der neuen Auflage des Wegweisers.

Auflage 6.000 Stück

Der neue Seniorenwegweiser hat eine Auflage von 6.000 Stück und wird in Kürze an alle Gemeinden und Pfarreien ausgeliefert.

Der Wegweiser liegt im Landratsamt Passau und in allen Außenstellen zur kostenlosen Mitnahme bereit. Nähere Informationen gibt es beim Landratsamt Passau, Sozialverwaltung, Regensburgstr. 33, 94036 Passau, Tel.: 0851/397-546, Fax.: 0851/397-502, und unter www.sen-info.de. □

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Entwicklung und Strategie des Münchner Airports

Im Rahmen einer Sitzung des Nachbarschaftsbeirates Flughafen München hat der Vorsitzende der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH (FMG), Dr. Michael Kerkloh, das Verkehrskonzept und die strategische Ausrichtung des Münchner Airports erläutert.

Kerkloh ging auf die exportorientierte bayerische Wirtschaft ein und stellte dar, welchen Vorteil die Nähe eines leistungsstarken Verkehrsflughafens mit einem dichten internationalen Streckennetz im globalen Wettbewerb von Märkten und Metropolen hat. Die FMG habe es sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2010 der attraktivste und effizienteste Drehkreuzflughafen Europas zu werden. Dabei würden unterschiedliche Verkehrsstrukturen entwickelt.

Dichtes Streckennetz

Während im Terminal 1 vor allem Punkt zu Punkt-Verkehr abgewickelt würden, dominiere im Terminal 2, in dem die Deutsche Lufthansa und ihre Star-Alliance-Partner beheimatet seien, der sogenannte Drehkreuzverkehr mit einem Umsteigeranteil von 47 Prozent. Aufgrund der hohen Zahl von Umsteigepassagieren aus dem In- und Ausland könne dort ein dichtes Netz von Europa- und Interkontinentalstrecken angeboten werden, die ohne diese Umsteiger wirtschaftlich nicht tragfähig seien.

Nachholbedarf

Nachholbedarf bestehe jedoch im Bereich des Langstreckenverkehrs. Der weitere bedarfsgerechte Ausbau des Münchner Flughafens durch den Bau einer dritten Start-

und Landebahn biete die große Chance, diese Lücke weiter zu schließen.

Die positive Entwicklung des Münchner Flughafens und die Etablierung einer funktionierenden Luftverkehrsdrehkreuzscheibe habe im großen Stil für Beschäftigungseffekte gesorgt, bemerkte Kerkloh. So seien zwischen 1994 und 2004 über 10.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Die Anzahl der Beschäftigten allein am Flughafen werde sich in den kommenden zehn Jahren unter der Voraussetzung einer zeitgerechten Bereitstellung der notwendigen Kapazitäten von derzeit circa 23.000 auf 40.000 Mitarbeiter erhöhen.

Das Umland profitiert

Von den Impulsen eines prosperierenden Münchner Flughafens profitiere das Umland in vielfältiger Weise. Neben einem weiteren Wachstum an Arbeits- und Ausbildungsplätzen sei hier die Kaufkraft der Flughafenbeschäftigten, die Auftragsvergaben der am Flughafen ansässigen Unternehmen sowie Steuereinnahmen und Firmenansiedlungen zu nennen. Vor diesem Hintergrund sei eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, in der Konflikte nicht ausgeblendet, sondern offen - wie im Nachbarschaftsbeirat - ausgetragen würden, das beste Rezept für eine gemeinsame Gestaltung der Zukunft. DK



Sie durchschnitten das Band im neuen CariMARKT: Landrat Dr. Hubert Faltermeier, Verkaufsleiterin Roswitha Feldbauer, Caritas-Kreisvorsitzender Josef Stadler, Bürgermeister Fritz Matthes und Caritas-Geschäftsführer Hubert König. Foto: Bauer

„Integration durch Arbeit für psychisch kranke Menschen“

In Kelheim bietet die CARIDA gGmbH Beschäftigungsmöglichkeiten für Benachteiligte

Kelheim. Die Nächstenliebe ist bekanntlich einer der Grundpfeiler christlichen Handels. In der katholischen Kirche steht besonders die Caritas dafür, dass in Aktionen und Projekten hilfsbedürftigen und benachteiligten Menschen unter die Arme gegriffen wird. Im niederbayerischen Landkreis Kelheim unterhält die Caritas seit längerer Zeit mehrere Projekte, um arbeitslosen sowie behinderten Menschen einen Zuverdienst zu ermöglichen.

Im Juli 2005 gründeten die Christliche Arbeiterhilfe (CAH) und die Caritas Kelheim die CARIDA (Caritas - Integration durch Arbeit) Kelheim gGmbH als gemeinsamen Rechtsträger für diverse Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte, in denen arbeitslose und benachteiligte Menschen im Landkreis Kelheim Arbeit finden können.

Qualifizierungsmodule

Die CAH betreibt in Kelheim eine Jugendwerkstätte und einen Möbelhof. „Ziel ist die langfristige berufliche und gesellschaftliche Integration benachteiligter junger Menschen, das Erlernen von Schlüsselqualifikationen und einer realistischen Selbsteinschätzung sowie die Berufsorientierung über angemessene Qualifizierung nach dem Grundsatz „Fördern und Fordern“, heißt es im Flyer der CAH. Zielgruppe sind lern- und leistungsschwache Jugendliche mit weit unterdurchschnittlicher oder nicht abgeschlossener Schulbildung, mit schwierigen Familienverhältnissen, mit keiner oder abgebrochener Ausbildung, mit psychosozialen, Lernbedingten oder gesundheitlichen Problemen, die bei der Eingliederung an der ersten Schwelle in den Arbeitsmarkt Schwierigkeiten haben, Fuß zu fassen. In den Bereichen Holz, Metall, Farbe, Landschaftspflege/Gartenbau, EDV, Bewerbungseminaren, Schlüsselqualifikationsseminaren bzw. -tagen werden sie ausgebildet und erhalten ihre Qualifikationen durch mehrwöchige interne Qualifizierungsmodule, durch mehrwöchige externe Praktika, intensive Zusammenarbeit mit der freien Wirtschaft und natürlich mittels Lernen durch praktisches Tun am Arbeitsplatz.

Zuverdienstprojekte

Bei der Caritas angesiedelt ist das Zuverdienstprojekt INTEGRA, das bereits im Juli 2001 gegründet wurde. „Integration durch Arbeit“ heißt das übergeordnete Ziel dieses Projektes, in dem vor allem Menschen arbeiten, die von Depressionen oder anderen psychischen Erkrankungen betroffen sind. Darüber hinaus finden Menschen Beschäftigung, die aufgrund ihrer individuellen Lebenssituation keine Chance auf dem regulären Ar-

beitsmarkt haben, wie beispielsweise allein erziehende, ehemals suchtkranke oder chronisch kranke Menschen.

House-and-Home-Service

Unter dem INTEGRA-Dach werden verschiedene Dienstleistungen angeboten: House-and-Home-Service (Gartenpflege, Winterdienst, Hausmeisterservice, Reinigungsarbeiten, Umzugsservice), Büroservice (Adressieren, Kuvertieren, Versand, Schreifarbeiten, Adressverwaltung, Kopieren), Industrieservice (Montage, Verpackung, Sortierung, Etikettierung) und eine eigene Wäscherei (Waschen, Trocknen, Bügeln und Mangeln von Wäsche aus dem privaten und geschäftlichen Bereich). Ferner betreiben die INTEGRA-Mitarbeiter die so genannte „Schatztruhe“, den Kelheimer Caritasladen, in dem es Second-Hand-Bücher, handgefertigte Keramik, kreative Geschenkideen, Postkarten und Kalender, Tee, Eine-Welt-Waren sowie Wellness-Artikel zu kaufen gibt.

In die Gesellschaft integrieren

„Wir wollen mit dem Projekt psychisch kranke und behinderte Menschen durch Arbeit auf Basis der geringfügigen Beschäftigung (bis zu 15 Stunden wöchentlich und 400 Euro monatlich) in die Arbeitswelt und damit in die Gesellschaft integrieren“, erläutert Diplom-Sozialpädagogin Tina Rosenhammer, die zusammen mit Helmut Schuster das Projekt betreut. Besonders hebt sie den Service-Gedanken und die Flexibilität hervor, was auch durch die Vielfalt in der Ausbildung und die Erfahrungen der Mitarbeiter gewährleistet wird. So wurden beispielsweise der Transport einer Kunstausstellung oder die Sortierung von über zwei Tonnen Restmünzen im Zuge der Euro-Umstellung durch INTEGRA möglich.

Flexibel einteilen können sich die Mitarbeiter natürlich ihre Arbeitszeit, was bei einem Pool von etwa 30 registrierten Mitarbeitern kein Problem ist. Für die Projektleiterin zeigt sich nach vier Jahren die Erfahrung, dass sich die Mitarbeiter durch die Anforderungen des Arbeitsalltags weiterentwickelten. Eine

längerfristige Beschäftigung bei INTEGRA stabilisiere viele Lebensbereiche, hole psychisch kranke Menschen zugleich aus der Isolation und stärke das Selbstvertrauen sowie die soziale Kompetenz, bekräftigt Tina Rosenhammer.

Neuer Supermarkt

Das neueste Projekt in diesem Feld ist der am Nikolaustag eröffnete CariMARKT, mit dem auch eine Lücke, nämlich ein Supermarkt in der Stadtmitte Kelheims, geschlossen wurde. Hier finden acht Menschen, sieben davon schwerbehindert, einen Arbeitsplatz.

Drei wesentliche Ziele nannte Josef Stadler, der Kreisvorsitzende des Caritas-Verbandes und Vorsitzender des Aufsichtsrates, für den neuen Supermarkt: Eine sinnvolle Tätigkeit und ein selbstbestimmtes Leben für die beschäftigten Arbeitnehmer. Die Versorgung der Kelheimer mit Lebensmitteln. Und natürlich auch die Gewinnerzielung für die gemeinschaftlichen Zwecke. „Die Geschäftswelt steckt hinter der Idee und unterstützt diese“, freute sich Stadler. „Auch psychisch kranke Menschen sind unter bestimmten Rahmenbedingungen sehr leistungsfähig“, nannte Caritas-Geschäftsführer Hubert König ein wichtiges Motiv für die Gründung des Marktes, der auf ein Potenzial von ungefähr 1.500 Kunden bauen könne. Eine kostengünstige Übernahme des früheren Netto-Marktes, eine preiswerte Miete und vor allem Bürgerdarlehen in Höhe von 30.000 Euro hätten die Startphase erleichtert, so der Geschäftsführer, der die Gesamtinvestitionen auf 120.000 Euro bezifferte.

Als Lebensmittel- bzw. Supermarkt „von Menschen für Menschen“ charakterisierte Projektleiterin Tina Rosenhammer den neuen Laden. „Uns ist bewusst, dass der Lebensmittelladen kritisch beäugt wird. Doch unsere Leute sind sehr leistungsfähig und wollen diese Leistungsfähigkeit auch unter Beweis stellen“, räumte sie alle Zweifel beiseite. Mit der Verkaufsleiterin und dem Heilerziehungspfleger hat sie zwei Mitarbeiter mit langjähriger Erfahrung im Team. Für Rosenhammer sind besonders der Wohlfühlaspekt, der Service und die Kommunikationsmöglichkeiten wichtig. Besondere Senioren- und Familienfreundlichkeit wird durch breite Gänge, größere Preisschilder oder Lupen im neuen Lebensmittelladen gewährleistet.

Markus Bauer

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Der Frost hat uns mit seiner eiskalten Klaue fest im Griff. Wer mir als Nächster über die Erderwärmung vorjammert, dem zieh ich eins mit einer Eisplatte über.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kam mit roter Nase und blau gefrorenen Ohren zurück ins Büro. Er hatte gerade mit Redakteuren der „Meckerecke“ unserer Lokalzeitung einige Straßen besucht, die der Winterdienst noch nicht vom Eise befreien konnte.

Der Winter kommt ja bekanntlich jedes Jahr überraschend übers Land und es ist immer noch für viele Zeitgenossen erstaunlich, dass im Zuge der absinkenden Temperaturen mit Schneefall und Eisglätte zu rechnen ist. Jedes Jahr interviewt das Fernsehen Autofahrer, die Ende November mit Sommerreifen auf glatten Straßen liegen bleiben und trauernd beteuern, so früh noch nicht mit Schnee gerechnet zu haben.

Der Frost hat uns mit seiner eiskalten Klaue fest im Griff

Und alle Jahre wieder tun die Räummannschaften des Bauhofs ihr Bestes und rücken beim ersten Schnee vor 5 Uhr morgens aus um Straßen, Geh- und Radwege zu räumen und zu streuen. Kaum vorstellbar jedoch, dass man es den Bürgerinnen und Bürgern in einer Stadt wie der unseren mal Recht machen könnte.

Früher haben Protestbriefe die Rathausbriefkästen verstopft, in denen umweltbewusste und Natur schützende Besorgnisausdrücke unter Beschworung apokalyptischer Szenarien elend zugrunde gehender Alleebäume gefordert haben, das Streusalz kategorisch aus dem Arsenal des Winterdienstes zu entfernen. Jetzt, da nur noch die Haupt- und Durchgangsstraßen sparsam mit Salz behandelt und alle anderen gesplittet werden, habe ich die ersten Bürgerbriefe auf dem Tisch, die sich wegen der Feinstaubentwicklung bei der Splittausbringung sorgen. Fragen Sie nicht, was für saufteuzenprohe Kommentare der Chef darauf geschrieben hat.

Meist beklagen sich die Leute darüber, dass



die Nebenstraßen erst schneeglatt und dann wahlweise eisig oder matschig sind. Wenn sie mit der Räumqualität zufrieden sind, wird moniert, dass sich auf den Laternenparkplätzen oder in den Baumgräben die Schneehaufen türmen. Als ob die Bauhofarbeiter in der Lage wären, physikalische Gesetze außer Kraft zu setzen und den Schnee zu dematerialisieren.

Zugegeben: Unter den Winterdienstlern gibt's Bären, die zulangen bis kein Auge mehr trocken ist und Bequemere, die zugunsten einer Leberkäsammel auch gerne zuschauen, wie der Parkplatz vom Krankenhaus schön langsam zuschneit - die Menschen sind eben verschieden. Und bei allem Verständnis für ältere Leute, die eh nicht gut zu Fuß sind und sich jetzt weniger aus dem Haus trauen oder für Geschlechtsgenossinnen, die lieber elegante als grobbesohlte Stiefel tragen: Es ist halt Winter mit allen damit verbundenen Risiken und Nebenwirkungen! Manchmal wünscht man sich auch bei uns Erwachsenen etwas von der Leichtigkeit der Kinder, die sich über den Schnee freuen und nicht aus jeder Eisplatte eine Staatsaffäre machen.

Mein Chef, der Bürgermeister, legt größten Wert auf einen guten Winterdienst, aber die Quadratur des Kreises schafft auch er nicht. Besonders heuer, da massenweise Schnee um Weihnachten und zwischen den Jahren fiel und dann sofort sibirische Temperaturen einsetzten, die alles zu dickem Eis gefrieren ließen. Da sind halt leider viel mehr Straßen länger vereist als uns allen lieb ist. Aber der Bürgermeister geht trotzdem jeder Schneeräumbeschwerde nach und nimmt die Leute ernst, die sich mit Klagen an ihn oder die Zeitung wenden. Er denkt an die Mahnung des Philosophen Ernst Hauschka, die heute auf dem Kalenderblatt steht: „Bei sorgsamer Pflege kann aus einer kleinen Unzufriedenheit mit der Zeit eine stattliche Verdrossenheit werden“.

Ihre Sabriul

Energieversorgung verpachtet

Thalmässing und N-ERGIE unterzeichneten 15-jährigen Pachtvertrag über Stromversorgung

Zum Jahresende beschlossen die Marktgemeinderäte von Thalmässing den Vertrag über die Verpachtung der gemeindlichen Stromversorgung an den regionalen Energieversorger die N-ERGIE Aktiengesellschaft. Thalmässings Bürgermeister Ernst Schuster sowie N-ERGIE Vorstandsmitglied Dirk Fieml und Peter Saam, Leiter Vertrieb Kommunale Kunden, unterzeichneten den Pachtvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren. N-ERGIE versorgt ab diesem Zeitpunkt neben den übrigen Orten in der Marktgemeinde auch Thalmässing, Eckmannshofen und Heimmühle.

Die Gemeinde entschloss sich zu diesem Pachtvertrag, da sie in absehbarer Zukunft neben einer personellen Aufstockung umfangreiche Investitionen, wie z. B. in Datenverarbeitungssysteme, hätte tätigen müssen, um die Anforderungen des neuen Energierechts zu erfüllen.

Das zunehmende wirtschaftliche Risiko aus dem Wettbewerb geschehen am Energiemarkt wird durch die Verpachtung der Stromversorgung auf die N-ERGIE verlagert. Die Kommune hat dadurch den Vorteil und die

die Stromversorgung verbunden gewesen. Mit der N-ERGIE Aktiengesellschaft haben wir einen fairen und vertrauensvollen Partner gefunden. Mit dem erforderlichen Know-how sowie der personellen und materiellen Ausstattung sorgt N-ERGIE in den nächsten 15 Jahren für eine sichere und zuverlässige Stromversorgung in Thalmässing.“

N-ERGIE Vorstandsmitglied Dirk Fieml betonte: „Gerade vor dem Hintergrund des Energiewirtschaftsgesetzes vom 13. Juli 2005 und seinen vielen Vorga-

ben für Gemeindewerke und Energieversorgungsunternehmen hat der Marktgemeinderat Thalmässing eine wichtige Entscheidung für die Kommune getroffen. Es zwingt kleinere kommunale Werke aber auch regionale Energieversorgungsunternehmen zu großen Investitionen im EDV-Bereich sowie zu Umstrukturierungen und Änderung der Arbeitsprozesse.“ Nach der Liberalisierung des Strommarktes 1998 wurden in den Unternehmen die Prozesse optimiert und Synergien geschaffen. „Mit dem neuen Energiewirtschaftsgesetz werden diese auseinander gebrochen, gehen verloren und es entstehen zusätzliche Kosten“, so Fieml weiter. „Thalmässing hat die Weichen für die Zukunft gestellt. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger von Thalmässing weiterhin zuverlässig mit Strom versorgen.“ □



Vertragsunterzeichnung in Thalmässing. Unser Bild zeigt v. l.: Peter Saam, Leiter Vertrieb kommunale Kunden und Dirk Fieml, Vorstandsmitglied bei der N-ERGIE Aktiengesellschaft, sowie Ernst Schuster, Erster Bürgermeister Thalmässing. □

Niederbayerische Jugendvertretung:

Lob für Zusammenarbeit mit Bezirkstag von Niederbayern

In einer sehr harmonisch verlaufenen Jahresabschlussitzung des Jugend- und Sportausschusses zeigte sich Claudia Schön, die Vorsitzende des Bezirksjugendringes, rückblickend sehr zufrieden mit der Förderung der Jugendarbeit durch den Bezirk Niederbayern. „Die Niederbayerische Jugendvertretung hat sehr viel Verständnis für ihre Anliegen erfahren, so dass im abgelaufenen Jahr letztlich keine Wünsche offen geblieben sind.“ Aufgrund der guten und konstruktiven Zusammenarbeit mit der Bezirkshauptverwaltung konnten eventuelle Zweifelsfragen oftmals schon vorweg geklärt werden, was wiederum zu einer stets sachlichen Erörterung der Themen im politischen Gremium beigetragen habe.

Große Hoffnungen verbanden die anwesenden Repräsentanten des Bezirksjugendringes mit der Fortführung der Medienfachberatung über den 15.10.2006 hinaus. Ohne den für Sommer geplanten Beratungen im Bezirkstag von Niederbayern vorzugreifen, war es nämlich bereits möglich, die Finanzierung des lediglich auf die Dauer von drei Jahren genehmigten Projektes bis zum Ende dieses Jahres finanziell abzusichern.

Medienfachberatung

Hier kommt den Entscheidungsträgern der Umstand entgegen, dass die IT-Ausstattung der Jugendorganisationen im Zuge der hauptamtlichen Medienfachberatung optimiert werden konnte. Claudia Schön verwies in diesem Zusammenhang auf einen einstimmigen Beschluss des Bezirksjugendringes vom 12. November 2005, wonach beim Bezirk Niederbayern die Weiterführung der bislang befristeten Stelle zu be-

antragen sei: „Vielfach wird uns rückgemeldet, dass eine qualifizierte Medienfachberatung in Niederbayern mittlerweile unverzichtbar geworden ist. Die Angebote reichen dabei von aktiver Medienarbeit mit Kindern und Jugendlichen (Video, Audio, Multimedia) bis hin zu Informationsveranstaltungen für Eltern, Pädagogen und andere Interessierte, die während der bisherigen Projektdauer in ganz Niederbayern stattgefunden haben.“

Zeitgemäße Methode

Dabei ging es Claudia Schön nicht nur darum, auf das ständig gestiegene Angebot zu verweisen, sondern vor allem auch darum, dass es dabei neben Spiel und Spaß, auch um die spielerische Vermittlung von medienpädagogischen Kompetenzen geht; also ein Thema, das bereits im gemeinsamen Kinder- und Jugendprogramm als Schwerpunkt beschrieben wurde. Darüber hinaus sei der

Zugang zu den neuen Medien eine zeitgemäße Methode, um verschiedene Themenbereiche aus der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen zu behandeln, Probleme zu benennen und Lösungsstrategien gemeinsam zu erarbeiten.

Einig waren sich alle Sitzungsteilnehmer in der hervorragenden Beurteilung der erfolgreichen Tätigkeit von Beate Heindl, die seit über zwei Jahren als niederbayerische Medienfachberaterin wirkt.

Ausgabenposten

Nach eingehender Erörterung des Finanzbedarfs für die Arbeit des Bezirksjugendringes im Jahr 2006 empfahl der Jugend- und Sportausschuss unter dem Vorsitz von Bezirkstagsvizepräsident Anton Jahrstorfer insgesamt 156.457 Euro zu veranschlagen. Neben den anteiligen Personalkosten von rund 92.000 Euro und Sachkosten von rund 33.000 Euro für die Geschäftsstelle sind als wesentliche Posten die Ausgaben für eigene Veranstaltungen mit 8.500 Euro und die Medienfachberatung mit 17.900 Euro zu nennen. Außerdem wurde ein Betrag von 3.500 Euro zur Intensivierung der deutsch-tschechischen Begegnungen, dem Aufbau von Kontakten und der Förderung von Austauschmaßnahmen vorgesehen.

Ohne Vorbehalt ergingen zu verschiedenen Zuschussanträgen aus dem Jahr 2005 noch nachträglich jeweils einstimmige Förderbeschlüsse: Das Gemeindejugendwerk Bayern erhält im Rahmen der Grundförderung für seine niederbayerischen Mitglieder 725 Euro und für die Medienausstattung von Jugendorganisationen sowie Förderung von Anschaffungen

aus Mitteln des Bezirkstages von Niederbayern wurden nochmals 3.350 Euro gewährt. Weitere 2.000 Euro gehen an den BLSV-Bereichsverband Niederbayern zur Durchführung von Lehrgängen, Weiterbildungsmaßnahmen, Tagungen und Veranstaltungen sowie 1.100 Euro an den Zucht- und Trabrennverein Straubing 1873 e.V. zur Deckung des entstandenen Defizits anlässlich der Europameisterschaft der Trabrenn-Lehrlingsfahrer im September 2005.

Pflichtaufgaben

Ferner wurden dem Bezirksverband Niederbayern des Behinderten- und Versehrtenverbandes Bayern e.V. für das Jahr 2006 jeweils 2.500 Euro für Sachaufwendungen und 2.500 Euro für Sportveranstaltungen bewilligt. Auch die am 02.04.2006 in Bodenmais stattfindende Ehrenveranstaltung „Sportler des Jahres in Niederbayern“ wird mit einem Zuschuss von 2.000 Euro bedacht.

Die Förderung der Jugendarbeit zur Sicherung eines bedarfsgerechten Angebotes, die die Mitglieder des Jugend- und Sportausschusses in Zusammenarbeit mit dem Bezirksjugendring in entsprechenden Richtlinien geregelt haben, gehört zu den Pflichtaufgaben der Bezirke.

Herausragende Kriterien

Als wichtigste Kriterien sind neben der Grundförderung der Jugendverbände vor allem Projektmaßnahmen und Modelle sowie Veranstaltungen der internationalen Jugendbegegnung und Jugendkulturarbeit zu nennen. Außerdem ist im Wege der so genannten Ebenenfinanzierung eine weitreichende Unterstützung durch anerkannte freie Träger der Jugendarbeit zu nennen, wobei die Lage von Kindern und Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen verbessert und ihre aktuelle Situation aufgezeigt werden soll. -en



Regierungsdirektor Bernhard Hülsmann, Regierung der Oberpfalz (l.) mit Regierungsdirektor Lutz Hauschild, Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz.

VHBB Oberpfalz wählt neuen Vorsitzenden

Der Oberpfälzer Bezirksverband des VHBB (Verband der höheren Verwaltungsbeamten in Bayern e.V.) wählte jüngst Regierungsdirektor Bernhard Hülsmann zu seinem neuen Vorsitzenden. Hülsmann leitet bei der Regierung der Oberpfalz das Sachgebiet „Rechtsfragen der Umwelt“ und ist damit für immissionsschutz-, wasser- und abfallrechtliche Projekte in der Oberpfalz zuständig.

In seinen Antrittsworten dankte er dem aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl antretenden bisherigen Vorsitzenden, Regierungsdirektor Lutz Hauschild vom Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz, und erläuterte die geplanten Neuregelungen des Berufsrechts für den öffentlichen Dienst.

Signale und Gefahren

Dabei verwies Bernhard Hülsmann „neben den positiven Signalen einer leistungsorientierten Bezahlung“ auch auf deren mögliche Gefahren für die unparteiische und neutrale Aufgabenerledigung durch die unabhängigen und nur an Recht und Gesetz gebundenen öffentlichen Bediensteten. Öffentliche Dienstleistungen, etwa für be-

sonders zahlungskräftige Antragsteller, dürften nicht über den Umweg der Vergabe von Leistungsstufen bevorzugt werden. Auch befürchtet der neue Vorsitzende, dass die Politik über die Leistungsbewertung einen stärkeren Einfluß auf einen neutralen Gesetzesvollzug nehmen könnte.“

Wahl des Vorstandes

Die Mitgliederversammlung im klassizistischen Spiegelsaal der Regierung der Oberpfalz wählte zudem den neuen fünfköpfigen Vorstand und neun Delegierte, die im Verhältnis der Mitgliederzahlen die nicht-technischen, technischen und forstlichen Fachbereiche für eine Amtszeit von jeweils vier Jahren repräsentieren.

Vorschau auf GZ 3

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 3, die am 2. Februar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Baupolitik
- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- Kommunalfahrzeuge

LIEFERANTEN-

GZ

NACHWEIS

Absperreffposten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperreffposten
- Sitzbänke u.a.

Möblierung für Aussen

Max-Eyth-Straße 31/1 • 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 • Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnenmasten/Fahnen

Beutelsbacher Fahnenwelt
Inh. Bernd Knödler
Heinkelstraße 44
71384 WEINSTADT
Tel. 07151-995160
Fax 07151-995166
info@beutelsbacher-fahnenwelt.de
www.beutelsbacher-fahnenwelt.de

Fahrradabstellanlagen



Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH • 97078 Würzburg
☎ 0931/29903-0 • Fax 0931/29903-15
e-Mail: funeralia@t-online.de • www.funeralia.de

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende



SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07672 / 412-0 • Fax 07672 / 412230

Papierkörbe



der Umwelt
zuliebe

EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
(0) 44 31/93 55 49 • Telefax: +49 (0) 44 31/93 55 88
Düngstruper Straße 46 • 27793 Wildeshausen
Telefon: +4
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de • www.iut-umwelttechnik.de

Papierkörbe

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleiten
Eingangsöffnungen, Fallschutzeinrichtungen
Hailo-Werkzeugmaschinen, Schachtausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Haiger
Fax

Spiel-, Sport und Freizeitanlagen



KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 • 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 • Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Technik
Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 • D-92245 Kümmerbruck/Amberg
Tel.: ++49 (0) 96 21 / 76 85-0 • Fax ++49 (0) 96 21 / 76 85-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de • www.gmeiner-online.de

Verwaltungsinformationssysteme

www.behördenmanagement.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Wasserzähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH • Industriestraße 13 • 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 • 601 • Fax: 09 81/18 06 • 615
www.hydrometer.de

Winterdienst • Schneeräumgeräte • Streumaschinen



SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07672 / 412-0 • Fax 07672 / 412230